

25. OKT. 1973 Finanzschuldenbericht 1973
der
Österreichischen Postsparkasse



Wien 1973



90 Jahre Österreichische Postsparkasse

Untersuchung über die Lage und die Entwicklungstendenzen des Geld- und Kapitalmarktes sowie hierauf gegründete Empfehlungen betreffend die Aufnahme und Umwandlung von Finanzschulden des Bundes (gemäß § 5 Z. 3 lit. a Postsparkassengesetz 1969)

Finanzschuldenbericht 1973 der Österreichischen Postsparkasse

verfaßt vom Staatsschuldenausschuß unter Mitwirkung des Vorstandes der Österreichischen Postsparkasse und vorgelegt auf Grund des Beschlusses des Verwaltungsrates vom 25. September 1973 an den Bundesminister für Finanzen.



ÖSTERREICHISCHE
POSTSPARKASSE

DER VORSTAND

Herrn
Bundesminister für Finanzen
Dkfm. Dr. Hannes Androsch
Wien

GZ. 5348-II/7

Wien, am 28. September 1973

Betrifft: Jahresbericht der Österreichischen
Postsparkasse betreffend der Mit-
wirkung an der Verwaltung der Staats-
schuld (§ 12 Abs. 4 PSK-Gesetz 1969).

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Der Vorstand der Österreichischen Postsparkasse beehrt sich, im Gegenstand im Sinne des § 12 Abs. 4 des PSK-Gesetzes 1969 folgendes mitzuteilen:

In Vollziehung der dem Ausschuß für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld, dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Österreichischen Postsparkasse gemäß § 5 Z. 3 lit. a, § 11 Abs. 1 Z. 9 und § 12 Abs. 2 bis 4 des Postsparkassengesetzes 1969 übertragenen Aufgaben der Mitwirkung an der Verwaltung der Bundesschuld hat der Vorstand der Österreichischen Postsparkasse im Tätigkeitszeitraum 1. Juli 1972 bis 30. Juni 1973 auf der Grundlage der in den letzten drei Jahren geschaffenen organisatorischen Voraussetzungen die kontinuierliche und weitgehende rezente Information der Mitglieder des Staatsschuldenausschusses hinsichtlich Finanzschuldenentwicklung und der Vorgänge auf in- und ausländischen Geld- und Kapitalmärkten gewährleistet.

Die entsprechende Information erfolgte seitens der als Sekretariat des Staatsschuldenausschusses fungierenden Direktionsabteilung 7 der Österreichischen Postsparkasse im Wege der monatlich den Mitgliedern des Staatsschuldenausschusses übermittelten „Analysen“ als auch zahlreichen ergänzenden Informationen.

Der Staatsschuldenausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit der Regierungsvorlage eines Bundeshaushaltsgesetzes in bezug auf die §§ 50 und 51, die Finanzschuldengebarung und die Haftungsübernahmen des Bundes betreffend, unter dem Gesichtspunkt einer zielführenden Gestionierung der Staatsschuld befaßt. Eine diesbezüglich vom Staatsschuldenausschuß in seiner 23. Sitzung am 30. April 1973 beschlossene und vom Verwaltungsrat der Österreichischen Postsparkasse in seiner Sitzung am 7. Mai 1973 auf Grund eines Vorstandsbeschlusses vom 7. Mai 1973 genehmigte Empfehlung wurde dem Herrn Bundesminister für Finanzen am 8. Mai 1973 übermittelt.

Ebenso hat sich der Staatsschuldenausschuß in seiner 24. Sitzung am 1. Mai 1973 eingehend mit der Situation auf dem Österreichischen Kapitalmarkt sowie auf ausländischen Kapitalmärkten auch angesichts der Anleiheemissionen des Bundes beschäftigt und in dieser Sitzung eine Empfehlung betreffend die Emissionspolitik 1973 verabschiedet, welche vom Verwaltungsrat der Österreichischen Postsparkasse in dessen Sitzung vom 29. März 1973 zum Beschluß erhoben und dem Herrn Bundesminister für Finanzen am 29. Mai 1973 übermittelt wurde.

In seiner Sitzung am 18. Mai 1971 hat der Staatsschuldenausschuß beschlossen, Finanzschuldenberichte im Umfang des Finanzschuldenberichtes 1970 nur jeweils im letzten Jahr der Funktionsperiode des Ausschusses, das nächste Mal somit 1973, zu erstellen, während in den Zwischenjahren eine Darstellung der Finanzschuldenentwicklung, der Vorgänge auf in- und ausländischen Kapitalmärkten und damit im Zusammenhang eine Vorschau auf die Netto- und Bruttogeldkapitalbildung der nächsten zwei Jahre erfolgen.

Der Finanzschuldenbericht 1973 der Österreichischen Postsparkasse enthält somit wieder eine umfangreiche analytische Darstellung der Finanzschuldenentwicklung und der Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte seit 1960 und hierauf gegründete Empfehlungen, wobei in der Darstellung Analysen

über die Aufnahmefähigkeit des Marktes und die Entwicklung der Bruttogeldkapitalbildung unter Berücksichtigung der verschiedenen Sparformen als auch der Wechselkursänderungen der Jahre 1970 bis 1973 mit umfaßt sind.

Der in diesem Sinn erstellte Finanzschuldenbericht 1973 der Österreichischen Postsparkasse enthält im Anhang die oben zitierten Empfehlungen

- a) zu §§ 50 und 51 der Regierungsvorlage zum Bundeshaushaltsgesetz,
- b) betreffend die Emissionspolitik im Jahre 1973

sowie eine

Empfehlung zum weiteren debt management im Jahre 1973.

In Vollziehung des § 12 Abs. 4 des PSK-Gesetzes 1969 hat die Österreichische Postsparkasse jährlich einen Bericht über die gemäß § 5 Z. 3 leg. cit. dem Herrn Bundesminister für Finanzen gegebenen Empfehlungen unter Anschluß der Berichte und Anträge des Ausschusses für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld zu erstatten, welchem Gesetzesauftrag hiemit entsprochen wird, um den Herrn Bundesminister in die Lage zu versetzen, diesen Bericht gemäß dem zitierten Bundesgesetz dem Nationalrat und der Bundesregierung zu unterbreiten.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung

ÖSTERREICHISCHE POSTSPARKASSE

Dr. Grund e. h. Dr. Fremuth e. h.

GLIEDERUNG**I Vorwort**

1	Zum Finanzschuldenbericht 1973	7
2	Zusammensetzung der an der Verwaltung der Staatsschuld mitwirkenden Organe der Österreichischen Postsparkasse.....	8

II Darstellung der Schuldengabe

3	Vergleich der Stände 31. Dezember 1971/31. Dezember 1972.....	9
4	Zusammenfassung (1972)	10
5	Entwicklung der Finanzschuld in den Jahren 1960—1972.....	11
5.1	Die gesamte Finanzschuld des Bundes.....	11
5.2	Die Entwicklung der Anleiheschulden 1960—1972	13
5.2.1	Inland	13
5.2.2	Ausland	15
5.2.3	Der Zusammenhang zwischen In- und Auslandsemissionen	15
6	Sonstige Kreditaufnahmen des Bundes	15
6.1	Schatzscheine	15
6.2	Versicherungsdarlehen	16
6.3	Sonstige Operationen.....	16
6.4	Sonderschulden.....	16
6.5	Auslandskredite	17
7	Ergiebigkeit des Kapitalmarktes und Verteilung auf Käuferschichten	17
8	Darstellung der Schuldengabe im ersten Halbjahr 1973 und Vorschau auf die Entwicklung der Staatsschulden bis 1974	19
8.1	Schuldengabe im 1. Halbjahr 1973.....	19
8.2	1974 (zwei Varianten)	20

III Untersuchung über die Aufnahmefähigkeit des Marktes

9	Ökonomische Einflußfaktoren	20
9.1	Konjunktorentwicklung	20
9.2	Liquidität des Kreditapparates und Währungspolitik	21
9.2.1	Liquidität der Kreditunternehmungen.....	21
9.2.2	Währungspolitik	21
9.2.3	Zentralbankgeldbedarf	22
9.2.4	Die Fremdmittelversorgung der österreichischen Wirtschaft	23
9.2.5	Vorschau auf die Entwicklung der Direktkredite	24
9.2.6	Auswirkungen der Wertpapiertransaktionen der Kreditunternehmungen auf den inländischen Wertpapiermarkt	25
9.3	Internationale Zinsenentwicklung	27
9.3.1	Vorbemerkung	27
9.3.2	Kurzfristige Zinssätze	27
9.3.3	Lang- und mittelfristige Zinssätze.....	27
9.3.3.1	BRD	27
9.3.3.2	Schweiz	29
9.3.3.3	Frankreich	29
9.3.3.4	United Kingdom	29
9.3.3.5	Dollarbonds	29
9.3.3.6	Internationale DM-Anleihen	29
9.3.3.7	Internationale Hollandgulden-Anleihen	29
9.3.3.8	Internationale Französische Franc-Anleihen	29
9.3.3.9	Internationale Schweizer Franken-Anleihen	29
9.3.3.10	Internationale Luxemburgische Franc-Anleihen	29
9.4	Marktbedingungen im Inland	30
9.4.1	Die Entwicklung des Primär- und Sekundärmarktes für Anleihen	30
9.4.1.1	Vorbemerkung	30
9.4.1.2	Das Volumen der Märkte.....	30
9.4.1.3	Die Zinssatzentwicklung auf dem Primär- und Sekundärmarkt	30
10	Entwicklung und Vorausschätzung des Brutto-Geldkapitalaufkommens 1960—1974	32
10.1	Kontensparen	33
10.2	Langfristiges Sparen	34
10.3	Nettogeldkapitalbildung 1973 und 1974	35
10.4	Langfristige Veranlagung 1960—1972	35
10.5	Beitrag der Tilgungen und Kreditrückflüsse zur Aufnahmefähigkeit des langfristigen Kredit- und Kapitalmarktes	36
11	Folgerungen für die Aufnahmefähigkeit der Teilmärkte (=Finanzierungsspielraum).....	37

IV	Auswirkungen der Wechselkursänderungen der Jahre 1970 bis 1973 (1. Halbjahr) auf die Bundesfinanzschuld	37
	12 Zur Darstellung	37
	13 Ergebnis	39
V	Empfehlung der ÖPSK gemäß § 5 Z. 3 lit. A des Postsparkassengesetzes 1969	39
VI	Tabellenteil	
	Tabelle zu Z. 3 Entwicklung der Finanzschuld 1959 bis 1972.....	41
	4 und 5 Zunahme der Staatsverschuldung netto — ohne Sonderschulden 1960 bis 1972	42
	5.2/1 Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die Emission von Anleihen.....	43
	5.2/2 Anleiheemissionen des Bundes (Entwicklung 1961 bis 1972).....	45
	5.2/3 Umlaufveränderungen des inländischen Rentenmarktes 1961 bis 1972.....	46
	7 Vergleich Wertpapierportefeuille des Kreditapparates mit Umlauf 1963 bis 1972	47
	9.2.1 Liquidität der Kreditunternehmungen 1968 bis 31. 3. 1973.....	48
	9.2.4 Von inländischen Geldinstituten und dem Ausland den inländischen Nichtbanken zur Verfügung gestellte Fremdmittel 1968 bis 1973 (1. Quartal).....	49
	9.3 Zinssätze auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten.....	50
	9.4.1.2 u. 3 Inländische Anleiheemissionen im Jahre 1970.....	51
	9.4.1.2 u. 3 Inländische Anleiheemissionen im Jahre 1971.....	52
	9.4.1.2 u. 3 Inländische Anleiheemissionen im Jahre 1972.....	54
	10 Ersparnis- bzw. Veranlagungsbilanzen 1960 bis 1972.....	56
	11 Zusammenhang zwischen Konjunktorentwicklung, Verschuldung des Bundes und wichtigen kreditwirtschaftlichen Kennziffern	58
	Schaubild Zunahme der Staatsverschuldung im In- und Ausland zur Budgetfinanzierung 1960 bis 1972	59
	Anhang A Schreiben des Vorstandes der Österreichischen Postsparkasse an den Herrn Bundesminister für Finanzen vom 8. Mai 1973 betreffend §§ 50 und 51 der Regierungsvorlage zum Bundeshaushaltsgesetz	61
	Anhang B Schreiben des Vorstandes der Österreichischen Postsparkasse an den Herrn Bundesminister für Finanzen vom 29. Mai 1973 betreffend die Emissionspolitik 1973.....	65

I VORWORT

1 Zum Finanzschuldenbericht 1973

Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 26. November 1969 zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Postsparkasse (Postsparkassengesetz 1969), BGBl. Nr. 458/1969, mit 1. Jänner 1970 wurden dieser Anstalt des öffentlichen Rechts, die mit dem genannten Tag eigene Rechtspersönlichkeit erlangt hat, auch Aufgaben der Staatsschuldenverwaltung des Bundes übertragen.

Gemäß § 5 Z. 3 des Postsparkassengesetzes 1969 umfaßt der Geschäftsbereich der Österreichischen Postsparkasse neben rein bankmäßigen Abwicklungen die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld durch

- a) Empfehlungen an den Bundesminister für Finanzen zur Aufnahme oder Umwandlung von Finanzschulden des Bundes hinsichtlich der im Einzelfall zu wählenden Schuldform, der Laufzeit und der sonstigen Bedingungen der vom Bund vorzunehmenden Kreditoperationen sowie hinsichtlich der Vorkehrungen für die Markt- und Kurspflege für Schuldverschreibungen des Bundes, wobei sich diese Empfehlungen auf die Ergebnisse von Untersuchungen und Analysen des Geldmarktes und des Kapitalmarktes zu stützen haben;
- b) Vorbereitung von Kreditoperationen des Bundes, insbesondere von Konversionen und Prolongationen und durch Teilnahme an solchen Kreditoperationen, wenn der Bundesminister für Finanzen die Österreichische Postsparkasse hiezu in Anspruch nimmt;
- c) Übernahme, Ankauf und Vertrieb von Schatzscheinen des Bundes sowie Beteiligung an der Übernahme und dem Vertrieb von Bundesanleihen und anderen festverzinslichen Schuldverschreibungen des Bundes.

Diese Aufgaben werden im wesentlichen von einem Ausschuß des Verwaltungsrates der Österreichischen Postsparkasse, dem Ausschuß für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld (§ 12 Abs. 2 leg. cit.), im Zusammenwirken mit dem Verwaltungsrat selbst und dem Vorstand der Österreichischen Postsparkasse besorgt.

Gemäß § 12 Abs. 4 leg. cit. hat die Österreichische Postsparkasse jährlich einen Bericht über die gemäß § 5 Z. 3 dem Bundesminister für Finanzen gegebenen Empfehlungen unter Anschluß der Berichte und der Anträge des Ausschusses für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld gemäß § 12 Abs. 3 zu erstatten, den der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat und der Bundesregierung vorzulegen hat.

Der Staatsschuldenausschuß trifft regelmäßig in Sitzungen zusammen. Der erste Finanzschuldenbericht wurde vom Staatsschuldenausschuß im Jahre 1970 verfaßt. Er enthält eine ausführliche Darstellung der Schuldengebarung 1960—1969, eine Untersuchung über die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes sowie Empfehlungen zu den allgemeinen Grundsätzen der Staatsschuldengestion, zur Restfinanzierung des Gebarungsabganges 1970, zur Finanzierung des angenommenen Gebarungsabganges 1971 und zur Determinierung der Schuldenpolitik im Bundesfinanzgesetz.

Der Staatsschuldenausschuß hat in seiner Sitzung am 18. Mai 1971 beschlossen, daß aus Gründen der gegebenen Arbeitskapazität und geringen Auflage ein umfassender Finanzschuldenbericht über die Entwicklung der letzten 10 Jahre nur jeweils im letzten Jahr der Funktionsperiode des Ausschusses verabschiedet werden soll, das nächste Mal somit im Jahr 1973. In den Zwischenjahren wurde vom Staatsschuldenausschuß eine Darstellung der Schuldengebarung des letzten Finanzjahres und ein Vergleich mit den längerfristigen Tendenzen der Finanzschuldengestion sowie des Kapitalmarktes erarbeitet, ferner zu den aktuellen Problemen des debt management durch Empfehlungen Stellung genommen und in den jährlichen Tätigkeitsberichten die konkreten Empfehlungen des verflossenen Jahres zusammengefaßt. Auf dieser Basis wurden der Finanzschuldenbericht 1971 und 1972 erstellt.

Der Finanzschuldenbericht 1973 enthält wiederum eine umfangreiche Analyse der Finanzschuldenentwicklung sowie der Entwicklungen des Geld- und Kapitalmarktes seit 1960 und hierauf gegründete Empfehlungen. Im Anhang sind ferner beigegeben die während des Tätigkeitsjahres verabschiedeten Empfehlungen

- a) vom 8. Mai 1973 zu §§ 50 und 51 der Regierungsvorlage zum Bundeshaushaltsgesetz
- b) vom 29. Mai 1973 betreffend die Emissionspolitik 1973.

Auch im Tätigkeitsjahr 1972/73 hat der Staatsschuldenausschuß regelmäßig Sitzungen abgehalten, an welchen wiederum Vertreter der Oesterreichischen Nationalbank teilnahmen.

7 Ferner wurden den Sitzungen Experten beigezogen.

2 Zusammensetzung der an der Verwaltung der Staatsschuld mitwirkenden Organe der Österreichischen Postsparkasse

2.1 DER AUSSCHUSS FÜR DIE MITWIRKUNG AN DER VERWALTUNG DER STAATSSCHULD (FUNKTIONSPERIODE VIER JAHRE)

Mitglieder:	entsendet von:
1. Univ. Prof. DDr. Adolf Nussbaumer (Vorsitz)	Bundesregierung
2. Dr. Hellmuth Klauhs	Bundeswirtschaftskammer *)
3. Dr. Thomas Lachs	Arbeiterkammer
4. Dkfm. Dr. Gerhard Lehner	Bundesregierung
5. Dkfm. Dr. Jörg Schram	Bundeswirtschaftskammer *)
6. Dkfm. Dr. Julian Uher	Arbeiterkammer

Ersatzmänner:	
1. Dkfm. Werner Birnbaumer	Bundeswirtschaftskammer *)
2. Dkfm. Ferdinand Lacina bis zum 8. Juni 1973 Dr. Hans Reithofer ab 4. September 1973	Arbeiterkammer
3. Doz. Dr. Ewald Nowotny	Arbeiterkammer
4. Univ. Prof. Dr. Gerold Stoll	Bundesregierung
5. Dr. Klaus Wejwoda	Bundeswirtschaftskammer *)
6. Dkfm. Dr. Erich Zeillinger	Bundesregierung

An den Sitzungen nahmen regelmäßig Vertreter der Oesterreichischen Nationalbank teil.

MinRat Dr. Hans Heller (Staatskommissär-Stellvertreter) Bundesministerium für Finanzen

Als Experten wirkten bei einzelnen Sitzungen mit:

1. Dr. Helmut Haschek
2. MinRat Dr. Richard Blaha
3. HR Amtsdirektor Franz Weidinger
4. RegRat Amtsdirektor Friedrich Hangel
5. Dr. Gunther Tichy

2.2 DER VERWALTUNGSRAT DER ÖSTERREICHISCHEN POSTSPARKASSE (FUNKTIONSPERIODE VIER JAHRE)

Mitglieder:	entsendet von:
1. Univ. Prof. DDr. Adolf Nussbaumer (Präsident)	Bundesregierung
2. Rechn. Dir. Josef Schweiger (Vizepräsident)	Arbeiterkammer
3. Ing. Dkfm. Dr. F. Eduard Demuth (Vizepräsident)	Bundeswirtschaftskammer *)
4. Dr. Kurt Bronold	Bundeswirtschaftskammer *)
5. Dr. Robert Ecker	Bundeswirtschaftskammer *)
6. ZI Johann Geisl	Dienststellenausschuß
7. Dr. Hellmuth Klauhs	Bundeswirtschaftskammer *)
8. Dr. Thomas Lachs	Arbeiterkammer
9. Dkfm. Ferdinand Lacina bis zum 8. Juni 1973 Dr. Hans Reithofer ab 12. Juni 1973	Arbeiterkammer
10. Dkfm. Dr. Gerhard Lehner	Bundesregierung
11. Dr. Ernst Massauer	Bundeswirtschaftskammer *)
12. Doz. Dr. Ewald Nowotny	Arbeiterkammer
13. FOI. Kurt Pfautsch	Dienststellenausschuß
14. Dr. Hellmuth Slaik	Bundesregierung
15. Dkfm. Dr. Julian Uher	Arbeiterkammer

Ersatzmitglieder:	
1. Dkfm. Werner Birnbaumer	Bundeswirtschaftskammer *)
2. Dr. Manfred Drennig	Arbeiterkammer
3. Walter Flöttl	Arbeiterkammer
4. Dr. Endre Ivanka	Bundeswirtschaftskammer *)
5. Dr. Leo Pötzelberger	Bundeswirtschaftskammer *)

6. Dkfm. Alfred Reiter	Arbeiterkammer
7. ZI Walter Riediger	Dienststellenausschuß
8. Dkfm. Dr. Jörg Schram	Bundeswirtschaftskammer *)
9. HR Amandus Schwarz	Bundesregierung
10. ZI Leopold Steindl	Dienststellenausschuß
11. Univ. Prof. Dr. Gerold Stoll	Bundesregierung
12. Oblinsp. Friedrich Trzil	Arbeiterkammer
13. Dr. Karl Vak	Arbeiterkammer
14. Dr. Klaus Wejwoda	Bundeswirtschaftskammer *)
15. Dkfm. Dr. Erich Zeillinger	Bundesregierung

2.3 STAATSKOMMISSÄR:

MinRat Dkfm. Dipl. Hdl. Dr. Karl Selzer

1. Stellvertreter:

MinRat Dr. Hans Heller

2. Stellvertreter:

MinRat Dr. Richard Blaha

2.4 DER VORSTAND DER ÖSTERREICHISCHEN POSTSPARKASSE (OHNE ZEITLICHE BEGRENZUNG)

1. Dr. Einhart Grund, Gouverneur

2. Dr. Walter Fremuth, Erster Vizegouverneur (das für die Agenden der Staatsschuldenverwaltung zuständige Vorstandsmitglied)

3. Dkfm. Kurt Nöblinger, Zweiter Vizegouverneur

2.5 SEKRETARIAT DES STAATSSCHULDENAUSSCHUSSES: DIREKTIONSABTEILUNG 7 (ABTEILUNGS-DIREKTOR DDR. GÜNTER NEUMANN). ANFRAGEN KÖNNEN AN DIE TEL. NR. 52 65 31, KL. 417, GERICHTET WERDEN

2.6 AN DEN SITZUNGEN DES VERWALTUNGSRATES UND DES VORSTANDES DER ÖPSK NAHMEN REGELMÄSSIG VERTRETER DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK TEIL

II DARSTELLUNG DER SCHULDENGEBARUNG ¹⁾

3 Vergleich der Stände 31. Dezember 1971/31. Dezember 1972

Von der gesamten Finanzschuld des Bundes entfielen zu den beiden Stichtagen nachstehende Beträge auf folgende Verschuldungsgruppen:

	31. 12. 1971		Veränderung 1972		31. 12. 1972	
	in Mio S	in %	in Mio S	in %	in Mio S	in %
Inland ²⁾						
1. Anleihen	17.686·1	37·8	+3.071·5	+17·4	20.757·6	41·6
2. Schatzscheine	10.137·7	21·6	+ 664·0	+ 6·6	10.801·7	21·7
3. Versicherungsdarlehen	1.785·9	3·8	+ 395·2	+22·2	2.181·1	4·4
4. Bundesschuld an OeNB	3.085·5	6·6	+ 97·1	+ 3·2	3.182·6	6·4
5. Sonstige	2.020·0	4·3	+ 610·9	+30·2	2.630·9	5·2
Summe Inland	34.715·2	74·1	+4.838·7	+13·9	39.553·9	79·3
Ausland ²⁾						
1. Anleihen	3.563·4	7·6	— 209·8	— 5·9	3.353·6	6·7
2. Auslandskredite	7.953·0	17·0	—1.581·2	—19·9	6.371·8	12·8
3. Sonstige	615·6	1·3	— 37·3	— 6·1	578·3	1·2
Summe Ausland	12.132·0	25·9	—1.828·3	—15·1	10.303·7	20·7
Summe Aus- und Inland	46.847·2	100·0	+3.010·4	+ 6·4	49.857·6	100·0

*) Im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

¹⁾ Siehe Tabelle zu Z. 3/1 im Tabellenteil

²⁾ Inland und Ausland ist bei Wertpapieren als Ort der Begebung zu verstehen, sagt jedoch nichts über den tatsächlichen Gläubiger aus

Die Finanzschuld des Bundes haftet per 31. Dezember 1972 mit 49.857,6 Millionen Schilling aus. Somit ist im Jahre 1972 eine Erhöhung um 3.010,4 Millionen Schilling (+6,4%) eingetreten. Während die Inlandsschuld um 4.838,7 Millionen Schilling stieg (+13,9%), fiel die Auslandsschuld um 1.828,3 Millionen Schilling (-15,1%).

Diese Entwicklung entsprach den zahlungsbilanzpolitischen Überlegungen der Oesterreichischen Nationalbank, wie dies auch schon im Finanzschuldenbericht 1972 festzuhalten war.

Vom Gesamtbetrag der Bundesfinanzschuld entfallen per 31. Dezember 1972 79,3% auf Verpflichtungen in inländischer Währung (gegenüber 74,1% Ende 1971) und 20,7% auf solche in ausländischer Währung (gegenüber 25,9% Ende 1971).

Die größte absolute Veränderung trat in der Gruppe „Inlandsanleihen“ ein (+3.071,5 Millionen Schilling). Dieser erhebliche Nettozuwachs bei den Inlandsanleihen (der größte im gesamten Beobachtungszeitraum seit 1960) ist zum größeren Teil auf die Emission von Nominale 2 Milliarden Schilling Sonderobligationen des Bundes zurückzuführen. Diese wurden aus währungspolitischen Gründen im Einvernehmen mit der Oesterreichischen Nationalbank und dem österreichischen Kreditapparat zur Vermeidung weiterer Mindestreservenerhöhungen begeben. Auf Grund der Anleiheoperationen des Jahres 1972 sind nunmehr insgesamt 41,6% der gesamten ausstehenden Bundesfinanzschuld durch Inlandsanleihen finanziert. Diese starke Steigerung des Anteils der Inlandsanleihen an der Gesamtfinanzierung des Bundes entsprach der Empfehlung 7 des Finanzschuldenberichtes 1970.

Insgesamt war durch Anleihen per 31. Dezember 1972 ein Betrag von 24.111,2 Millionen Schilling finanziert, wovon 20.757,6 Millionen Schilling auf in öS lautende Anleihen und 3.353,6 Millionen Schilling auf solche, die in fremder Währung begeben wurden, entfallen. Die gesamte Anleiheverschuldung des Bundes hat sich somit um rund 2.862 Millionen Schilling erhöht.

Innerhalb der Anleiheverschuldung ergab sich eine deutliche Verlagerung von den Auslandsanleihen zu den Inlandsanleihen. Bei den Inlandsanleihen war ein kräftiger Zuwachs von 17,4% (1971: +3,4%) und bei den Auslandsanleihen ein Rückgang um 5,9% (1971: +5,1%) zu verzeichnen.

Die ausstehende Schatzscheinschuld erhöhte sich um 6,6% von 10.137,7 Millionen Schilling auf 10.801,7 Millionen Schilling (Erhöhung 1971: 22,9%). Der Anteil der Schatzscheinschuld an der Gesamtschuld erhöhte sich damit im Gegensatz zu der seit 1964 beobachteten Entwicklung praktisch nicht.

Die Versicherungsdarlehen weisen mit einem Zuwachs von 395,2 Millionen Schilling (+22,2%) eine erhebliche Steigerungsrate auf, wodurch sich ihr Anteil von 3,8% auf 4,4% erhöhte (Steigerung 1971: +17,4%). Einen noch etwas höheren Steigerungsprozentsatz weisen mit 30,2% und einem absoluten Zuwachs von 610,9 Millionen Schilling die sonstigen Inlandsschulden auf. (Das sind im wesentlichen Darlehen von Kreditinstituten und Kredite der Gemeinde Wien.)

Neuerlich ergab sich eine beträchtliche Abnahme bei den Auslandsschulden, insbesondere wie schon 1971 in der Gruppe der Auslandskredite. Letztere Verpflichtungen verminderten sich um 1.581,2 Millionen Schilling (-19,9%) gegenüber 1.477,0 Millionen Schilling (-15,7%) im Jahre 1971.

In den übrigen Gruppen stehen Erhöhungen der Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank (+3,2%) Verminderungen in den beiden übrigen Gruppen der Auslandsverschuldung (-5,9% bei den Anleihen, -6,1% bei den sonstigen Auslandsschulden) gegenüber.

Innerhalb der Auslandsschuld ist neuerlich eine deutliche Absenkung des Anteiles der Auslandskredite feststellbar. Nach einem Anteil von 20% Ende 1970 und dessen Absinken auf 17% zu Ende 1971 zeigte sich ein noch erheblich kräftigeres Absinken auf 12,8% zu Ende 1972.

4 Zusammenfassung (1972)

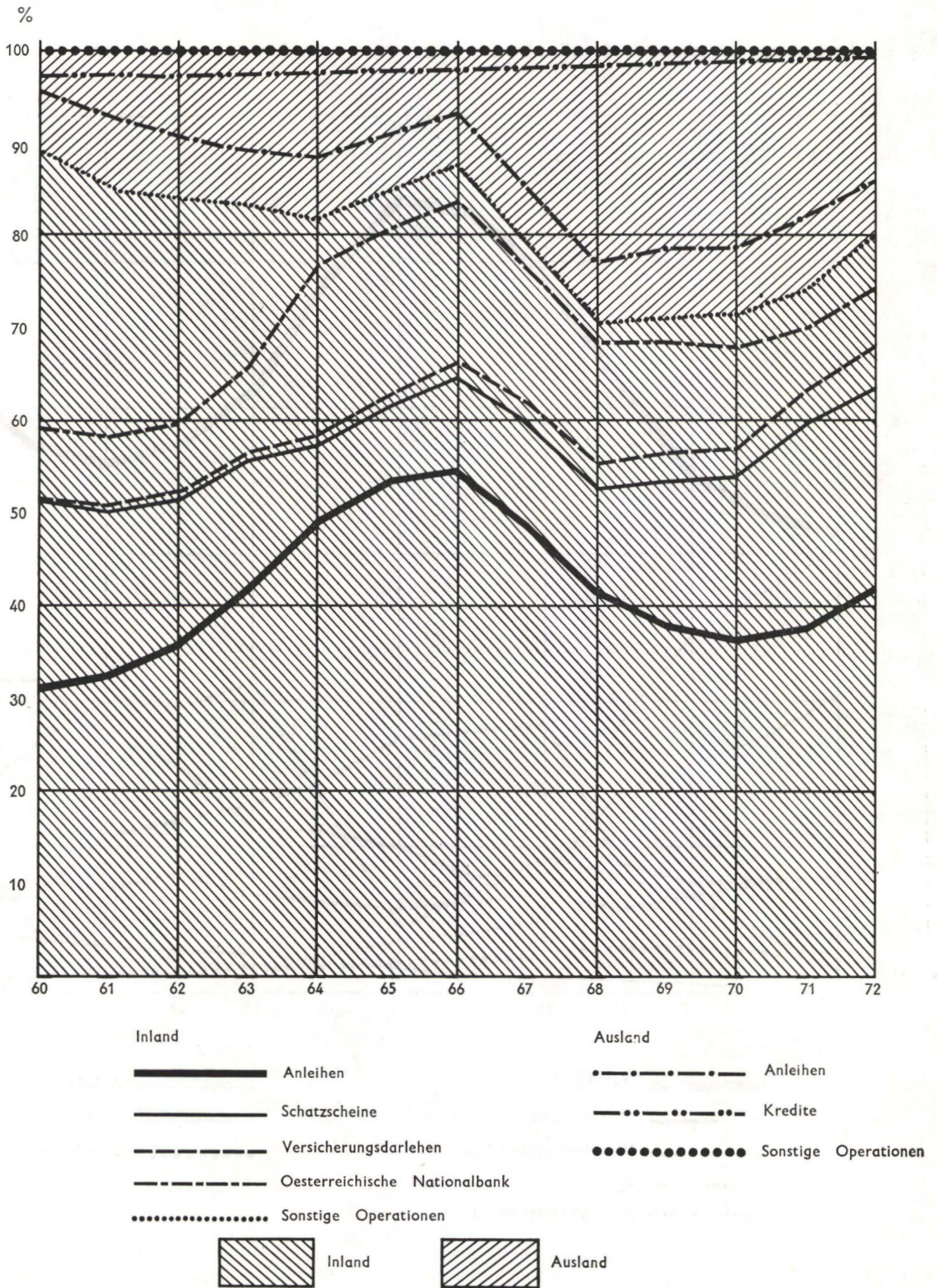
Zusammenfassend läßt sich im Jahr 1972 eine Entwicklung der Finanzschuld feststellen, welche insbesondere der Empfehlung 7 des Finanzschuldenberichtes 1970 (Konsolidierung) und der Empfehlung des Staatsschuldenausschusses vom 27. Juni 1972 (Restfinanzierung des Bundes 1972) entspricht:

1. Die Verlagerung von der Auslands- zur Inlandsschuld verstärkte sich. Der Schwerpunkt der Gesamtschuld liegt nunmehr in noch größerem Ausmaß bei der Inlandsschuld, deren Anteil um 5,2%-Punkte auf 79,3% der Gesamtschuld anstieg.
2. Der Anteil der durch Anleihen finanzierten Bundesfinanzschuld ist erheblich gestiegen. Die Inlandsanleihen sind anteilmäßig wesentlich stärker vertreten als die Auslandsanleihen.
3. Im Rahmen der Auslandsschuld waren die Auslandskredite stark rückläufig. Ihr Anteil sank von 17,0% auf 12,8%.
4. Innerhalb der Inlandsschuld zeigte sich ein Anstieg bei den Anleihen von 51% auf 54%, während die Schatzscheine nahezu unverändert blieben.
5. Zusammenfassend zeigt sich eine deutliche Umschichtung von Auslands- zur Inlandsschuld und von kürzerfristigen Schuldformen zu längerfristigen Schuldformen.

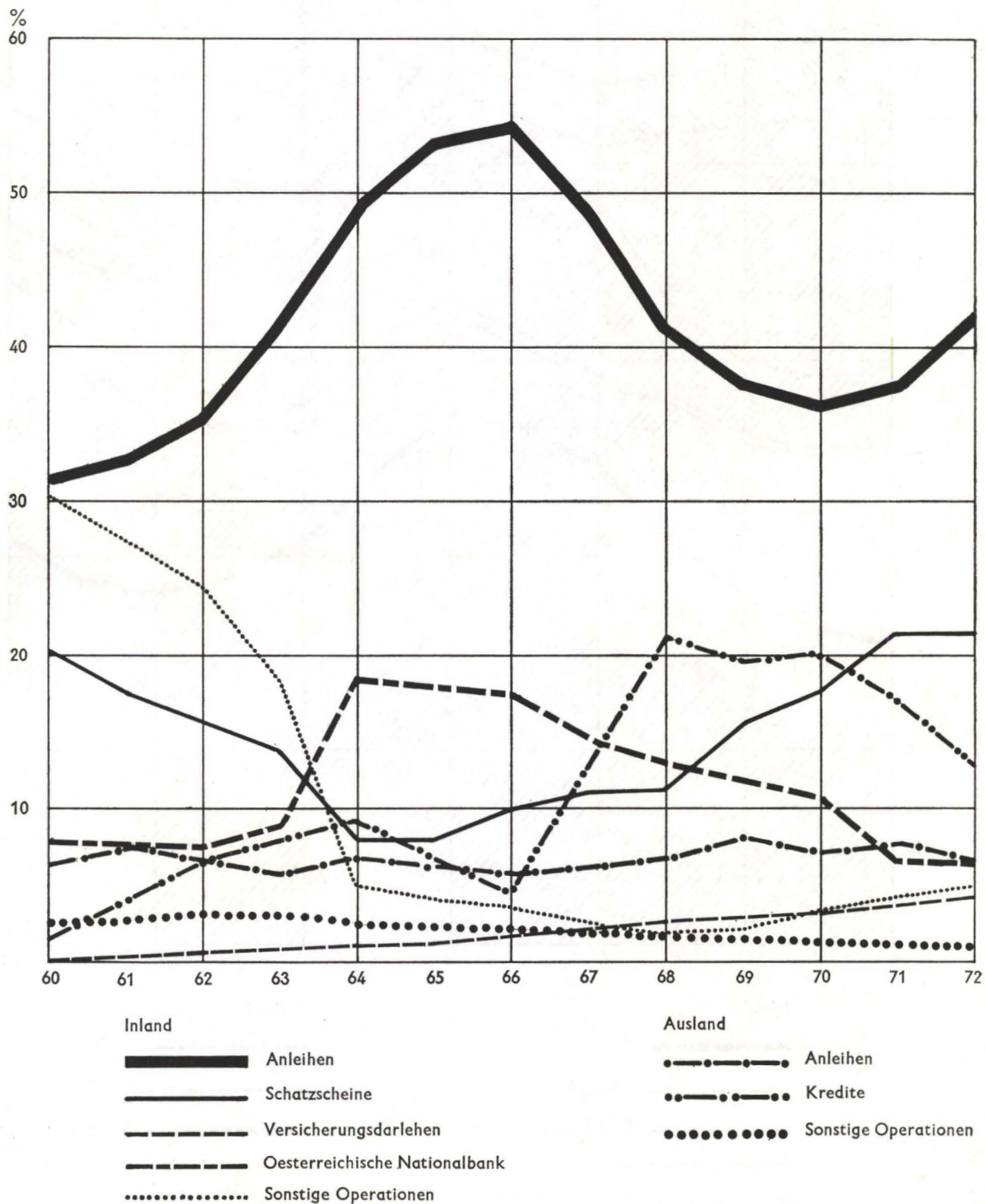
5 Entwicklung der Finanzschuld in den Jahren 1960 bis 1972

5.1 DIE GESAMTE FINANZSCHULD DES BUNDES

Entwicklung der Anteile im Rahmen der Gesamtschuld



Entwicklung der einzelnen Anteile:



	31. 12. 1960		31. 12. 1969		31. 12. 1972	
	in Mio S	in %	in Mio S	in %	in Mio S	in %
Anleihen	7.298-9	32-7	16.565-0	38-0	20.757-6	41-6
Schatzscheine	4.543-6	20-4	6.764-0	15-5	10.801-7	21-7
Versicherungsdarlehen	—	—	1.301-4	3-0	2.181-1	4-4
Oesterreichische Nationalbank	1.690-6	7-6	5.198-5	11-9	3.182-6	6-4
Sonstige Operationen	6.453-3	28-9	1.013-3	2-3	2.630-9	5-2
Summe Inland.....	19.986-4	89-6	30.842-2	70-7	39.553-9	79-3
Anleihen	1.429-7	6-4	3.500-6	8-1	3.353-6	6-7
Kredite.....	329-5	1-5	8.578-7	19-7	6.371-8	12-8
Sonstige Operationen	568-8	2-5	682-3	1-5	578-3	1-2
Summe Ausland.....	2.328-0	10-4	12.761-6	29-3	10.303-7	20-7
Summe In- und Ausland.....	22.314-4	100-0	43.603-8	100-0	49.857-6	100-0

Die Änderungen in der Zusammensetzung der Bundesfinanzschuld in den letzten zwölf Jahren lassen sich zusammenfassend wie folgt charakterisieren: Aufbau des Anteils der inländischen Anleiheverschuldung und Verschuldung bei der Versicherungswirtschaft¹⁾, Aufrechterhaltung eines bescheidenen Anteiles an Auslandsanleiheschulden, gegenläufige Entwicklungen bei Auslandskrediten und Inlandsschatzscheinen (siehe auch 5.2.3).

5.2 ENTWICKLUNG DER ANLEIHESCHULDEN 1960 BIS 1972²⁾

5.2.1 Inland

Anleiheemissionen der Republik Österreich (ohne Fonds) in den Jahren 1960 bis 1972 in Millionen Schilling:

Inländische Anleiheemissionen ³⁾	24.700-0
Tilgungen auf inländische Anleiheemissionen	11.962-0
Nettoanleiheemissionen im Inland	12.738-0

Betrachtet man die im Inland 1960 bis 1969 im Anleiheweg finanzierte Staatsschuld des Bundes, fällt die starke Schwankung der Zuwachsraten innerhalb der einzelnen Jahre auf (siehe Tabelle zu 5.2/1 des Tabellenteiles). Nach einem schnellen Anstieg der Bruttoemissionen vom Jahr 1961 von 500 Millionen Schilling bis auf 3-3 Milliarden Schilling im Jahr 1964 folgt ein schrittweises Absinken der Bruttoemission mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1967 bis auf eine Milliarde Schilling im Jahr 1968, von diesem Jahr an allerdings ein kontinuierlicher Anstieg bis 1972. Dieser Anstieg ändert sich in seinem Trend auch dann nicht, wenn man in die Überlegungen einbezieht, daß die Republik Österreich im Jahr 1972 2 Milliarden Schilling Nominale Obligationen institutionell begeben hat, um auf diesem Weg eine währungspolitische Maßnahme zur Liquiditätsabschöpfung zu setzen.

Die Bruttoemissionen des Bundes und der Fonds stiegen nach 1961 kräftig an und erreichten 1964 mit 3.804 Millionen Schilling einen Höhepunkt, um dann bis 1969 auf 2.115 Millionen Schilling abzusinken.

Ab 1970 zeigt sich wiederum ein Anstieg der Emissionen bis auf 5.600 Millionen Schilling (inklusive der 2 Milliarden oben angeführten Sonderobligationen des Bundes 1972). Bruttomäßig gesehen hat sich der schon im Finanzschuldenbericht 1970 konstatierte Rückzug des Bundes aus dem inländischen Anleihemarkt seit 1966 weiterhin fortgesetzt. Ein vorläufiger Tiefpunkt wurde im Jahr 1970 erreicht und der Bruttoanteil von rund 20% inklusive Fonds und 17% ohne Fonds im Jahr 1971 gehalten. Im Jahr 1972 wurde, wenn man aus der Überlegung, daß die währungspolitischen Sonderobligationen im Nennwert von 2 Milliarden Schilling, da sie eine rein institutionelle, zur Liquiditätsabschöpfung bestimmte Tranche waren, diese aus der Betrachtung ausscheidet, ein weiterer Tiefpunkt von 17-6% inklusive Fonds und 14-6% ohne Fonds erreicht (siehe Prozentanteil am Bruttoemissionsvolumen).

¹⁾ Siehe auch Tabelle zu Z. 3

²⁾ Siehe Tabellen zu Z. 5.2/1—3 des Tabellenteils

³⁾ Exklusive Nominale 2 Mrd S Sonderobligationen 1972

Anteil des Bundes am Bruttoemissionsvolumen am inländischen Rentenmarkt

Jahr	Bruttoemissionsvolumen insgesamt		Bund (inklusive sämtl. Fonds)		Bund (ohne Fonds)	
	in Millionen Schilling	in Millionen Schilling	%	in Millionen Schilling	%	
1961	3.281	1.135	34.6	500	15.2	
1962	4.919	1.790	36.4	1.150	23.4	
1963	5.174	2.650	51.2	2.350	45.5	
1964	6.959	3.804	54.7	3.300	47.4	
1965	7.263	2.900	40.0	2.300	31.7	
1966	6.955	1.841	26.5	1.500	21.6	
1967	7.600	2.704	35.6	1.800	23.7	
1968	6.849	1.615	23.6	1.000	14.6	
1969	9.789	2.115	21.6	1.700	17.4	
1970	11.769	2.350	20.0	2.000	17.0	
1971	15.115	3.100	20.5	2.600	17.2	
1972 ¹⁾	20.493	3.600	17.6	3.000	14.6	

Die gleiche Tendenz tritt bei Untersuchung der Nettoemissionen bis 1970 noch deutlicher zutage. Während der ganzen Periode stiegen nämlich die Tilgungen kontinuierlich von 440 Millionen im Jahr 1961 bis auf 2.571 Millionen Schilling im Jahr 1970. Infolge dieser Scherenbewegung ergaben sich in den Jahren 1968 und 1969 negative Zuwachsraten. Ab 1970 haben sich die Tilgungen der Bundesanleihen bei etwa 1.9 Milliarden Schilling stabilisiert, die Tilgungen der Bundesanleihen inklusive Fondstilgungen lagen zwischen 2.4 und 2.6 Milliarden Schilling. Läßt man wiederum die 2 Milliarden Schilling der Emissionen an Sonderobligationen des Jahres 1972 außer Betracht, dann ergibt sich ein Prozentanteil der Nettoemission des Bundes ohne Fonds von 7.8% und unter Berücksichtigung der Fonds von 9.5%. Damit ist die Nettoemission des Bundes in den letzten beiden Jahren zwar wieder auf positive Werte angestiegen, hält sich jedoch nach wie vor in äußerst bescheidenen Grenzen. Dagegen machten die Tilgungen auf Bundesanleihen (ohne Fonds) etwa im Jahr 1972 nahezu die Hälfte der gesamten Tilgungen des Anleihemarktes und nahezu ein Drittel der gesamten Tilgungen des Rentenmarktes aus.

Anteil des Bundes am Nettoemissionsvolumen am inländischen Rentenmarkt

Jahr	Nettoemissionsvolumen insgesamt		Bund (inklusive sämtlicher Fonds)		Bund (ohne Fonds)	
	in Millionen Schilling	in Millionen Schilling	%	in Millionen Schilling	%	
1961	2.545	695	27.3	291	11.4	
1962	3.749	1.284	34.2	920	24.5	
1963	4.424	2.229	50.4	2.276	51.5	
1964	5.562	3.226	58.0	2.996	53.9	
1965	5.605	2.087	37.2	1.650	29.4	
1966	5.255	1.053	20.0	814	15.5	
1967	5.208	1.614	31.0	959	18.4	
1968	3.119	— 133	.	— 335	.	
1969	4.294	— 180	.	— 14	.	
1970	5.688	— 1	.	55	0.9	
1971	8.279	617	7.1	576	6.9	
1972 ¹⁾	13.671	1.304	9.5	1.072	7.8	

Allein im letzten Jahr nahm der Gesamtumlauf an Rentenwerten um rund 19% zu, während der Umlauf an Bundesanleihen nur um 5.8% anstieg (ohne Berücksichtigung der 2 Milliarden Schilling Sonderobligationen).

Vergleich des Anteiles der Anleihen des Bundes am gesamten Rentenumlauf
1960/1964/1969/1972

	1960	1964	1969	1972 ²⁾
Gesamter Rentenmarkt (in Millionen Schilling).....	21.934	36.175	59.656	85.983
Anleihen des Bundes ohne Fonds ¹⁾ (in Millionen Schilling).....	7.008	13.491	16.565	18.758
Prozent des Umlaufes von Bundesanleihen am Gesamtumlauf.....	32,0%	37,3%	27,8%	21,8%

Aus obiger Tabelle ist der Rückgang der Bundesanleihen am Gesamtumlauf ganz deutlich erkennbar.

5.2.2 Ausland (siehe Tabelle zu Z. 4 und 5 des Tabellenteils)

Während die Entwicklung der Aufnahme von Anleihen im Ausland bis 1969 sprunghaft war und insbesondere in den Jahren 1967 bis 1969 die Auslandsemissionen kräftig zunahmen, war die Zuwachsrate der Auslandsanleihen ab 1969 bescheiden. In den Jahren 1970 und 1972 wurden überhaupt keine Auslandsanleihen aufgelegt, während im Jahr 1971 Emissionen mit einem Volumen von 415,0 Millionen Schilling Platz griffen, denen aber in diesem Jahr Tilgungen von 206,1 Millionen Schilling gegenüberstanden, so daß auch im Jahr 1971 netto lediglich eine Erhöhung von 208,9 Millionen Schilling entstand.

5.2.3 Der Zusammenhang zwischen In- und Auslandsemissionen (siehe Tabelle zu Z. 4 und 5 des Tabellenteils)

Bei Untersuchung der Zusammenhänge zwischen in- und ausländischen Emissionen (vgl. Schaubild im Anhang) zeigt sich deutlich die alternierende Inanspruchnahme des inländischen und ausländischen Anleihemarktes. 1963 bis 1967 wurde der Inlandsmarkt netto stark beansprucht. 1968 und 1969 wurde auf das Ausland ausgewichen. 1970 war die Anleihenettoemission-Inland sehr gering, die Anleihenettoemission-Ausland negativ; demgegenüber wuchsen die Auslandskredite kräftig. 1971 und 1972 schließlich zeigen wieder einen deutlichen Übergang zu Inlandsanleihen.

6 Sonstige Kreditaufnahmen des Bundes

6.1 SCHATZSCHEINE

Jahr	Netteomissionen in Millionen Schilling	Stand am Jahresende in Millionen Schilling	% der Schatzscheinemissionen (netto) an der inländischen Verschuldung des Bundes (zur Budgetfinanzierung)
1960.....	+1.580	4.544	40,9
1961.....	— 630	3.914	77,3
1962.....	— 300	3.614	.
1963.....	— 150	3.464	.
1964.....	—1.312	2.152	.
1965.....	+ 73	2.225	4,4
1966.....	+ 666	2.891	44,5
1967.....	+ 859	3.750	44,3
1968.....	+ 681	4.431	100,6
1969.....	+2.333	6.764	79,1
1970.....	+1.488	8.252	62,6
1971.....	+1.886	10.138	55,0
1972 ³⁾	+ 664	10.802	23,1

¹⁾ Ab 1970 inklusive HWSF

²⁾ Exklusive Nominale 2 Milliarden Schilling Sonderobligationen

³⁾ Die Sonderobligationen bleiben bei der Ermittlung der inländischen Verschuldung außer Betracht

Das Volumen der jeweils zur Budgetfinanzierung eingesetzten Schatzscheine schwankt innerhalb des Betrachtungszeitraumes sehr stark. In Jahren hoher Nettozunahme der Anleiheverschuldung sind negative oder sehr geringe positive Zuwachsraten der Schatzscheinverschuldung zu beobachten, während umgekehrt in Jahren mit geringen positiven oder negativen Zuwachsraten der Anleiheverschuldung die Finanzierung durch Schatzscheine an Bedeutung zunimmt. Im besonderen gilt diese gegenläufige Entwicklung für die Periode 1965 bis 1968, in welcher der Anteil der Schatzscheinverschuldung an der inländischen Verschuldung des Bundes sehr hoch war, während in den Jahren 1970 bis 1972 wieder ein starker Rückgang eintrat, entsprechend dem erheblich ansteigenden Bruttoemissionsvolumen bei den Anleihen.

6.2 VERSICHERUNGSDARLEHEN

Jahr	Nettoaufnahmen in Millionen Schilling	Stand per Jahresende in Millionen Schilling	% der Darlehensaufnahmen an der inländischen Verschuldung des Bundes (zur Budgetfinanzierung)
1960.....	—	—	0·0
1961.....	+ 63	63	.
1962.....	+ 86	149	18·7
1963.....	+ 59	208	3·3
1964.....	+ 61	269	3·8
1965.....	+ 72	341	4·3
1966.....	+161	502	10·8
1967.....	+219	721	11·3
1968.....	+307	1.028	45·4
1969.....	+273	1.301	9·3
1970.....	+220	1.522	9·3
1971.....	+264	1.786	7·7
1972 ¹⁾	+395	2.181	13·7

Die Nettozuwachsrate der Verschuldung des Bundes an die Versicherungswirtschaft sind in der Beobachtungsperiode bis 1969 zwar laufend angestiegen, sodann aber wieder bis etwa auf das Niveau des Nettozuwachses 1967 zurückgegangen. Volumensmäßig ist der Anteil der Verbindlichkeiten an die Versicherungswirtschaft an der inländischen Verschuldung des Bundes bescheiden. Er betrug zu Ende des Jahres 1972 lediglich 5·5%.

6.3 SONSTIGE OPERATIONEN

In dieser Gruppe erlangten in den letzten Jahren Direktdarlehen von Kreditunternehmungen steigende Bedeutung. Ferner werden in dieser Gruppe auch Verbindlichkeiten verrechnet, welche ursprünglich als Verwaltungsschulden klassifiziert wurden, nunmehr aber als Finanzschulden ausgewiesen werden. In diesem Zusammenhang wird auf die Empfehlung im Anhang betreffend die §§ 50 und 51 der Regierungsvorlage zum Bundeshaushaltsgesetz verwiesen (z. B. eine diesbezügliche Umbuchung im Jahr 1970 von 362·3 Millionen — Vorfinanzierung Land Tirol, ebenso 1972 die Sonderfinanzierung für ÖBB-Investitionen 150·0 Millionen). Insgesamt sind die sonstigen Operationen in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Ihr Anteil an der Bundesfinanzschuld hat nunmehr jenen der Versicherungsdarlehen bereits überholt (5·2% gegenüber 4·4%). Im Jahre 1969 betrug der Anteil der sonstigen Operationen lediglich zwei Drittel des Anteiles der Versicherungsdarlehen.

6.4 SONDERSCHULDEN (Zeilen 2, 4, 7 und 12 der Tabelle zu Z. 3)

Bei den verschiedenen Sonderschulden des Bundes traten zum Teil erhebliche Änderungen ein. So handelt es sich etwa um die im Finanzschuldenbericht 1972 besprochene Tilgung der Notenbankschuld (1971: —1.987·0 Millionen Schilling) bzw. die Übernahme der Verbindlichkeiten des HWSF per 30. Juni 1970 (490·3 Millionen), zum anderen erhöhten sich die Sonderschulden des Bundes im Jahr 1972 um 2 Milliarden Schilling aus dem Grunde der aus währungspolitischen Überlegungen begebenen zwei Tranchen von Sonderobligationen.

¹⁾ Die Sonderobligationen bleiben bei der Ermittlung der inländischen Verschuldung außer Betracht.

6.5 AUSLANDSKREDITE ¹⁾

Jahr	Nettoaufnahmen in Millionen Schilling	Stand per Jahresende in Millionen Schilling	% der Auslandskreditaufnahmen an der ausländischen Verschuldung des Bundes (zur Budgetfinanzierung)
1960.....	—	330	0·0
1961.....	+ 600	930	71·3
1962.....	+ 540	1.470	132·7
1963.....	+ 545	2.015	199·3
1964.....	+ 444	2.495	53·6
1965.....	— 544	1.915	85·0
1966.....	— 589	1.326	87·1
1967.....	+3.068	4.394	87·1
1968.....	+4.114	8.508	87·9
1969.....	+ 71	8.579	9·3
1970.....	+ 851	9.430	115·0
1971.....	—1.477	7.953	113·4
1972.....	—1.581	6.372	88·3

In der Periode 1961 bis 1964 nahm die nichttitrierte Auslandsverschuldung des Bundes jeweils um rund eine halbe Milliarde Schilling zu, während in den Jahren 1965/1966, in welcher Periode die Finanzierung der Staatsverschuldung weitgehend auf das Inland reorientiert wurde, Nettoauslandsverpflichtungen im Ausmaß von rund 1·3 Milliarden Schilling rückgeführt wurden. In der Abschwungphase 1967/1968 wurde die nichttitrierte Auslandsverschuldung massiv erhöht, wodurch ein bedeutender Liquiditätsschöpfungseffekt über die Zahlungsbilanz erzielt wurde. Demgegenüber überwogen 1969 wieder die Tilgungen die Schuldaufnahmen. Das Jahr 1970 wiederum zeigt bei einer stagnierenden inländischen Anleiheverschuldung beträchtliche Auslandskreditaufnahmen und einen dementsprechend hohen Anteil an der Gesamtverschuldung des Bundes. 1971 und 1972 wurden aus währungspolitischen Gründen keinerlei Auslandskreditaufnahmen, sondern vielmehr vorzeitige Tilgungen durchgeführt. Daraus resultierten beträchtliche Rückgänge an der Gesamtverschuldung des Bundes und entsprechende Liquiditätsabflüsse ins Ausland.

7 Ergiebigkeit des Kapitalmarktes und Verteilung auf Käuferschichten

Wie im Finanzschuldenbericht 1970 und in den folgenden Finanzschuldenberichten wird die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes, die Verteilung der Aufbringung auf Direktsparer, Kreditunternehmungen und Kapitalsammelstellen in Form einer Zusammenstellung der statistisch erfaßten längerfristigen Aufbringungsformen dargestellt. ²⁾

Diese Veränderungsbilanzen enthalten, um Doppelzählungen zu vermeiden, die Ersparnisbildung der Direktsparer selbst (Einlagen, Wertpapierkäufe des Publikums), nicht aber die Veranlagungen der Vermittlungsstellen, die Ersparnisse in Form von Einlagen entgegennehmen und in Form von Wertpapieren und Krediten anlegen (eine Ausnahme bildet aus statistischen Gründen der Bereich der Lebensversicherung). Die gesamte auf diese Weise erfaßte Bildung längerfristiger Ersparnisse stieg in den zehn Jahren von 1960 bis 1969 von 9 Milliarden Schilling auf 24 Milliarden Schilling, somit auf das Zweieinhalbfache. Die Jahre 1970 bis 1972 brachten eine weitere beträchtliche Steigerung auf rund 29·8 Milliarden Schilling 1970, 34·7 Milliarden Schilling 1971 und 38·2 Milliarden Schilling 1972. Der Anteil der Ersparnisbildung am nominellen Bruttonationalprodukt erhöhte sich von $5\frac{3}{4}\%$ zu Beginn dieser Dekade auf $7\frac{3}{4}\%$ zum Schluß, im Durchschnitt betrug er etwa 6%. Diese Entwicklung vollzog sich allerdings nicht stetig, sondern zeigte ausgeprägte konjunkturelle Schwankungen: Der Anteil erreichte zunächst 1964 mit $6\frac{1}{2}\%$ einen ersten Höhepunkt, sank dann langsam auf $5\frac{3}{4}\%$ im Jahr 1968 ab und stieg 1969 auf seinen bisherigen Höhepunkt von $7\frac{3}{4}\%$.

Den wichtigsten Beitrag leisten nach wie vor die Einlagen auf Sparkonten, welche 1969 mehr als dreimal so hoch waren als 1960. Das Jahreswachstum der Spareinlagen in absoluten Ziffern erreichte 1971 mit 20·7 Milliarden Schilling seinen Höhepunkt, während 1972 nur ein Wachstum von 18·5 Milliarden Schilling erreicht wurde. Jedoch zeigt sich in den Jahren 1969 bis 1972 ein stark ausgeprägter

¹⁾ Inklusive Kassenwertänderungen

²⁾ Tabelle zu Z. 10 Ersparnis- bzw. Veranlagungsbilanzen

Anstieg der Termineinlagen. Erreichten diese im Jahr 1969 nur einen Zuwachs um 333 Millionen Schilling, so stieg dieser 1970 auf das Siebenfache, nämlich 2.2 Milliarden Schilling, sank im Jahr 1971 geringfügig auf 2.1 Milliarden Schilling, um schließlich 1972 auf das Zweieinhalbfache des Jahres 1971, nämlich 5.6 Milliarden Schilling, anzusteigen. Der Anteil der Spareinlagen an der gesamten Geldkapitalbildung betrug 1960 52% und stieg bis 1963 weiter auf 65.5%. Sodann ging er rasch zurück, erreichte 1969 aber wieder 64% und war damit um ein Viertel höher als zu Beginn der Beobachtungsperiode. 1969 war zugleich der Höhepunkt für den Spareinlagenanteil, welcher 1970 auf 61%, 1971 auf 60% und 1972 auf 48% der gesamten inländischen Nettogeldkapitalbildung zurückging. Komplementär änderte sich allerdings der Termineinlagenanteil in den letzten vier Jahren von 1.4% im Jahre 1969 auf 7.4% 1970, 5.9% 1971 und schließlich 14.6% 1972. Der Anteil der zusammengefaßten Spar- und Termineinlagen betrug 1972 etwa gleich viel an der gesamten inländischen Nettogeldkapitalbildung wie 1960 (63% gegenüber 63.4% 1960).

Die Käufe in- und ausländischer Wertpapiere durch das Publikum waren 1969 mit 4.8 Milliarden Schilling nur zweieinhalb mal so hoch wie 1960 und wuchsen somit nur durchschnittlich; zu berücksichtigen ist, daß bis einschließlich 1967 auch Kapitalgesellschaften Wertpapiere steuerlich begünstigt kaufen konnten und die steuerliche Begünstigung für Einkommenssteuerzahler günstiger war. Innerhalb der Wertpapierkäufe des Publikums kam es in dieser Zehnjahresperiode zu einer Umschichtung von inländischen zu ausländischen Papieren und innerhalb der inländischen von Anleihen zu Bankemissionen. Die Käufe heimischer Wertpapiere wuchsen in der Dekade 1960 bis 1969 nur um 57%, langsamer als irgendeine andere Form längerfristiger Sparkapitalbildung, und der Absatz von Anleihen war 1969 sogar niedriger als 1960. Diese Verluste des Marktanteiles heimischer Papiere waren Folgen der Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu Beginn der sechziger Jahre, des starken Anstieges der ausländischen Zinssätze, die Österreich im Verlauf der letzten zehn Jahre aus einem Hochzinsland zu einem Niedrigzinsland machten, des zunehmenden Diversifikationsbedürfnisses der Anleger und zum Teil der aggressiven Vertriebsmethoden der Verkäufer ausländischer Wertpapiere, wie insbesondere Investmentfonds. Die Marktanteilsverluste dieser Anleihen ergaben sich zum Teil aus der Erweiterung der Steuerbegünstigung auf alle inländischen festverzinslichen Wertpapiere, zum Teil daraus, daß Hypothekarschuldverschreibungen den neuen für das Wertpapiersparen gewonnenen Schichten näher stehen und trotz der meist längeren Laufzeit relativ liquid sind. Diese im Finanzschuldenbericht 1970 aufgezeigten Entwicklungen erfuhren allerdings in den letzten drei Jahren eine wesentliche Änderung. Die Wertpapierkäufe des Publikums stiegen, bezogen auf inländische Wertpapiere, ganz erheblich an. Sie erreichten im Jahr 1970 vier Milliarden Schilling, im Jahr 1971 stiegen sie um eine weitere Milliarde Schilling auf 5 Milliarden Schilling und 1972 um rund 1.9 Milliarden Schilling auf 6.9 Milliarden Schilling. Demgegenüber gingen die Käufe ausländischer Wertpapiere durch das inländische Publikum, gemessen an der absoluten Zuwachsrate von 1.8 Milliarden 1969, zurück. Sie erreichten 1970 1.3 Milliarden, 1971 1.1 Milliarden und 1972 1.5 Milliarden Schilling. Durch diese Entwicklung konnte sich der Anteil der Käufe inländischer Wertpapiere an der gesamten inländischen Nettogeldkapitalbildung in den letzten drei Jahren von 12.5% auf 18.0% erhöhen, während der Anteil ausländischer Wertpapiere von 7.7% im Jahr 1969 auf 4.0% 1972 zurückging.

Zusammenfassend läßt sich sohin sagen: In der ersten Hälfte der sechziger Jahre profitierte das Wertpapiersparen von der Tendenz zur längerfristigen Sparkapitalbildung. Diese Tendenz hat allerdings in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nur zögernd angehalten, wozu kam, daß auch die Wertpapierkäufe der Geldkapitalsammelstellen im weiteren Sinn nur wenig wuchsen. Daher konnten am Wertpapiermarkt 1969 nur um 45% mehr Papiere emittiert werden als 1960, obwohl die gesamte erfaßte Kapitalbildung nach Tabelle Z. 10 um 160% höher war.

Das Jahr 1969 markiert wiederum einen Wendepunkt in dieser Entwicklung:

Bruttoumlaufferhöhung		Nettoumlaufferhöhung	
1961—1967	+42.151	1961—1967	+32.348
1968	+ 6.849	1968	+ 3.119
1969	+ 9.789	1969	+ 4.294
1970	+11.769	1970	+ 5.688
1971	+15.115	1971	+ 8.279
1972	+22.493	1972	+15.671

Aus obiger Tabelle zeigt sich, daß die Bruttoemission von 1968 bis 1972 auf das 3.4fache stieg und die Nettoemission sich auf das 5.3fache erhöhte. An dieser Erhöhung waren in den letzten fünf Jahren sowohl die institutionellen als auch nichtinstitutionellen Anleger maßgeblich beteiligt (nur Anleihen):

	Nominale Mio S	Zur öffentlichen Zeichnung aufgelegte Anleihen										Summe Mio S	nicht zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt Mio S
		Bankenkundschaft								Nostrozeichnung der KU			
		inländische Anleger				Devisenausländer				zusammen			
		institutionelle		nicht-institutionelle		Mio S		%		Mio S	%		
1968	3.450	258	9	1.208	41	51	2	1.517	52	1.433	48	2.950	500
1969	4.565	393	9	2.027	48	26	1	2.446	58	1.769	42	4.215	350
1970	5.880	524	9	2.854	49	32	1	3.410	59	2.400	41	5.810	70
1971	8.270	895	12	4.063	52	71	1	5.029	65	2.716	35	7.745	525
1972	13.000	1.189	12	5.145	51	713	7	7.047	70	3.103	30	10.150	2.850

Aus obiger Tabelle ist ersichtlich, daß die Anleihezeichnungen der institutionellen Anleger vom Jahr 1968 mit 258 Millionen Schilling auf 1.189 Millionen Schilling im Jahr 1972 anstiegen, das ist eine Steigerung auf das 4-6fache. Eine ähnlich günstige Entwicklung erfuhren die Zeichnungen durch nichtinstitutionelle inländische Anleger, welche sich von 1.208 Millionen Schilling im Jahr 1968 auf 5.145 Millionen im Jahr 1972 erhöhten, eine Steigerung auf das 4-3fache.

8 Darstellung der Schuldengbarung im ersten Halbjahr 1973 und Vorschau auf die Entwicklung der Staatsschulden bis 1974

8.1 SCHULDENGEBARUNG IM 1. HALBJAHR 1973

Im 1. Halbjahr 1973 zeigt die Entwicklung der Staatsschulden folgendes Bild (zum Vergleich auch 1. Halbjahr 1972):

	1. Halbjahr 1973				1. Halbjahr 1972	
	Aufnahmen (brutto)	davon Kassen- wertänderungen	Tilgungen	davon Kassen- wertänderungen	Aufnahmen (brutto)	Tilgungen
Inland						
Anleihen	2.500-0		1.157-1		3.000-0	995-7
Schatzscheine	1.588-0		1.161-0		2.297-0	1.302-0
Versicherungsdarlehen	265-3		114-3		308-4	57-5
Bundesschuld an die OeNB	—		150-0		26-2	74-9
Sonstige	94-0		225-9		308-7	60-8
Summe Inland	4.447-3		2.808-4		5.940-3	2.490-9
Ausland						
Anleihen	37-8	37-8	292-9	177-9	0-3	126-9
Auslandskredite	76-9	76-9	624-0	423-0	3-2	423-4
Sonstige	0-2	0-2	92-3	83-2	—	24-9
Summe Ausland	114-9	114-9	1.009-2	684-1	3-5	575-2
Gesamtsumme	4.562-2		3.817-2		5.943-8	3.066-1

Im 1. Halbjahr 1973 hat der Bund insgesamt 4.562,2 Millionen Schilling an Anleihen, Schatzscheinen und sonstigen Krediten aufgenommen, wobei 3.562,2 Millionen Schilling zur Budgetfinanzierung dienen¹⁾. Der präliminierte Budgetabgang in der Höhe von 11.224,2 Millionen Schilling wurde damit im 1. Halbjahr 1973 zu rund 32% abgedeckt. Angesichts der konjunkturellen Situation wurde die Erhöhung der Staatsschuld im 1. Halbjahr 1973 zur Gänze aus inländischen Quellen finanziert. Im gleichen Zeitraum wurden Tilgungen in der Höhe von 3.817,6 Millionen Schilling vorgenommen, wobei 2.808,4 Millionen Schilling auf das Inland und 1.009,2 Millionen Schilling auf das Ausland entfielen. Die gesamte Staatsschuld hat sich damit im 1. Halbjahr um etwa 0,7 Milliarden Schilling erhöht.

Zur vorübergehenden Kassenstärkung wurden im 1. Halbjahr 1973 2,9 Milliarden Schilling begeben, welche zur Gänze in Form eskontfähiger Schatzscheine aufgenommen wurden.

¹⁾ Nominale 1 Mrd S Bundesobligationen 1973 dienen der Fundierung von aus währungspolitischen Gründen begebenen Kassenstärkungsschatzscheinen des Jahres 1972.

8.2 1974 (2 Varianten)

	1973 BVA	1974 +10% BNP in Milliarden Schilling	1974 +15% BNP
Nettodefizit ¹⁾	5·9	5·6	8·4
Tilgungen	5·3	7·2	7·2
Bruttodefizit	11·2	12·8	15·6

Für 1973 ergibt sich auf Grund der vom Bundesvoranschlag 1973 vorgegebenen Größen ein Nettodefizit von 11·2 Milliarden Schilling.

Sieht man den Zuwachs der Staatsschuld unter dem Gesichtspunkt der anteilmäßigen Belastung des Bundeshaushaltes durch den Schuldendienst, so ergibt sich bei der Annahme eines nominellen Wachstums des Bruttonationalproduktes 1974 von 10 bis 15% ein Nettodefizit von 5·6 bis 8·4 Milliarden Schilling.

Dieser Gesichtspunkt der Belastung des Bundeshaushaltes ist allerdings nicht der einzig relevante für die Beurteilung des Zuwachses der Staatsschuld. Gleichmaßen zu beachten ist vom Staatsschuldenausschuß der liquiditätspolitische Aspekt (siehe Kapitel 9.2) und die Prüfung des Zuwachses unter Berücksichtigung des Kapitalmarktaufkommens (siehe Kapitel 11).

Zu den gegebenen Zahlenannahmen ist zu bemerken, daß nur das jeweilige Nettodefizit den im Anhang gebrachten Ersparnisbilanzen (Nettogeldkapitalbildung) gegenübergestellt werden darf, um die Ergiebigkeit des Marktes mit gleichen Größen zu messen. Dagegen können Aussagen über die Aufteilung der Schuldenaufnahmen nur anhand der Bruttodefizite gemacht werden.

III UNTERSUCHUNG ÜBER DIE AUFNAHMEFÄHIGKEIT DES MARKTES

9 Ökonomische Einflußfaktoren

9.1 KONJUNKTURENTWICKLUNG

In der Betrachtungsperiode 1960 bis 1972 waren die Jahre 1960, 1964 und 1969 die Jahre des größten Wachstums des Bruttonationalproduktes. Diese Jahre hohen Wachstums dürfen nicht verwechselt werden mit den Jahren der Hochkonjunktur, da in dieser — angesichts der erreichten hohen Kapazitätsauslastung — die Wachstumsrate bereits zurückgeht (1970 und 1971). Die Tiefpunkte der Konjunktur lagen in den Jahren 1962 und 1967. Seit 1969 hält die Konjunktur auf hohem Niveau in Österreich an. Vergleicht man im Betrachtungszeitraum die Entwicklung der Konjunktur und der Staatsverschuldung, ergibt sich, daß sich der Budgetsaldo im Betrachtungszeitraum weitgehend antizyklisch entwickelt hat. Diese schon im Finanzschuldenbericht 1970 getroffene Feststellung hat sich weiterhin bewahrheitet. Die Zuwachsraten der Finanzverschuldung waren jeweils vor Erreichung des größten Wachstums besonders stark. Nach Erreichung dieser Wachstumsphase gingen sie zurück. Dieser Rückgang ist auch in den letzten vier Jahren zu beobachten.

Eine Änderung erfuhr das Verhalten der Entwicklung der Zuwachsraten der kurzfristigen Kredite der Kreditinstitute. Bis 1969 erreichten sie jeweils im Jahr nach dem größten Wachstum ihre stärkste Steigerung, während die langfristigen Kredite dieser Entwicklung nur bedingt folgten. Seit 1969 ist die kurzfristige Krediterteilung der Kreditinstitute ebenso wie die langfristige Krediterteilung beträchtlich angestiegen, obwohl die Zuwachsraten der industriellen Produktion gegenüber 1969 zurückgingen.

Auch im Vergleich zur Wachstumsrate des nominellen Bruttonationalproduktes sind lang- und kurzfristige Kredite in den letzten vier Jahren überproportional angestiegen.

Die Wachstumsraten der Spareinlagen weisen mit Ausnahme des Jahres 1967 und 1972 einen ständigen Anstieg auf, wobei diese Entwicklung nicht kontinuierlich verlief. In Hochkonjunkturjahren ergab sich jeweils eine sprunghafte Erhöhung der Zuwachsraten, die in den jeweils folgenden Jahren auf gleichem Niveau blieben. In den Hochkonjunkturjahren 1970 und 1971 sind allerdings die Spareinlagenzuwächse weiterhin beträchtlich angestiegen und erfuhren erst 1972 einen Rückgang etwa auf das Niveau des Jahres 1970. In geändertem Zusammenhang mit den Spareinlagen müssen nunmehr aber die Termineinlagen betrachtet werden. Diese zeigten gegenüber den Spareinlagen bis 1969 eine entgegengesetzte Entwicklung, was sich daraus erklärte, daß diese Ersparnisse vornehmlich im Unternehmensbereich gebildet wurden; daraus erklärt es sich, daß zu Zeiten des Konjunkturrückganges eine rückläufige Entwicklung einsetzte. In den letzten vier Jahren trat ein Bruch in dieser Entwicklung ein. Im Jahr 1970 stiegen die Spareinlagen gleichgerichtet mit den Termineinlagen

¹⁾ Ohne Vorsorge für Mehrwertsteuerausfälle

ganz erheblich an, welche Entwicklung sich 1971 hinsichtlich der Spareinlagen fortsetzte, während bei den Termineinlagen nur mehr etwa die Steigerung des Vorjahres erreicht wurde. Im Jahr 1972 sank die absolute Zuwachsrate der Spareinlagen, während sich die Zuwachsrate der Termineinlagen mehr als verdoppelte. Zweifellos ist diese Entwicklung zu einem Großteil auf die mit der ungebrochenen Konjunktur verstärkten Inflationstendenzen zurückzuführen, welche sich wahrscheinlich nicht nur in der starken Erhöhung der Termineinlagen, sondern auch in bemerkenswerten Umschichtungen innerhalb der Gruppe der Spareinlagen gezeigt haben: Der Anteil der gebundenen Spareinlagen erhöhte sich von Ende 1971 bis Ende 1972 von 39% auf 43%, wozu insbesondere die Einlagen mit Laufzeiten über 48 Monate sowie die Bauspareinlagen beitrugen. Die Wertpapierkäufe des Publikums stiegen seit 1968 kontinuierlich und stark an. Höhepunkte des Absatzes waren in den Jahren 1965 und 1969 zu verzeichnen, wobei ab 1969 jedoch jeweils das Vorjahresergebnis übertroffen wurde.

Die Wertpapieranlagen der Kreditinstitute entwickelten sich bis 1969 insofern erwartungsgemäß der Konjunktur entsprechend, als sie im Wellental der Konjunktur stärker zunahm. Seit 1969 nahm der Wertpapiererwerb der Kreditinstitute jedoch trotz andauernder Hochkonjunktur netto kontinuierlich stark zu und verdoppelte sich von 1969 auf 1972 von 2,8 Milliarden Schilling auf 5,6 Milliarden Schilling. Dieser starke Anstieg der Wertpapieranlagen der Kreditinstitute konnte trotz gleichzeitigem starken Anstieg der Veranlagung in Krediten ohne Schwierigkeiten aus der reichlichen inländischen Nettogeldkapitalbildung finanziert werden. Die Kapitalveranlagungen der Vertragsversicherungsunternehmungen sind in den Jahren 1960 bis 1964 etwa gleich geblieben und dann im Jahr 1965 und 1966 auf ein Niveau angestiegen, welches sie im wesentlichen bis 1971 hielten. Im Jahre 1972 trat eine sprunghafte Erhöhung von 1,8 Milliarden Schilling Zuwachs auf einen Zuwachs von 2,5 Milliarden Schilling ein, welcher wahrscheinlich mit der geänderten Einkommensteuergesetzgebung bzw. den Übergangsvorschriften zusammenhängt.

9.2 LIQUIDITÄT DES KREDITAPPARATES UND WÄHRUNGSPOLITIK

9.2.1 Liquidität der Kreditunternehmungen

Wie der Tabelle 9.2.1 entnommen werden kann, ist der Prozentanteil der liquiden Mittel des Kreditapparates an seinen Gesamtverpflichtungen seit Ende 1968 laufend zurückgegangen (31. Dezember 1968: 27,4%, 1969: 26,8%, 1970: 25,6%, 1971: 22,1%, 1972: 19,2%). Ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung war die starke Kreditexpansion der letzten Jahre.

Vergleicht man die Kreditgewährung und Geldkapitalbildung seit 1967, so zeigt sich folgende Entwicklung: 1967 und 1968 gab es noch Überhänge der Geldkapitalbildung (laut Geldvolumensanalysen der OeNB) über die Nettokreditgewährung um 1,7 bzw. 0,4 Milliarden Schilling. Ab 1969 überstieg die Kreditgewährung die Geldkapitalbildung, u. zw. 1969 um 1,7 Milliarden Schilling, 1970 um 1,2 Milliarden Schilling, 1971 um 7,2 Milliarden Schilling und 1972 um 14,5 Milliarden Schilling.

Die Liquiditätsverknappung im Kreditapparat war aber noch spürbarer, da sich jener Teil der liquiden Mittel, der durch währungspolitische Maßnahmen gebunden ist (Notenbankguthaben als Mindestreserven, Kassenscheine der Notenbank durch Ausschluß der Möglichkeit des Rückverkaufes bzw. Lombards innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, mit der OeNB vereinbarte Auslandsveranlagung „M“, soweit nicht in Wertpapieren veranlagt), von Ende 1968 bis Ende 1973 mehr als verdoppelt hat.

9.2.2 Währungspolitik

Wie im Finanzschuldenbericht 1970 aufgezeigt, ergab sich aus den geldpolitischen Maßnahmen der Notenbank in den Jahren 1967 bis 1969 keine mengenmäßige Restriktion der Liquidität der Kreditunternehmungen. Dies änderte sich im Jahr 1970. Anfang Februar wurden 1½ Milliarden Schilling an flüssigen Mitteln des Kreditapparates durch Emission von Kassenscheinen der Notenbank gebunden, von denen im Mai 1970 1 Milliarde Schilling und Anfang August 1970 der Rest rückgelöst wurde. Die Inanspruchnahme der Notenbankfinanzierung durch die Kreditunternehmungen war 1970 im Durchschnitt mit 3,69 Milliarden Schilling um 0,72 Milliarden Schilling höher als 1969. Für die Entwicklung im Jahr 1971 waren vor allem drei Faktoren maßgebend:

Der starke, konjunkturell bedingte Kreditbedarf der österreichischen Wirtschaft, das große inländische Fremdmittelaufkommen des Kreditapparates und die internationale Währungskrise, die umfangreiche Transaktionen zwecks Absicherung der österreichischen Wirtschaft gegen Kursverluste im Auslandsgeschäft zur Folge hatte. Die Liquiditätsentwicklung im Jahr 1971 war durch ein starkes Anwachsen der im Inland verfügbaren liquiden Mittel gekennzeichnet, dem eine beträchtliche Zunahme der kurzfristigen Auslandsverschuldung der Kreditunternehmungen gegenüberstand. Aus vorwiegend stabilitätspolitischen Rücksichten nach eingehenden Beratungen aller hiezu berufenen Stellen erfolgte am 10. Mai 1971 eine Aufwertung des Schillings um 5,05%. Zur Abwehr unerwünschter Zuflüsse von Spekulationsgeldern wurde zwischen Notenbank und Kreditunternehmungen eine Vereinbarung getroffen, wonach sich die Institute verpflichteten, 40% des Zuwachses ihrer Schilling-Verbindlichkeiten gegenüber Auslandsgläubigern auf einem unverzinslichen Sonderkonto bei der Notenbank

zu halten und darauf verzichteten, Fremdwährungsbeträge zur Verbesserung ihrer Schilling-Liquidität zu verkaufen oder aus diesem Grunde Auslandsveranlagungen vorzeitig rückzuführen. Dieses Abkommen lief zur Jahresmitte 1971 aus. Aufgrund starker Zuströme von Auslandsgeld, welche ernste Störungen am Geldmarkt und im gesamten Liquiditätsgefüge verursachten, wurde im August 1971 neuerlich eine Vereinbarung zwischen Notenbank und den Kreditinstituten entsprechend der bereits angeführten getroffen, wobei statt den seinerzeit vereinbarten 40% nunmehr 75% des Zuwachses der Schilling-Verbindlichkeiten gegenüber Auslandsgläubigern auf einem unverzinslichen Sonderkonto bei der OeNB zu halten war. Diese zunächst mit 31. Oktober 1971 befristete Maßnahme wurde in der Folge mehrmals, letztmalig bis 31. Dezember 1973, in ihrem Geltungsbereich verlängert. Ferner stellte die Notenbank einen Rahmen für die Ausgabe von Kassenscheinen von Nominale 5 Milliarden Schilling zwecks Bindung von überschüssigen Liquiditäten durch Offenmarktoperationen bereit, wovon 2 Milliarden Schilling den Kreditinstituten zugeteilt wurden und eine Rücklösung zu Mitte November vorgesehen war. Darüber hinaus haben die Kreditunternehmungen nach Maßgabe ihrer Liquiditätslage Mittel in weiteren Kassenscheinen der Notenbank veranlagt, so daß der Rahmen vorübergehend zur Gänze beansprucht war. Die Notenbank löste sämtliche derart begebene Kassenscheine bis 9. Dezember 1971 zurück. Maßgeblich hiefür war die Annahme, daß es nach dem erwarteten Realignment der wichtigsten westlichen Währungen zu einem Abfluß beträchtlicher Teile der 1971 angesammelten Zentralbankgeldüberschüsse ins Ausland kommen wird, eine Vorstellung, die sich aber nicht erfüllte. Die Ende Jänner 1972 beschlossene Stilllegung von liquiden Mitteln des Kreditapparates im Ausmaß von 4 Milliarden Schilling (Mindestreservensatzerhöhung, Emission von Kassenscheinen der Notenbank sowie Bundesobligationen, deren Erlös bei der Notenbank stillgelegt wurde) stellte somit eine Konsolidierung der Anfang Dezember 1971 ausgelaufenen Liquiditätsbindungen dar. Mitte Juni 1972 verpflichteten sich die Kreditunternehmungen, bis Ende 1972 (später bis Ende 1973 verlängert) zusätzlich 1,5 Milliarden Schilling im Ausland zu veranlagen oder alternativ Kassenscheine der Notenbank zu erwerben. Weitere Emissionen des Bundes im Juli und September 1972 im Nominale von 2 Milliarden Schilling, deren Erlös bei der Notenbank stillgelegt wurde, sowie zusätzliche Kassenscheinemissionen der Notenbank (2 Milliarden Schilling) im August und September 1972 banden weitere Mittel des Kreditapparates. Die Kassenscheine der Notenbank (3 Milliarden Schilling) sowie die aus währungspolitischen Gründen begebenen Kassenstärkungsschatzscheine des Bundes (1 Milliarde Schilling) wurden im November und Dezember 1972 rückgelöst. Der restriktive liquiditätspolitische Effekt der vorerwähnten Emission der Nom. 2 Milliarden Schilling Bundesobligationen ist insoweit gegeben, als es dem Bund aufgrund seiner Kassenreserven möglich ist, die Beträge bei der OeNB stillzulegen. Dies war 1972 weitgehend der Fall. Anfang November 1972 erfolgte eine Erhöhung der Mindestreservensätze um 0,5 Prozentpunkte, die eine Liquiditätsbindung von 1,1 Milliarden Schilling zur Folge hatte. Ende 1972 wurden auf breiter Front Stabilisierungsmaßnahmen getroffen, die im wesentlichen zunächst bis 31. Mai 1973 befristet waren, nach diesem Zeitpunkt aber in ihrer Gültigkeitsdauer überwiegend bis Ende 1973 verlängert wurden. Von den im währungspolitischen Bereich verfügbaren Maßnahmen sei nur auf die Verschärfung der Kreditkontrollabkommen, die Entliberalisierung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland, die Anhebung des Eskont- und Lombardsatzes der Notenbank und die Erhöhung der Mindestreservensätze um 1 Prozentpunkt verwiesen. Ende März 1973 wurde der Schilling um 2,25% aufgewertet. Um die Funktionsfähigkeit des heimischen Geldmarktes zu verbessern, senkte die Notenbank mit Wirkung April 1973 die Mindestreservensätze um 1 Prozentpunkt und erklärte sich bereit, Anfang April 1973 Nominale 1 Milliarde Schilling offenmarktfähige Wertpapiere vom Kreditapparat anzukaufen, die bis 1. August 1973 von den Kreditunternehmungen rückerworben werden mußten. Anfang Juli 1973 wurde der Schilling neuerlich, u. zw. um 4,8%, aufgewertet.

9.2.3 Zentralbankgeldbedarf

Bei wachsendem Bruttonationalprodukt entsteht ein Bedarf an Zentralbankgeld aus drei Gründen :

- a) erstens bedarf die Wirtschaft zusätzlicher Mittel für Transaktionszwecke ;
- b) zweitens bedarf der Kreditapparat bei wachsendem Geschäftsvolumen zusätzlicher Mittel, um seine Zahlungsbereitschaft sicherzustellen ;
- c) drittens bedingen die währungspolitischen Liquiditätsvorschriften (insbesondere Mindestreserven), soweit ihr Liquiditätsbindungseffekt den unter b) genannten überschreitet, einen Bedarf an Zentralbankgeld.

Für das Jahr 1973 könnte der gesamte Zentralbankgeldbedarf wie folgt angenommen werden :

Bargeldbedarf der Wirtschaft (ohne Kassenbestände der KU)	2 Mrd S
Zentralbankgeldbedarf der KU aus dem Titel der Reservehaltung (mindestens).....	3 Mrd S
	5 Mrd S

Von den vorerwähnten 5 Milliarden Schilling dürften rund 2 Milliarden Schilling auf den unter c) genannten Titel entfallen.

ad a) Der Banknoten- und Scheidemünzenumlauf (ohne Kassenbestände der KU) erhöhte sich in den Jahren 1965 bis 1971 um 1.902, 2.242, 1.503, 1.129, 1.445, 1.744 und 3.542 Millionen Schilling. 1972 trat ein sprunghafter Anstieg um 5.847 Millionen Schilling ein. Die Schätzung des Bargeldbedarfes der Wirtschaft für das Jahr 1973 geht davon aus, daß aufgrund von Beobachtungen der Geldvolumensentwicklung und Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit ein Rückgang der Zuwachsrate in beträchtlichem Ausmaß angenommen werden kann, da die Erhöhung des Jahres 1972 ein größeres als nötiges Ausmaß erreichte und hiedurch der Zuwachs des Jahres 1973 großteils kompensiert werden wird. Letztlich wurde sohin aufgrund der Entwicklung der ersten sieben Monate d. J. mit einer Zunahme von 2,7 Milliarden Schilling (Jänner bis Juli 1972: +5,1 Milliarden Schilling) die Jahressteigerung auf 2 Milliarden Schilling geschätzt.

ad b) Der Schätzung des Zentralbankgeldbedarfes der Kreditunternehmungen aus dem Titel der Reservehaltung wurde die Annahme zugrunde gelegt, daß die mindestreservspflichtigen Verbindlichkeiten 1973 mit 34 Milliarden Schilling nur etwas stärker steigen werden als 1972 (33,4 Milliarden Schilling).

In den ersten sieben Monaten 1973 blieb der Zuwachs der mindestreservspflichtigen Verbindlichkeiten mit 15,0 Milliarden Schilling um 3,2 Milliarden Schilling hinter dem Vergleichswert 1972 zurück.

Erreicht das Verpflichtungsaufkommen die vorerwähnten 34 Milliarden Schilling und bleibt die durchschnittliche Mindestreservenbindung von derzeit 8,9% unverändert, würde sich eine zusätzliche Liquiditätsbindung von 3,0 Milliarden Schilling ergeben, die allerdings im arbeitstägigen Durchschnitt zu erfüllen ist.

Die Deckung des Zentralbankgeldbedarfes der österreichischen Wirtschaft erfolgte in den vergangenen Jahren überwiegend aus der Erhöhung der Währungsreserven der Notenbank.

Die inlandswirksame Zunahme der Währungsreserven der Notenbank (ohne zugeteilte Sonderziehungsrechte und einschließlich Aufwertungsverluste) belief sich in den ersten sieben Monaten d. J. auf 1,6 Milliarden Schilling und lag damit erheblich niedriger als in der Vergleichsperiode 1972 (7,9 Milliarden Schilling). Eine der Hauptursachen für die unterschiedliche Entwicklung liegt darin, daß sich in den ersten sieben Monaten 1973 der Passivsaldo der kurzfristigen Auslandsposition des Kreditapparates um 2,2 Milliarden Schilling abbaute, in der Vergleichsperiode 1972 hingegen um 3,4 Milliarden Schilling erhöhte¹⁾. Das Ausmaß der Zentralbankgeldschöpfung im Wege der Zunahme der Währungsreserven der Notenbank hängt eben nicht nur von der gesamten Zahlungsbilanzentwicklung (Prognose für die Entwicklung der gesamten österreichischen Währungsreserven 1973: ± 0) sondern auch von jener der Auslandsposition des Kreditapparates ab. Die Kreditunternehmungen können zwar aufgrund des Gentlemen's Agreement vom August 1971 keine Auslandsgelder zur Stärkung ihrer Nostroliquidität importieren. Eine neuerliche Erhöhung des Verpflichtungssaldos der Auslandsposition der Kreditunternehmungen im Rahmen von Kurssicherungsgeschäften bzw. Deckungsdarlehen für Fremdwährungskredite an Inländer usw. wäre aber möglich.

Einen weiteren erheblichen Faktor für die Zentralbankgeldversorgung der österreichischen Wirtschaft stellt die Entwicklung der Kassenhaltung des Bundes dar. 1972 wurde eine zur teilweisen Deckung der Finanzierungslücke im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer bestimmte Kassenreserve gebildet und aus währungspolitischen Gründen bei der Notenbank weitgehend stillgelegt. Jeder Abbau dieser Kassenreserve bei der OeNB bedeutet eine Alimentierung des für die Wirtschaft frei verfügbaren Zentralbankgeldumlaufes.

9.2.4 Die Fremdmittelversorgung der österreichischen Wirtschaft

Bei vollliberalisiertem Zahlungsverkehr mit dem Ausland trachtet die Wirtschaft, ihren Finanzierungsbedarf auf den inländischen oder ausländischen Finanzmärkten zu den für sie jeweils günstigsten Bedingungen zu decken. Daher ist eine zusammenfassende Betrachtung von Direktkrediten (nicht titriert) und titrierten Krediten (Wertpapiere und Bundesschatzscheine) der inländischen Kreditinstitute und des Auslandes an inländische Nichtbanken anzustellen. Diese Darstellung ist Tabelle Z. 8.2.4 zu entnehmen. Die Summe der von inländischen Geldinstituten und dem Ausland den inländischen Nichtbanken zur Verfügung gestellten Fremdmittel war 1969 mit 22,75 Milliarden Schilling nur um 2,46 Milliarden Schilling höher als 1968. Während 1967 rund 7,5 Milliarden Schilling und 1968 rund 5,76 Milliarden Schilling Nettokreditaufnahmen im Ausland erfolgten, war dieser Betrag im Jahr 1969 mit 56 Millionen Schilling unerheblich. Das Jahr 1971 zeigt einen sehr starken Anstieg der Finanzierung aus dem Inland, wobei der erreichte Nettowert von 37,86 Milliarden Schilling um 10,8 Milliarden Schilling den Zuwachs des Jahres 1970 überstieg und gleichzeitig der Finanzierungssaldo zum Ausland wie schon 1970 negativ war. Das Jahr 1972 brachte einen weiteren erheblichen Anstieg der Finanzierung aus dem Inland auf 47,56 Milliarden Schilling (d. i. um 9,71 Milliarden Schilling mehr als 1971), wozu noch eine Nettokreditgewährung aus dem Ausland von 3,36 Milliarden Schilling kam.

¹⁾ Maßgeblich hierfür war, daß die vom inländischen Kreditapparat an inländische Nichtbanken gewährten Fremdwährungskredite, die überwiegend im Ausland rückgedeckt werden, in den ersten sieben Monaten 1972 um 1,96 Milliarden Schilling zugenommen haben, während sie in den ersten sieben Monaten 1973 um 1,81 Milliarden Schilling zurückgingen.

Die gesamten von inländischen Geldinstituten und dem Ausland den inländischen Nichtbanken zur Verfügung gestellten Fremdmittel erreichten im Jahr 1972 mit 50,92 Milliarden Schilling einen Wert, der fast doppelt so hoch war wie 1970 und rund 35% höher als 1971.

Betrachtet man das erste Halbjahr 1973 gegenüber dem ersten Semester 1972, dann zeigt sich eine ganz wesentliche Änderung in der Entwicklungsrichtung, welche überwiegend durch die währungs-politischen Maßnahmen ausgelöst wurde. Die Direktkredite inländischer Geldinstitute expandierten mit 11,1 Milliarden Schilling um rund 37% schwächer als im ersten Semester 1972 mit 17,6 Milliarden Schilling. Der Wertpapiererwerb und Bundesschatzscheinerwerb lag im ersten Halbjahr 1973 mit 5,8 Milliarden Schilling um rund 1 Milliarde Schilling höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Direktkredite aus dem Ausland waren mit 1,7 Milliarden Schilling etwa doppelt so hoch als im ersten Semester 1972 mit 0,9 Milliarden Schilling, während der Nettoerwerb von inländischen festverzinslichen Wertpapieren durch Devisenausländer um rund 200 Millionen Schilling zurückging. Per Saldo war somit im ersten Halbjahr 1973 die inländische Kreditgewährung um 5,5 Milliarden Schilling geringer als 1972, während die ausländische Kreditgewährung um rund 700 Millionen Schilling stieg, so daß sich insgesamt eine Verminderung des Zuwachses der zur Verfügung gestellten Fremdmittel um rund 4,8 Milliarden Schilling ergab. Um diesen Betrag war somit die im Kreditweg finanzierte Nachfrage geringer als im ersten Halbjahr 1972.

Setzt man die Summe der von den inländischen Geldinstituten und dem Ausland den inländischen Nichtbanken zur Verfügung gestellten Fremdmittel mit dem nominellen Bruttonationalprodukt in Beziehung, so ergibt sich für den Zeitraum 1964 bis 1970 ein relativ stabiles Verhältnis (in der Periode von 1959 bis 1963 war dieses Verhältnis zwar ebenfalls stabil, allerdings auf einem Niveau von rund 5,3%). Die sich ergebende Relation stieg im Jahr 1971 und 1972 erheblich an.

Jahr	BNP nominell in Millionen Schilling	Fremdmittelversorgung der Wirtschaft	Fremdmittelversorgung in % des nominellen BNP
1964.....	227.136	15.420	6,8
1965.....	247.431	16.465	6,7
1966.....	267.573	18.966	7,1
1967.....	283.161	19.303	6,8
1968.....	302.762	20.289	6,7
1969.....	331.728	22.751	6,9
1970.....	372.447	26.714	7,2
1971.....	415.807	37.646	9,1
1972.....	476.645	50.917	10,7
1973 (geschätzt).....	551.000	44.000—49.500	8—9

Bei Interpretation der vorliegenden Zahlenreihen ist allerdings zu berücksichtigen, daß die angegebenen Relationen möglicherweise nur Trendkorrelationen darstellen. Selbst wenn man aber von einem zwischen den beiden Reihen gegebenen kausalen Zusammenhang ausgeht, muß man bedenken, daß das nominelle Bruttonationalprodukt den Deflator mitbeinhaltet. Extrapoliert man die entsprechenden Prozentanteile der Fremdmittelversorgung am nominellen Bruttonationalprodukt als Fremdmittelbedarf der österreichischen Wirtschaft für kommende Perioden, so bedeutet dies, daß man in diesen Finanzierungsbedarf auch die Inflationsfinanzierung einbezieht. Für eine Interpretation der Relation nominelles Bruttonationalprodukt und Fremdmittelversorgung der österreichischen Wirtschaft müßte schließlich auch das Problem einer allfälligen Verschiebung zwischen Eigenmittel- und Fremdmittelaufkommen in einer stark wachsenden Wirtschaft näher untersucht werden.

Schätzt man unter diesen Vorbehalten den voraussichtlichen Anteil der Fremdmittelfinanzierung der österreichischen Wirtschaft für 1973 mit 8—9% des nominellen Bruttonationalproduktes (letzte Schätzung 551 Milliarden Schilling), so ergäbe dies für das laufende Jahr ein Finanzierungsvolumen von 44 bis 49,5 Milliarden Schilling, das aber bei voller Realisierung auch die prognostizierte Preissteigerungsrate (Deflator rund 8%) mitfinanzieren würde.

9.2.5 Vorschau auf die Entwicklung der Direktkredite

Nach Angabe der OeNB wird für 1973 mit langfristigen Nettokreditaufnahmen im Ausland durch öffentliche und private Nichtbanken in Höhe von 3 Milliarden Schilling gerechnet, so daß per Saldo etwa 41—46 Milliarden Schilling von den inländischen Geldinstituten aufzubringen wären. Die zu 8,2 getroffenen Annahmen implizieren, daß im Jahre 1973 vom Bund rund 3,5 Milliarden Schilling netto Bundesschatzscheine (5 Milliarden Schilling Aufnahmen und 1,5 Milliarden Schilling Tilgungen) emittiert werden. Die Bestände der Kreditunternehmungen an sonstigen festverzinslichen Wertpapieren (ohne Bankschuldverschreibungen) sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 1973 um 18,8% gestiegen (1972: +10,9%); nimmt man an, daß 1973 wie 1972 in den ersten sieben Monaten rund 80% des Jahres-

nettozuwaches dieser Position übernommen wird, dann ergäbe sich für 1973 eine Nettoübernahme sonstiger festverzinslicher Wertpapiere durch Kreditinstitute von etwa 4,5 Milliarden Schilling (1972: 2,3 Milliarden Schilling). Um den unter 9.2.4 erwähnten Betrag von 44 bis 49,5 Milliarden Schilling der Fremdmittelversorgung der österreichischen Wirtschaft zu erreichen, hätte der inländische Kreditapparat zwischen 41 und 46,5 Milliarden Schilling aufzubringen. Unter Berücksichtigung der Bundesschatzscheine und sonstigen festverzinslichen Wertpapiere (ohne Bankschuldverschreibungen) würden somit etwa 33 bis 38 Milliarden Schilling im Bereich der Direktkredite der Kreditunternehmen zu finanzieren sein. Wie bereits erwähnt, würde aber eine Mittelbereitstellung in einer solchen Größenordnung dazu führen, daß die gegenwärtige Inflationsrate mitfinanziert wird. Die kreditpolitischen Vorstellungen der Währungsbehörden laufen daher sowohl auf eine erhebliche Drosselung des Zuwachses der Direktkredite der Kreditunternehmen sowie des Volumens der Nettobeaufnahme des inländischen Kapitalmarktes als auch darauf hinaus, die langfristigen Nettokreditaufnahmen im Ausland möglichst nicht über das vorerwähnte Volumen von 3 Milliarden Schilling steigen zu lassen.

9.2.6 Auswirkungen der Wertpapiertransaktionen der Kreditunternehmen auf den inländischen Wertpapiermarkt

Nettoinlandsemissionen der Kreditinstitute in Millionen Schilling

Jahr	Eigene Inlands-emissionen insgesamt	Pfandbriefe	Kommunal-schuldver-schreibungen	Kassenobligationen		Export-anleihen	Industrie-anleihen, Namens-schuldver-schreibungen und fund. Bankschuld-ver-schreibungen ¹⁾	Anleihen und Wandel-schuldver-schreibungen des Sparkassen- und Raiffeisensektors	Anleihen des Banken- und Volks-banken sektors
				insgesamt	hievon Export-finanzierung				
1960	+ 629	+ 310	+ 177	+ 140	—	—	+ 2	—	—
1961	+ 608	+ 380	+ 187	+ 37	+ 8	—	+ 4	—	—
1962	+ 1.058	+ 598	+ 224	+ 224	+ 71	—	+ 12	—	—
1963	+ 1.456	+ 690	+ 450	+ 289	+ 220	—	+ 27	—	—
1964	+ 1.444	+ 726	+ 451	+ 100	+ 142	+ 150	+ 17	—	—
1965	+ 1.460	+ 847	+ 515	— 19	— 105	—	+ 117	—	—
1966	+ 2.159	+ 892	+ 460	+ 525	+ 414	— 9	+ 291	—	—
1967	+ 1.547	+ 1.029	+ 537	+ 36	— 76	— 19	+ 64	—	—
1968	+ 2.254	+ 1.060	+ 758	— 31	— 326	+ 216	+ 151	+ 100	—
1969	+ 3.839	+ 1.165	+ 728	+ 973	+ 189	+ 266	+ 6	+ 701	—
1960—1969	+ 16.554	+ 7.697	+ 4.487	+ 2.274	+ 537	+ 604	+ 691	+ 801	—
1970	+ 4.775	+ 1.223	+ 1.168	+ 1.017	— 432	+ 207	+ 236	+ 674	+ 250
1971	+ 5.803	+ 1.385	+ 1.514	+ 1.237	+ 357	+ 191	+ 157	+ 781	+ 538
1972	+ 9.044	+ 2.121	+ 2.122	+ 2.539	+ 953	+ 300	+ 339	+ 1.148	+ 475
1970—1972	+ 19.622	+ 4.729	+ 4.804	+ 4.793	+ 876	+ 698	+ 732	+ 2.603	+ 1.263

Jahr	Eigene Inlands-emissionen der Kreditunter-nehmungen	Wertpapier-erwerb der Kredit-unternehmen	Bundesschatz-scheinerwerb der Kredit-unternehmen	Spalte (2)—(1)	Spalte (2)+(3)—(1)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1960	+ 629	+ 1.073	+ 1.027	+ 444	+ 1.471
1961	+ 608	+ 3	— 856	— 605	— 1.461
1962	+ 1.058	+ 882	— 60	— 176	— 236
1963	+ 1.456	+ 1.329	— 134	— 127	— 261
1964	+ 1.444	+ 2.672	— 1.312	+ 1.228	— 84
1965	+ 1.460	+ 2.049	+ 73	+ 589	+ 662
1966	+ 2.159	+ 1.819	+ 446	— 340	+ 106
1967	+ 1.647	+ 1.357	+ 867	— 290	+ 577
1968	+ 2.254	+ 1.379	+ 889	— 875	+ 14
1969	+ 3.839	+ 1.225	+ 1.511	— 2.614	— 1.103
1960—1969	+ 16.554	+ 13.788	+ 2.451	— 2.766	— 315
1970	+ 4.775	+ 1.837	+ 1.536	— 2.938	— 1.402
1971	+ 5.803	+ 2.573	+ 1.534	— 3.230	— 1.696
1972 ²⁾	+ 9.044	+ 4.812	+ 300	— 4.232	— 3.926
1970—1972	+ 19.622	+ 9.222	+ 3.370	— 10.400	— 7.024

¹⁾ Wüstenrot, Österreichische Kontrollbank AG., Kommunalkredit AG., Genossenschaftliche Zentralbank, ÖIK-Anleihen

²⁾ 1972: 295 Mio KS der Oesterreichischen Nationalbank nicht berücksichtigt

Quelle: Oesterreichische Nationalbank

Die österreichischen Kreditunternehmen haben — wie vorstehende Tabellen zeigen — im Zeitraum 1960 bis 1969 rund 16,6 Milliarden Schilling eigene Emissionen am inländischen Kapitalmarkt abgesetzt und rund 13,8 Milliarden Schilling festverzinsliche Wertpapiere erworben, so daß sie per Saldo als Geldnehmer (2,8 Milliarden Schilling) am österreichischen Kapitalmarkt auftreten, was auf ihre Transformationsfähigkeit zweifellos positive Auswirkungen hat.

Diese Entwicklung hat sich in den Jahren 1970 bis 1972 noch wesentlich verstärkt fortgesetzt. In den letzten drei Jahren wurden insgesamt 19,6 Milliarden Schilling an eigenen Kreditinstitutsemissionen begeben, welchen ein Wertpapiererwerb der Kreditunternehmen von 9,2 Milliarden Schilling gegenübersteht. Es ergibt sich somit per Saldo ein Geldaufnahmevermögen des Kreditapparates in diesen drei Jahren von 10,4 Milliarden Schilling. Die Nettoemissionen der letzten drei Jahre waren somit um 19% höher als jene der vergangenen zehn Jahre; die Geldaufnahme der Kreditunternehmen durch Emission festverzinslicher Wertpapiere im Inland hingegen stieg per Saldo auf das $3\frac{3}{4}$ fache jener des Zehnjahreszeitraumes 1960 bis 1969.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß bei obigen Ziffern in den Eigenemissionen der Kreditinstitute das gesamte Emissionsvolumen der Landeshypothekenanstalten und Hypothekenbanken enthalten ist, das in erster Linie zur Wohnbau- und Kommunalfinanzierung dient, ebenso die Emissionen von Sonderkreditinstituten, u. a. im Bereich der Export- und Investitionsfinanzierung. Zieht man diese Spezialemissionen ab (Pfandbriefe 7.697 Millionen Schilling, Kommunalschuldverschreibungen 4.487 Millionen Schilling, Exportanleihen 604 Millionen Schilling, Kassenobligationen zur Exportfinanzierung 537 Millionen Schilling, Anleihen der Österreichischen Investitionskredit AG. 457 Millionen Schilling), so reduziert sich die Summe der restlichen Inlandsemissionen österreichischer Kreditinstitute im Zeitraum 1960 bis 1969 auf rund 2,8 Milliarden Schilling. Dieser bereinigte Betrag, in dem auch die Ausgabe der 250 Millionen Schilling Wandelschuldverschreibungen der Girozentrale, die eigentlich eine Kapitalerhöhung darstellen, enthalten ist, müßte dem Nettoerwerb inländischer festverzinslicher Wertpapiere durch den Kreditapparat gemäß der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt werden. Für die Jahre 1970 bis 1972 errechnet sich nach Abzug von 4.729 Millionen Schilling Pfandbriefen, 4.804 Millionen Schilling Kommunalschuldverschreibungen, 698 Millionen Schilling Exportanleihen, 876 Millionen Schilling Kassenobligationen zur Exportfinanzierung und 732 Millionen Schilling Industrieanleihen, Namensschuldverschreibungen und fundierte Bankschuldverschreibungen ein bereinigter Betrag von 7.783 Millionen Schilling. Somit ergibt sich auch nach Bereinigung der eigenen Inlandsemissionen der Kreditunternehmen um die besonderen Zwecken dienenden Emissionen die Feststellung, daß sich das diesbezügliche Emissionsvolumen der Zehnjahresperiode 1960 bis 1969 in den letzten drei Jahren auf das 2,8fache erhöht hat.

Nettoerwerb inländischer festverzinslicher Wertpapiere durch inländische Kreditunternehmen (ohne Oesterreichische Nationalbank)

in Millionen Schilling

Veränderung im Jahr	Bundesschatz- scheine (ohne Besatzungs- kostenschatz- scheine)	Sonstige fest- verzinsliche Wertpapiere insgesamt (3+4+5+6)	Anleihen der öffentlichen Hand	h i e v o n			Festver- zinsliche Wertpapiere insgesamt (1+2)
				Bankschuld- verschrei- bungen	Sonstige	Konsortial- beteiligungen	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1960	+ 1.027	+ 1.073	+ 448	+ 274	+ 310	+ 41	+ 2.100
1961	— 856	+ 3	— 245	+ 255	— 71	+ 64	— 853
1962	— 60	+ 882	+ 550	+ 224	+ 150	— 42	+ 822
1963	— 134	+ 1.329	+ 874	+ 417	+ 80	— 42	+ 1.195
1964	— 1.312	+ 2.672	+ 1.823	+ 514	+ 359	— 24	+ 1.360
1965	+ 73	+ 2.049	+ 585	+ 460	+ 885	+ 119	+ 2.122
1966	+ 446	+ 1.819	+ 191	+ 885	+ 570	+ 173	+ 2.265
1967	+ 867	+ 1.357	+ 707	+ 189	+ 415	+ 46	+ 2.224
1968	+ 889	+ 1.379	+ 429	+ 849	+ 90	+ 11	+ 2.268
1969	+ 1.511	+ 1.225	+ 294	+ 1.315	— 471	+ 87	+ 2.736
1960—1969	+ 2.451	+ 13.788	+ 5.656	+ 5.382	+ 2.317	+ 433	+ 16.239
1970	+ 1.536	+ 1.837	+ 88	+ 1.556	+ 87	+ 106	+ 3.373
1971	+ 1.534	+ 2.573	+ 872	+ 1.719	— 9	— 9	+ 4.107
1972	+ 300	+ 4.812	+ 1.409	+ 2.493	+ 1.219	— 309	+ 5.121
1970—1972	+ 3.370	+ 9.222	+ 2.369	+ 5.768	+ 1.297	— 212	+ 12.601

9.3 INTERNATIONALE ZINSENENTWICKLUNG

9.3.1 Vorbemerkung

Die Entwicklung der internationalen Zinssätze ist innerhalb des Zeitraumes Ende 1967 bis Ende Mai 1970 durch eine allgemeine Erhöhung der Zinssätze auf allen wichtigen europäischen Märkten gekennzeichnet gewesen. Nach Rückgängen in den Jahren 1971 und 1972 zeigt sich eine ähnliche Erhöhungstendenz seit Beginn 1973. Die Erhöhung der Zinssätze betrifft alle Bereiche des internationalen Kreditmarktes, sowohl den kurzfristigen wie den langfristigen Sektor. Die Feststellungen wurden mit 30. Juni 1973 abgeschlossen.

9.3.2 Kurzfristige Zinssätze

Als Beispiel werden zunächst die für internationale Finanzierungen wichtigsten Sätze für Drei- und Sechsmontatseurodollar angegeben.

	Eurodollarsätze Prozent p. a.	
	3 Monate	6 Monate
27. März 1969	$8\frac{3}{8}$	—
26. Juni 1969	$11\frac{3}{16}$	11
25. September 1969	$10\frac{7}{8}$	$11\frac{3}{8}$
25. Dezember 1969	$11\frac{7}{16}$	$10\frac{3}{16}$
26. März 1970	$8\frac{1}{2}$	$8\frac{1}{2}$
30. Juni 1970	$9\frac{3}{16}$	$9\frac{3}{16}$
30. September 1970	$8\frac{1}{8}$	$8\frac{3}{8}$
31. Dezember 1970	7	$7\frac{1}{16}$
31. März 1971	$5\frac{1}{4}$	$5\frac{1}{2}$
30. Juni 1971	$6\frac{3}{4}$	7
30. September 1971	$8\frac{1}{4}$	$8\frac{3}{16}$
31. Dezember 1971	$5\frac{5}{8}$	$5\frac{7}{8}$
31. März 1972	$5\frac{1}{2}$	6
30. Juni 1972	$5\frac{1}{4}$	$5\frac{3}{4}$
29. September 1972	$5\frac{7}{8}$	$6\frac{1}{16}$
29. Dezember 1972	$5\frac{7}{8}$	$6\frac{1}{4}$
30. März 1973	$8\frac{5}{8}$	$8\frac{5}{8}$
29. Juni 1973	9	$9\frac{1}{16}$

Die kurzfristigen Eurodollarzinssätze haben somit zu Mitte und Ende des Jahres 1969 ihre Höhepunkte erreicht, gingen dann leicht zurück, um im Juni 1970 wiederum stark anzusteigen und beendeten ihre Rückgänge, welche nur im September 1971 vorübergehend unterbrochen waren, im Jahr 1973 mit einem starken Anstieg bis auf über 9%. ¹⁾

9.3.3 Lang- und mittelfristige Zinssätze

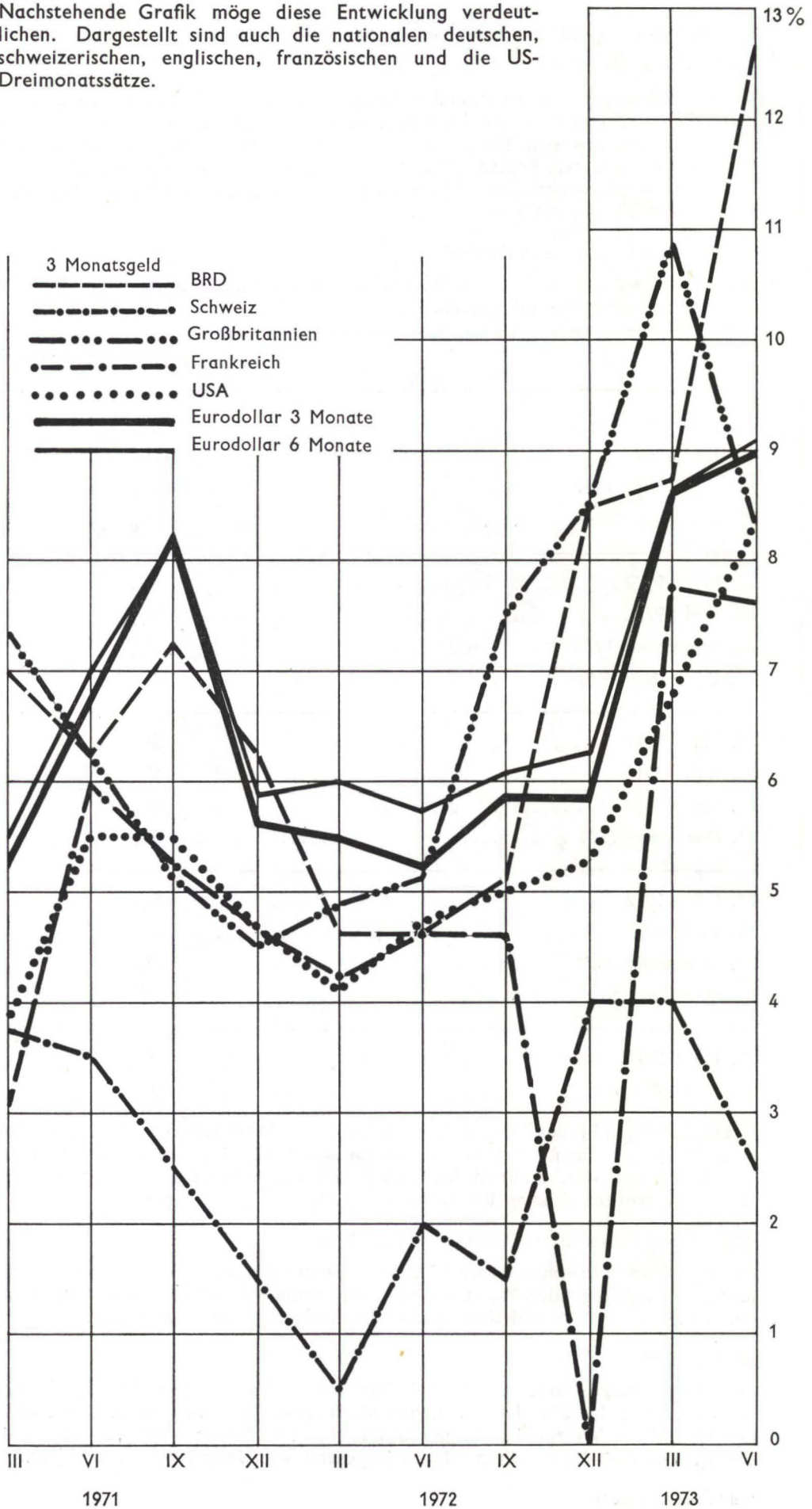
Im folgenden soll sowohl die derzeitige Situation auf den wichtigsten nationalen europäischen Kapitalmärkten als auch auf den Märkten für internationale Anleihen dargestellt werden, welche für Schuldentnahmen des österreichischen Staates im Ausland maßgeblich wären.

9.3.3.1 BRD

Die Entwicklungstendenzen des Kapitalmarktes der BRD zeigen deutlich die Problematik starker Schwankungen des Zinsniveaus. Lagen die Renditen der im Umlauf befindlichen tarifbesteuerten festverzinslichen Wertpapiere insgesamt im Jahre 1969 noch bei 7,0%, so stiegen sie bis Juni 1973 auf 10,2%. Die Emissionsrenditen stiegen insgesamt vom Jahr 1969 von 6,8% auf 10% im Juni 1973.

¹⁾ siehe umseitige Grafik

Nachstehende Grafik möge diese Entwicklung verdeutlichen. Dargestellt sind auch die nationalen deutschen, schweizerischen, englischen, französischen und die US-Dreimonatssätze.



Dies bedeutet andererseits ein Absinken der Durchschnittskurse der im Umlauf befindlichen tarifbesteuerten festverzinslichen Wertpapiere bis auf etwa 67,9% (6%ige Pfandbriefe) im Juni 1973 oder auch 93,1% bei 8 $\frac{1}{2}$ %igen Anleihen der öffentlichen Hand. Dieser Entwicklung muß nunmehr auch der Bund Rechnung tragen und begab seit 23. Mai 1973 Schuldbuchforderungen mit einem Nominalzins von 9 $\frac{3}{4}$ % p. a. und einer zehnjährigen Laufzeit zu Konditionen, welche zu einer Rendite von 10,24% p. a. führen. Dieser Zinssatz ist der höchste, den der Bund bisher am Markt angeboten hat.

9.3.3.2 Schweiz

Auch am Schweizer Kapitalmarkt hat sich nunmehr die Tendenz zu Zinssteigerungen deutlicher durchzusetzen begonnen, wenn das Zinsniveau auch noch wesentlich niedriger liegt als in anderen europäischen Staaten. Ende April 1973 ist die durchschnittliche Rendite der Bundesanleihen auf rund 5 $\frac{1}{2}$ % p. a. gestiegen. Das Schweizer Zinsniveau liegt zu Mitte des Jahres 1973 bei den Emissionsrenditen der Kantone und Kantonalbanken bei 5 $\frac{3}{4}$ %, der Industrie bei 6% bis 6 $\frac{1}{4}$ %.

9.3.3.3 Frankreich

In Frankreich ist das Renditeniveau staatlicher Anleihen auf 9,35% und jenes von Industriefinanzen auf nahezu 10% angestiegen.

9.3.3.4 United Kingdom

Ein ähnliches Bild wie Frankreich zeigt England: Das Renditeniveau staatlicher Emissionen liegt bei nahezu 9,5%, jenes von Industriefinanzen bei 11%.

9.3.3.5 Dollarbonds

Die Renditen der Dollarbonds sind nunmehr wiederum bis auf 8 $\frac{1}{2}$ % bis 8 $\frac{5}{8}$ % angestiegen. Die letzten bekanntgewordenen Emissionen sind jene der City of Manchester mit einem Nominale von 50 Millionen Dollar, einer Laufzeit von acht Jahren, einem Zinssatz von 8 $\frac{1}{4}$ % und einem Emissionskurs von 99,5%, der City of Glasgow mit 75 Millionen Dollar, sieben Jahren Laufzeit, 8 $\frac{1}{4}$ % Verzinsung und einem Emissionskurs von 99% sowie der City of Nottingham mit 25 Millionen Dollar, einer Laufzeit von sechs Jahren, einem Zinssatz von 8 $\frac{5}{8}$ % und einem Emissionskurs von 100%.

9.3.3.6 Internationale DM-Anleihen

Internationale DM-Anleihen werden derzeit bei Emissionsbeträgen von 100 Millionen DM mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren, einem Zinssatz von 6 $\frac{3}{4}$ % bis 7% und einem Emissionskurs von 99,5% begeben.

9.3.3.7 Internationale Hollandgulden-Anleihen

Emissionen in dieser Währung sind in den letzten Monaten mit genauen Konditionen nicht bekanntgeworden.

9.3.3.8 Internationale Französische Franc-Anleihen

Die letzte derartige Emission war jene der Starr-European-Finance NV. mit einem Nominale von 100 Millionen FF, einer Laufzeit von 15 Jahren und einem Zinssatz von 8%, wobei der Emissionskurs noch offen war.

9.3.3.9 Internationale Schweizer Franken-Anleihen

Schweizer Franken-Emissionen wurden auf dem internationalen Kapitalmarkt in letzter Zeit nicht vorgenommen.

9.3.3.10 Internationale Luxemburgische Franc-Anleihen

Die letzten beiden Emissionen dieser Währung waren jene der EUROFIMA mit 400 Millionen LuxF bei einer Laufzeit von 15 Jahren, einem Zinssatz von 6 $\frac{3}{4}$ % und einem Emissionskurs von 99% sowie der Europäischen Investitionsbank mit 800 Millionen LuxF, einer Laufzeit von 15 Jahren, einem Zinssatz von 7%, wobei der Emissionskurs noch offen war.

Hervorzuheben ist eine im Mai stattgefundene Emission der KELAG auf dem internationalen Kapitalmarkt mit 50 Millionen DM, einer Laufzeit von 15 Jahren, einem Zinssatz von 6 $\frac{3}{4}$ % und einem Emissionskurs von 99,5%.

9.4 MARKTBEDINGUNGEN IM INLAND

9.4.1 Die Entwicklung des Primär- und Sekundärmarktes für Anleihen

9.4.1.1 Vorbemerkung

Wie schon im Finanzschuldenbericht 1970 definiert, wird als Primärmarkt der Markt für Anleihen verstanden, auf dem während einer bestimmten Frist Anleihen zur Zeichnung angeboten werden; als Sekundärmarkt jener, der sich nach Durchführung des Erstverkaufes bildet. Von den zur Zeichnung angebotenen Anleiheemissionen nimmt der Primärmarkt nur jenen Teil auf, der von den Mitgliedern der Garantiesyndikate in dritte Hand placiert werden kann. Den übrigen Teil der Emissionen müssen die Syndikatsmitglieder für eigene Rechnung übernehmen.

Bei hochentwickelten Rentenmärkten besteht ein inniger Zusammenhang zwischen Primär- und Sekundärmarkt. Der Sekundärmarkt wirkt auf die Konditionen der auf dem Primärmarkt angebotenen Emissionen bestimmend. Schon in den Jahren 1966 bis 1969 konnte beobachtet werden, daß in Österreich der Zusammenhang zwischen Primär- und Sekundärmarkt nicht in dem Maß vorhanden war wie in anderen Ländern. Diese Entwicklung setzte sich, wie im folgenden zu zeigen ist, auch in den Jahren 1970 bis 1972 fort.

9.4.1.2 Das Volumen der Märkte

Die Ausbildung des Rentenmarktes in Österreich vorwiegend als Primärmarkt zeigt sich auch in den Jahren 1970 bis 1972. Das Anleiheemissionsvolumen betrug in diesen drei Jahren insgesamt 27.150 Millionen Schilling, die Gesamtumsätze der an der Wiener Börse handelbaren Papiere in den Jahren 1970 bis 1972 betragen 11.170 Millionen Schilling.

9.4.1.3 Die Zinssatzentwicklung auf dem Primär- und Sekundärmarkt

Wie schon im Finanzschuldenbericht 1970 ausgeführt, sind Vergleiche der Effektivverzinsung auf dem Primär- und Sekundärmarkt überaus schwierig. Theoretisch müßten die Renditen der Angebote auf dem Primärmarkt bei steigenden Zinssätzen höher als auf dem Sekundärmarkt liegen, und im Falle eines gegenteiligen Trends sollte sich diese Tendenz umkehren.

Eine Berechnung der Emissionsrenditen auf dem Primärmarkt als durchschnittliche gewogene Gesamtanlegerrenditen zeigt folgendes Ergebnis, wobei aus Vergleichsgründen die Bundesanleihen, Länder- und Städteanleihen sowie Anleihen der Elektrizitätsunternehmen herangezogen werden.

Emissionsrenditen 1970—1973

	1970	1971	1972	1973 (1. Hj)
Bund	7-50064	7-46450	7-33379	7-54767
Länder u. Städte .	7-42520	7-38464	7-24851	7-45767
E-Unternehmen ..	7-34490	7-42510	7-21096	7-49761

Quelle: Österreichische Kontrollbank

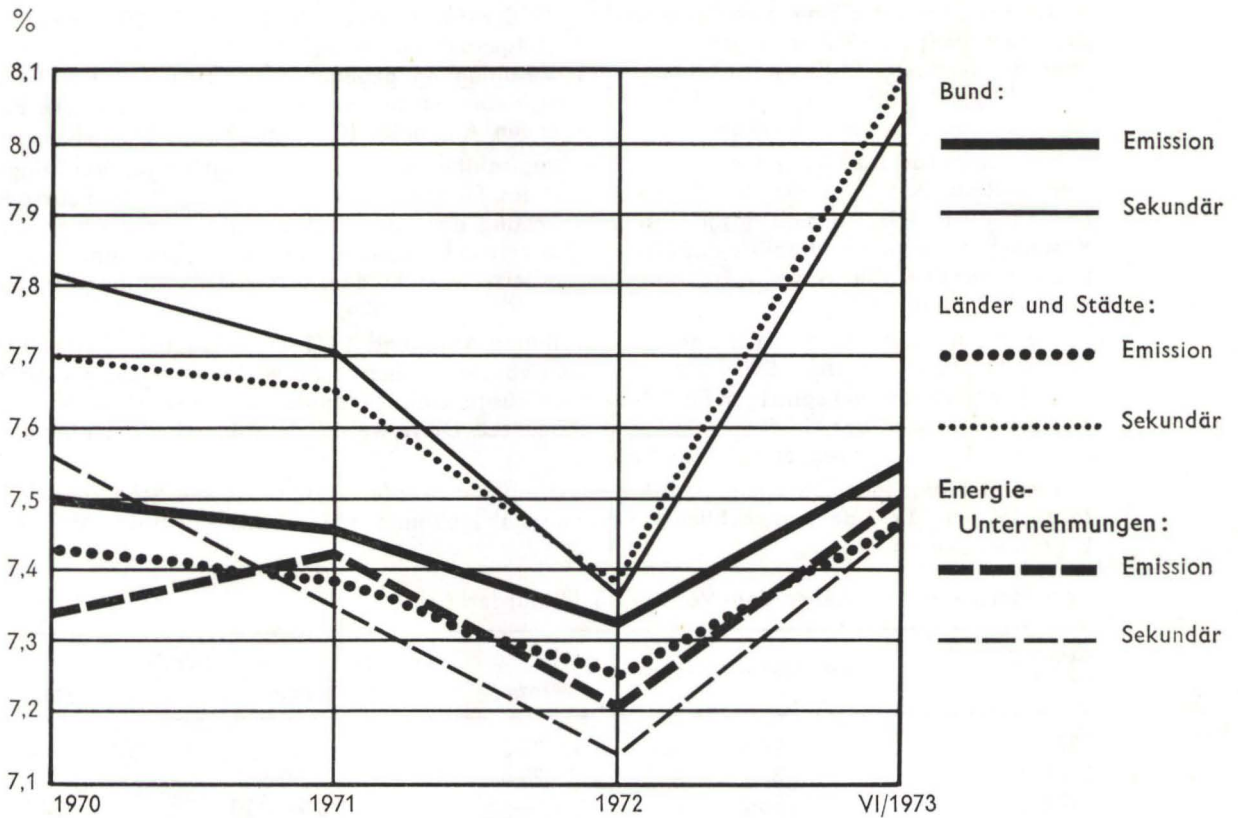
Diese Übersicht berücksichtigt nicht den Zeitpunkt einer Emission, sondern gibt nur eine vergleichbare Übersicht über die Emissionsrenditen der in einem Jahr von den verschiedenen Emittenten begebenen Anleihen. Die Marktbewegung innerhalb des Jahres bleibt unberücksichtigt.

Für den Sekundärmarkt ergeben sich für die zu vergleichenden Gruppen aufgrund der Notierungen errechnete Anlagerenditen wie folgt:

	1970	1971	1972	Juni 1973
Bundesanleihen ..	7-814	7-708	7-364	8-041
Länder u. Städte .	7-696	7-662	7-383	8-084
E-Unternehmen ..	7-558	7-352	7-140	7-459

Quelle: Oesterreichische Nationalbank (Durchschnittswerte)

Grafisch dargestellt zeigt sich somit folgendes Bild:



Aus der Grafik zeigt sich, daß, wie schon im Jahre 1970 festgestellt, auch in den Folgejahren die Gesamtanlegerrenditen auf dem Sekundärmarkt in der Regel höher lagen als auf dem Primärmarkt. Betrachtet man die Renditen der auf dem Primärmarkt angebotenen Emissionen im Jahr 1972 bis Mitte 1973 im Zeitablauf, dann zeigt sich ein kräftiger Rückgang von Ende 1970 bis Mitte 1972, wobei dieser Rückgang Ende 1972 zum Stillstand kam und von einem kräftigen Anstieg bis Mitte 1973 abgelöst wurde.

Die Ursache dieses starken Renditenanstieges erhellt aus nachstehender Übersicht über die Wertpapierkäufe auf dem Emissionsmarkt im ersten Halbjahr 1972 und ersten Halbjahr 1973, wobei diesen Käufen die emittierten Nominalbeträge gegenüberzustellen sind.

Zeichnungsergebnisse bei Anleihen in Millionen Schilling

	Nominale	Inländische Anleger		Devisen-	KI	
		Institu- tionelle	Nicht- institutionelle	ausländer	Nostro- zeichnungen	nicht- öffentlich
1. Vierteljahr 1972	3.500	251	1.441	222	586	1.000
2. Vierteljahr 1972	3.650	400	1.456	184	960	450
3. Vierteljahr 1972	2.600	176	776	204	444	1.000
4. Vierteljahr 1972	3.250	362	1.272	103	1.113	400
1. Vierteljahr 1973	4.350	271	1.034	116	1.679	1.250
2. Vierteljahr 1973	3.650	216	788	185	1.561	500
1. Halbjahr 1972	7.150	651	3.097	406	1.546	1.450
1. Halbjahr 1973	8.000	487	1.823	301	3.240	1.750
+-%	+12	-25	-41	-26	+110	+21

Aus dem Vergleich des 1. Halbjahres 1972 und 1. Halbjahres 1973 zeigt sich, daß bei einem um 12% gestiegenen Emissionsvolumen die Nostrozeichnungen der Kreditinstitute um 110% stiegen, wozu noch eine um 21% größere Übernahme an nichtöffentlichen Placierungen trat, während die Zeichnungen der institutionellen inländischen Anleger um 25%, der nichtinstitutionellen inländischen Anleger um 41%, der Devisenausländer um 26% zurückgingen. Diese Entwicklung steht im Einklang mit der auch vom Staatsschuldenausschuß empfohlenen gemäßigten Zinspolitik in Österreich. Den Zeichnungserwartungen hinsichtlich der Kreditinstitute sind allerdings durch deren langfristige Anlagegewohnheiten Grenzen gesetzt.

10 Entwicklung und Vorausschätzung des Bruttogeldkapitalaufkommens 1960 bis 1974

In der Definition des Finanzschuldenberichtes 1970 wird wiederum in Tabelle Z. 10 diesmal für den Zeitraum 1960 bis 1972 ein Überblick bzw. im folgenden für die Jahre 1973 und 1974 eine Vorschau über die Netto-(Geld-)Ersparnisbildung und -Veranlagung gegeben. Tilgungen und Rückflüsse von langfristigen Krediten (über fünf Jahre) blieben hiebei wiederum außer Betracht. Letztere Beiträge zur Bruttogeldkapitalbildung werden im folgenden Abschnitt 10.5 gesondert behandelt.

Berechnet wurde wiederum der jeweilige Geldkapitalüberhang über die langfristigen Veranlagungen, welche Restgröße im Sinne der Ausführungen des Finanzschuldenberichtes 1970 zu beurteilen ist. Demnach kann der formell ausgewiesene Überhang der inländischen Geldkapitalbildung über die Veranlagung nicht im Hinblick auf eine erleichterte oder erschwerte Investitionsfinanzierung interpretiert werden. Die Aussage ist, daß konsolidierte Verschuldensformen leichter oder schwieriger erreichbar sind.

Mit der Vorschau auf die Nettogeldkapitalbildung 1970 und 1971 im Finanzschuldenbericht 1970 wurde Neuland betreten. Es wurden von der voraussichtlichen Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Daten und sonstiger Einflußfaktoren ausgehend, Annahmen über zukünftige Veränderungen der Positionen der Geldkapitalbildung abgeleitet. Diese werden im folgenden auch für die Jahre 1973 und 1974 angewendet (10.1 und 10.2).

In der nachfolgenden Darstellung soll veranschaulicht werden, inwieweit die Schätzungen für die Jahre 1970 bis 1972 dem tatsächlichen Ergebnis nahegekommen sind bzw. worin die Abweichungen begründet waren.

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Schilling

Geldkapitalbildung im Jahre	Tatsächlicher Wert	Schätzung des Jahres		
		1970	1971	1972
1970	29·8	24·2	—	—
1971	34·7	23·5	30·6	—
1972	38·2	—	30·9—33·1	34·9
1973	—	—	—	38·1—39·8

Aus dieser Tabelle zeigt sich die erhebliche Unterschätzung der Nettogeldkapitalbildung in den einzelnen Jahren. Im Jahr 1970 wurde für das Jahr 1970 die Nettogeldkapitalbildung um 5·5 Milliarden Schilling und für das Jahr 1971 um 11 Milliarden Schilling unterschätzt, im Jahr 1971 wurde die Nettogeldkapitalbildung desselben Jahres um 4 Milliarden Schilling und des Jahres 1972 um 5 Milliarden Schilling und im Jahre 1972 die Nettogeldkapitalbildung des Jahres 1972 um über 3 Milliarden Schilling unterschätzt. Die Hauptursachen der Unterschätzung lagen jeweils in derselben Tatsache begründet: in dem von allen wirtschaftspolitischen Instanzen zu gering angenommenen Wachstum des Volkseinkommens bzw. nominellen Bruttonationalproduktes sowie der zu gering angenommenen Sparquote. Ebenso wurden die Wertpapierkäufe des Publikums zu gering angenommen.

Die Vergleichsziffern für die Vorjahre sind den Finanzschuldenberichten 1971 und 1972 zu entnehmen. Für das Jahr 1972 ergibt sich folgendes Bild:

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Schilling

	1971	Schätzung 1972	Tatsächlicher Wert 1972
Wertpapierkäufe des Publikums (inländische+ausländische)	+ 6.158	+ 7.000	+ 8.379
Spar- und Termineinlagen	+22.783	+23.600	+24.055
Bei inländischen Nichtbanken aufgenommene Gelder	+ 635	+ 500	+ 742
Eigenkapital Kreditinstitute+OeNB	+ 3.211	+ 2.000	+ 2.469
ERP+SAC	+ 127	+ 50	+ 56
Langfristige Kapitalveranlagung der Vertragsversicherungen	+ 1.791	+ 1.750	+ 2.463
Inland	+34.705	+34.900	+38.164

Ein Vergleich der Schätzung für das Jahr 1972 mit den effektiv eingetretenen Bewegungen zeigt, daß die Nettogeldkapitalbildung neuerlich erheblich unterschätzt wurde. Die inländische Ersparnisbildung war mit 38.164 Millionen Schilling um rund 3.200 Millionen Schilling höher als erwartet. Hiezu trugen in erster Linie die Wertpapierkäufe des Publikums mit einer Abweichung von der Schätzung von über 1·3 Milliarden Schilling sowie die Spar- und Termineinlagen, Eigenkapitalbildung

und langfristige Kapitalveranlagung der Vertragsversicherungsunternehmen mit Abweichungen zwischen jeweils 400 bis 700 Millionen Schilling bei.

Zu dieser Entwicklung ist allerdings festzuhalten, daß sich die als Restgröße ermittelten Wertpapierkäufe des Publikums in einem Ausmaß erhöht haben, wie dies nicht vorhersehbar war. Der Nettowachstum erfuhr eine Steigerung um rund 36%. Eine Sonderentwicklung dürfte die stark angestiegene langfristige Kapitalveranlagung der Vertragsversicherungsanstalten sein, welche auf die geänderte Steuergesetzgebung zurückführbar sein dürfte. In der Gruppe der Spareinlagen ist, wie bereits festgehalten, besonders das starke Wachstum der gebundenen Einlagen hervorzuheben. Sowohl die Entwicklung der Wertpapierkäufe des Publikums im Jahre 1972 als auch das Wachstum der Termineinlagen und der aufgenommenen Gelder dürften deutlich das gewachsene Zinsbewußtsein des Sparerpublikums widerspiegeln.

Ein Test der aus den Einzelpositionen gebildeten Summen der Nettogeldkapitalbildung hinsichtlich des sich ergebenden Anteils der geldmäßigen Ersparnisse am Bruttonationalprodukt zeigt für die Jahre 1969 bis 1972 folgendes Bild:

Geldersparnisquote

	Bruttonationalprodukt (nominell) (1) in Milliarden Schilling	Nettogeldkapitalbildung (2)	(2) in % von (1)
1969.....	331-73	23-70	7-1
1970 ¹⁾	372-45	29-76	8-0
1971 ¹⁾	415-81	34-71	8-3
1972 ¹⁾	476-65	38-16	8-0
1973 ²⁾	551	43—44	7-8—7-9
1974 ²⁾	610—630	46 ¹ / ₂ —47 ¹ / ₂	7-4—7-6

Die Geldersparnisquote ist somit 1970 stark, 1971 verlangsamt gestiegen und 1972 zurückgegangen (allerdings sind in diesen Jahren die Zuwachsraten des nominellen Bruttonationalproduktes wie folgt angestiegen: 1970 12-3%, 1971 11-6%, 1972 14-6%).

Die Überlegungen der nachstehenden Kapitel führen zu geschätzten Werten der Nettogeldkapitalbildung für 1973 von rund 43 bis 44 Milliarden Schilling und 1974 von 46-5 bis 47-5 Milliarden Schilling. Die sich hieraus errechnende Geldsparquote von 7-8 bis 7-9 bzw. 7-4 bis 7-6% bedeutet einen Rückgang gegenüber den drei vergangenen Jahren. Dies scheint aus den später zu besprechenden Gründen plausibel. Angesichts der notorischen Instabilität der Ersparnisströme ist diese Prognose mit einem erheblichen Unsicherheitsmoment belastet.

10.1 KONTENSPAREN

In der angeschlossenen Tabelle Z. 10 über die Quellen der Geldkapitalbildung (Ersparnis- und Veranlagungsbilanzen) wird die Entwicklung von Spareinlagen und Termineinlagen in der Beobachtungsperiode zusammengefaßt. Diese beiden Sparformen weisen gegensätzliche Tendenzen auf. Während die Termineinlagen (Geschäftsgelder) antizyklisch schwanken, zeigt sich bei den Spareinlagen eine zyklische Bewegung. Eine Darstellung der Ursachen enthält bereits der Finanzschuldenbericht 1970.

	Zuwachs Mio S			Zuwachs %			Anteil an NGK ³⁾			Summe/VE %
	Sp	T	Summe	Sp	T	Summe	Sp	T	Summe	
1960.....	4.805	990	5.795	17-4	15-7	17-1	52-6	10-8	63-4	4-6
1961.....	4.703	669	5.372	14-5	9-2	13-5	56-0	8-0	64-0	3-9
1962.....	6.137	902	7.039	16-6	11-3	15-6	57-3	8-4	65-7	4-9
1963.....	6.733	278	7.011	15-6	3-1	13-5	65-7	2-7	68-4	4-5
1964.....	9.306	935	10.241	18-6	10-2	17-3	63-3	6-4	69-7	6-1
1965.....	9.290	1.000	10.290	15-7	9-9	14-8	59-5	6-4	65-9	5-5
1966.....	9.956	951	10.907	14-5	8-6	13-7	61-1	5-8	66-9	5-5
1967.....	9.146	1.096	10.242	11-7	9-1	11-3	51-9	6-2	58-1	4-9
1968.....	10.513	655	11.168	11-8	5-0	10-9	61-0	3-8	64-8	5-1
1969.....	15.191	333	15.524	15-5	2-4	13-9	64-1	1-4	65-5	6-5
1970.....	18.033	2.213	20.246	15-9	15-7	15-9	60-6	7-4	68-0	7-3
1971.....	20.710	2.073	22.783	15-8	12-7	15-4	59-7	5-9	65-6	7-4
1972.....	18.473	5.582	24.055	12-2	30-3	14-1	48-4	14-6	63-0	6-8
1973 ²⁾	28.000—29.000	.	.	14-4—15-0	.	.	65-4—66-0	6-9—7-1	.
1974 ²⁾	31.000—32.000	.	.	13-9—14-3	.	.	66-4—67-5	6-6—6-8	.

¹⁾ Vorläufige Jahresrechnung

²⁾ Schätzung

³⁾ NGK = Nettogeldkapitalbildung

In den letzten drei Jahren zeigen sich in der Entwicklung des Kontensparens beachtliche Zuwachsraten. Die Zuwachsrate der Summe von Spar- und Termineinlagen stieg von rund 11% im Jahr 1968 bis auf den hohen Wert zwischen 15 und 16% in den Jahren 1970 und 1971, wobei in diesen beiden Jahren mit 7.3 bzw. 7.4% gleichzeitig der bisher höchste Prozentsatz am Volkseinkommen zu beobachten war und im Jahr 1970 mit 68% gleichzeitig der größte Anteil an der gesamten inländischen Nettogeldkapitalbildung festzuhalten ist. Im Jahr 1972 trat sodann ein Rückgang in der Zuwachsrate des Kontensparens auf 12.2% ein, wodurch sich in diesem Jahr auch der Prozentsatz am Volkseinkommen auf 6.8% und der Anteil an der inländischen Nettogeldkapitalbildung auf 63% ermäßigte.

Sind auch die Zuwächse des Kontensparens, vor allem gemessen an den absoluten Ziffern (der absolute Zuwachs des Jahres 1972 war etwa mehr als doppelt so hoch wie jener des Jahres 1968) nach wie vor sehr hoch, so war doch in den letzten drei Jahren eine deutliche Verschiebung innerhalb der beiden Gruppen von Sparformen wahrzunehmen:

Während nämlich die Zuwachsraten der Spareinlagen in dieser Periode zwischen 15.9% und 12.2% lagen, bewegte sich die Zuwachsrate der Termineinlagen zwischen 30.3% und 12.7%. Als Ergebnis dieser unterschiedlichen Entwicklung sank der Anteil der Spareinlagen an der Nettogeldkapitalbildung von dem Höchstwert der letzten Jahre von 64.1% (1969) bis auf 48.4% im Jahr 1972, während der Anteil der Termineinlagen von 1.4% im Jahr 1969 bis auf 14.6% im Jahr 1972 anstieg. Diese Bewegung ist wohl mit konjunkturzyklischen Überlegungen nicht mehr erklärbar, da nach den bis 1970 angestellten Beobachtungen der Nettozuwachs der Termineinlagen in der Rezession den Höhepunkt erreichen müßte und mit dem Konjunkturanstieg schwinden müßte, während die Spareinlagen im Konjunkturrückgang ihre größten Zuwächse erreichen müßten. Nun zeigt sich jedoch in den letzten drei Jahren in Österreich ein ungebrochenes hochkonjunkturelles Verhalten (gemessen am Auslastungsgrad der Unternehmungen). Es ist somit wahrscheinlich, daß bei sinkenden Anteilen der Spareinlagen und gleichzeitig steigenden Anteilen der Termineinlagen sowie stark steigenden Wertpapierkäufen des Privatpublikums die Annahme zu treffen ist, daß konjunkturelle Bewegungen durch eine strukturelle Änderung des Sparverhaltens nicht zur Ausprägung kommen: Diese Strukturänderung im Sparverhalten besteht offensichtlich, wie schon an früheren Stellen festgehalten, in einem höheren Zinsbewußtsein des Sparers und einem danach ausgerichteten rationalen Verhalten in der Anlage der Sparmittel. Diese Annahme dürfte auch durch die Entwicklung der „von Banken bei Deviseninländern aufgenommenen Gelder“ unterstrichen werden, welche in der Vergangenheit eine Entwicklungsrichtung nicht erkennen ließen, in den letzten drei Jahren jedoch kontinuierlich angestiegen sind (1968 173 Millionen, 1969 219 Millionen, 1970 617 Millionen, 1971 635 Millionen, 1972 742 Millionen Schilling).

Für 1973 und 1974 wurden Zuwachsraten der Spar- und Termineinlagen geschätzt, welche über jener des Jahres 1972 liegen. Diese Annahme scheint nach der Entwicklung des ersten Semesters 1973 gerechtfertigt. Sie impliziert einen steigenden Anteil an der gesamten Nettogeldkapitalbildung, was angesichts der erwarteten Entwicklung der anderen Positionen der Ersparnisbildung nicht unwahrscheinlich ist. Gegenläufig ist nach den Beobachtungen des 1. Halbjahres 1973 die Entwicklung der Sichteinlagen einzuschätzen, bei welchen mit einem erheblichen Rückgang der Zuwachsrate gerechnet werden muß.

10.2 LANGFRISTIGES SPAREN

Wie schon für die Periode 1960 bis 1969 beobachtet, tragen die Wertpapierkäufe der privaten Haushalte neben dem Kontensparen am meisten zur Geldkapitalbildung bei. In den 60er-Jahren war eine stetige Zunahme mit gewissen „Ruhepausen“ zu beobachten. Aus dieser Diskontinuität einerseits und der Abhängigkeit der Wertpapierkäufe von der Einkommensentwicklung andererseits wurde auch für die Zukunft eine ähnliche stufenförmige Entwicklung erwartet. Dabei wurde im Jahr 1970 geschlossen, daß 1969 mit rund 4.8 Milliarden Schilling ein vorläufiger Rekord erzielt wurde. Die Beobachtungen der 60er-Jahre zeigten nämlich, daß nach einem besonders starken Anstieg (z. B. 1964) in den Folgejahren ein Rückgang bzw. eine kurze Stagnation eintrat. Im Zeitpunkt des Finanzschuldenberichtes 1970 wurde aufgrund dieser Überlegung somit mit rückläufigen Anteilen der Wertpapierkäufe des Publikums an der Nettogeldkapitalbildung für die Jahre 1970 und 1971 gearbeitet. Dennoch wurde schon damals der Vorbehalt festgehalten, daß ausländische Erfahrungen dafür sprechen, daß die Wertpapierkäufe der privaten Haushalte bei entsprechend ausgebautem Kapitalmarkt einen stabilen Anteil an der Nettogeldkapitalbildung behaupten.¹⁾

¹⁾ Die Entwicklung der ersten sechs Monate 1973 widerspricht dieser Überlegung angesichts der neuen Sparformen und deren Rückwirkung auf den Rentenmarkt nicht.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die tatsächliche Entwicklung der gesamten Beobachtungsperiode.

	Wertpapierkäufe Zuwachs in Millionen Schilling	Publikum Anteil an Nettogeld- kapitalbildung in %
1960.....	1.903	20·8
1961.....	1.894	22·5
1962.....	1.310	12·3
1963.....	1.738	17·0
1964.....	2.406	16·4
1965.....	2.622	16·8
1966.....	2.245	13·8
1967.....	4.241	24·1
1968.....	2.911	16·9
1969.....	4.804	20·2
1970.....	5.407	18·2
1971.....	6.158	17·8
1972.....	8.379	22·0
1973 ¹⁾	8.000	18·1—18·6
1974 ¹⁾	8.500	17·9—18·3

Aus der Tabelle zeigt sich, daß die im Jahr 1970 angestellten Überlegungen über die Entwicklung der beiden Folgejahre bezogen auf den Anteil der Wertpapierkäufe des Publikums an der Nettogeldkapitalbildung in Prozent der Tendenz nach richtig waren. Allerdings ist aufgrund der in erheblich höherem Ausmaß gestiegenen Nettogeldkapitalbildung selbst eine in absoluten Zahlen gemessen wesentlich günstigere Entwicklung der Wertpapierkäufe eingetreten als erwartet. Für die Jahre 1973 und 1974 wird aufgrund der bisherigen Beobachtungen (siehe auch Abschnitt 9) mit einem Rückgang der Wertpapierquote gerechnet.

Die Entwicklung des Beitrages des Versicherungssparens zur Nettogeldkapitalbildung ist im wesentlichen wie erwartet vor sich gegangen, ausgenommen das Jahr 1972, wo ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen war, der aber zweifellos auf die geänderte steuerliche Situation zurückzuführen ist.

Letztlich hat auch die Eigenkapitalbildung der Kreditinstitute mit einer günstigen Entwicklung in den letzten Jahren nicht unwesentlich zur Nettogeldkapitalbildung beigetragen.

10.3 NETTOGELDKAPITALBILDUNG 1973 UND 1974

Die in den vorigen Abschnitten niedergelegten Überlegungen finden in nachstehender Tabelle ihren Niederschlag.

	1971	1972	1973 ¹⁾	1974 ¹⁾
Wertpapierkäufe des Publikums (inländische und ausländische)	6.158	8.379	8.000	8.500
Spar- und Termineinlagen	22.783	24.055	28.000—29.000	31.000—32.000
Bei inländischen Nichtbanken aufge- nommene Gelder	635	742	800	900
Eigenkapital Kreditinstitute+OeNB.....	3.211	2.469	2.500 ²⁾	2.500 ²⁾
ERP+SAC	127	56	—	—
Langfristige Kapitalveranlagung Vertragsversicherungen	1.791	2.463	3.500	3.500
Inland	34.705	38.164	42.800—43.800	46.400—47.400

10.4 LANGFRISTIGE VERANLAGUNG 1960 BIS 1972

Im zweiten Teil der Tabelle 10 wurde die langfristige Veranlagung der im Beobachtungszeitraum gebildeten Netto-(Geld-)Ersparnisse aufgegliedert. Daraus ergeben sich für die Aufnahmefähigkeit der betreffenden Teilmärkte folgende Feststellungen: Der bis 1969 beobachtete Rückgang der Netto-

¹⁾ Schätzung

²⁾ Angesichts der Kosten- und Ertragsentwicklung des Kreditapparates scheint eine vorsichtige Schätzung angebracht.

Anleiheemissionen des Bundes setzte sich 1970 fort, änderte sich jedoch 1971 auf eine höhere Zuwachsrate und stieg 1972 auf den Betrag von über 3 Milliarden Schilling, worin allerdings 2 Milliarden Sonderobligationen, die bereits an früherer Stelle besprochen wurden, enthalten sind. Der Anteil an der Nettogeldkapitalbildung stieg dadurch von dem negativen Wert -1.7% im Jahre 1968 zunächst noch langsam auf 0.6% 1969, sank auf 0.2% 1970, um 1971 auf 1.7% und 1972 auf 8.1% anzusteigen. Dieser Prozentsatz ist allerdings immer noch bescheiden, betrachtet man die Jahre 1960 bis 1964 (Anteile bis über 21%). Die Chancen des Bundes, eine konsolidierte Staatsschuld aufzubauen, sind durch diese Entwicklung der letzten Jahre besser geworden. Gleichermäßen wurde der direkte Zugang zum Wertpapiermarkt für Emittenten des Nichtbankensektors wiederum besser. Aus Zeile 20 der Tabelle 10 ergibt sich, daß der Veranlagungsanteil dieser Gruppe von 1965 mit rund 30.2% bis auf 2.2% 1969 absank, in den letzten Jahren jedoch wiederum bis auf 17.7% im Jahre 1972 anstieg. Gegenläufig zur Entwicklung der Bundesanleihen verhielt sich der Schatzscheinverkauf, der in den Jahren 1960 bis 1969 als deutliche Alternative für die Staatsschuldenverwaltung bei rückläufigen Anleiheanteilen gedient hatte. Der Anteil des Bundesschatzscheinverkaufs an der Nettogeldkapitalbildung sank in den letzten Jahren von 9.9% im Jahre 1969 bis auf 1.7% im Jahre 1972.

Die langfristigen Kredite und Beteiligungen der Kreditinstitute nahmen nicht nur die bereits im letzten Finanzschuldenbericht beobachtete anteilmäßig gesicherte Entwicklung an der Veranlagung des Ersparniszuwachses, sondern stiegen in den letzten Jahren progressiv an, wodurch sich der Anteil an der Nettogeldkapitalbildung von 36.1% im Jahre 1968 bis auf 59.6% im Jahre 1972 steigern konnte. Auch die Versicherungswirtschaft verbreiterte ihr Veranlagungsvolumen. Ihr Anteil an der Verwendung der langfristigen Ersparnisse stieg von 4.4% 1969 bis auf 5.2% 1972.

Der seit Beginn der internationalen Zinsenhaussse 1968 beobachtete zusätzliche beachtliche Kapitalexport Österreichs hat sich auch in den letzten Jahren fortgesetzt.

10.5 BEITRAG DER TILGUNGEN UND KREDITRÜCKFLÜSSE ZUR AUFNAHMEFÄHIGKEIT DES LANGFRISTIGEN KREDIT- UND KAPITALMARKTES

	1970	1971	1972	1973	1974
	in Millionen Schilling				
Anleihetilgungen (Bund), Inland	1.94	2.02	1.93	2.15	2.08
Schatzscheintilgung, Inland	1.62	1.77	2.37	1.47	2.95
Sonstige Kredite Bund (ohne OeNB)	0.16	0.19	0.26	0.78	0.49
Pfandbrieftilgungen geschätzt	0.50	0.50	0.33	0.50	0.50
Tilgung sonstiger festverzinslicher Wertpapiere, geschätzt	3.60	4.30	4.56	4.75	5.00
	7.82	8.78	9.45	9.65	11.02

Wie sich aus der oben stehenden Tabelle ergibt, bringt das wachsende Volumen umlaufender Wertpapiere beachtlich steigende Rückflüsse aus Tilgungen mit sich. Für die Jahre 1973 und 1974 wurden hiebei die ersten drei Gruppen fortgerechnet, die Pfandbriefe und sonstigen festverzinslichen Wertpapiere mit mäßig steigendem Trend geschätzt.

Die Rückflüsse aus langfristigen Krediten (Stand der Kredite mit Laufzeit über fünf Jahre laut Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank) wurden mit 10% des jeweiligen Standes veranschlagt. Dazu kommen noch die ERP-Rückflüsse. Der weitere Zuwachs der langfristigen Kredite wurde entsprechend den währungspolitischen Leitlinien der Oesterreichischen Nationalbank für den Jahresendstand 1973 mit 112% des Jahresendstandes 1972 angenommen.

Beitrag der Tilgungen und Kreditrückflüsse zur Bruttogeldkapitalbildung

	1970		1971		1972		1973		1974	
	in Mrd S	%	in Mrd S	%	in Mrd S	%	in Mrd S	%	in Mrd S	%
Wertpapiertilgungen	7.82		8.78		9.45		9.65		11.02	
Rückflüsse auf langfristige Kredite einschließlich ERP ..	7.77		9.17		10.76		12.95		14.35	
Rückflüsse insgesamt	15.59	34	17.95	34	20.21	35	22.60	34	25.37	35
Nettogeldkapitalbildung	29.76	66	34.71	66	38.16	65	43-44	66	46.5-47.5	65
Bruttogeldkapitalbildung	45.35	100	52.66	100	58.37	100	65.6-66.6	100	71.87-72.87	100

Aus obiger Tabelle ergibt sich die Erwartung einer weiterhin kräftigen Steigerung der inländischen Geldkapitalbildung. Erfreulich ist das wachsende Gewicht der langfristig verfügbaren Mittel.

11 Folgerungen für die Aufnahmefähigkeit der Teilmärkte (= Finanzierungsspielraum)

Die inländische Ersparnis-(Geldkapital-)bildung hat in den letzten vier Jahren in nicht vorhergesehenem Ausmaß zugenommen. Sie wird laut Vorschau heuer und im kommenden Jahr das bereits erreichte hohe Niveau weiter übertreffen. Darüber hinaus kann mit weiter steigenden Tilgungs- und Kreditrückflüssen gerechnet werden.

Im Gegensatz zu der von 1966 bis 1969 beobachteten Entwicklung ist in den Jahren 1970 bis 1972 auch das Nettovolumen der Wertpapieremissionen rapid angestiegen und hat 1972 rund das Dreifache des Jahres 1966 erreicht. Besonders stark angestiegen ist das Volumen der Nettoemissionen des Kreditapparates und hat damit den schon in der Dekade 1960 bis 1969 beobachteten Trend verstärkt fortgesetzt. Die progressive Erhöhung langfristiger Kredite ging damit Hand in Hand. Die stark wachsende Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes in den letzten Jahren zeigt sich ferner in der in den letzten Jahren erreichten Größenordnung der Käufe ausländischer Wertpapiere seitens des inländischen Publikums, in der stark gestiegenen langfristigen Auslandsposition des inländischen Kreditapparates und der hohen Kapitalveranlagung der Vertragsversicherungen.

In der Vergangenheit zeigte sich ein erheblicher Einfluß von Konjunktur und Liquidität des Kreditapparates auf den inländischen Finanzierungsspielraum des Bundes. Eher begrenzten Verschuldungsmöglichkeiten in Zeiten der Hochkonjunktur steht ein steigender Finanzierungsspielraum bei nachlassender Konjunktur und rezessiven Konjunkturphasen gegenüber. Auch die Jahre 1973 und 1974 sind noch Jahre hoher Konjunktur; die Verschuldungsmöglichkeit des Bundes wird daher eher mit ihrer Untergrenze anzusetzen sein. Dazu treten die währungspolitischen Maßnahmen, woraus sich verstärkte Beschränkungen der Kreditaufnahmen im Inland und ein weitestgehender Verzicht auf Auslandsfinanzierungen ergeben.

Dasselbe gilt in erheblichem Ausmaß für die Anleiheemission, die 1973 auf ein merkliches Nachlassen des Anlegerinteresses trifft und deren kapitalmarktgerechte Steuerung im Rahmen der Gesamtemissionsplanung nunmehr in besonderem Maße auch im Interesse der Sekundärmarktpflege zu bedenken sein wird.

Für die Wahl der Schuldformen, entsprechend der Ergiebigkeit der einzelnen Teilmärkte, sind Hinweise aus den 1973 und 1974 anfallenden Tilgungen zu gewinnen.

Aufteilung der Tilgungen nach Schuldformen

in Milliarden Schilling	1973	1974
Inland		
Anleihen	2·1	2·1
Bundesschatzscheine	1·5	3·0
Sonstige Inlandsschulden	0·9	0·6
	4·6 ¹⁾	5·6 ¹⁾
Ausland		
Anleihen	0·2	0·2
Schatzscheine und Schatzwechselkredite	0·3	0·9
Sonstige Kredite	0·2	0·5
	0·7	1·6
Insgesamt Tilgungen	5·3	7·2

Geht man von den Annahmen des Kapitels 8.2 aus, dann ergeben sich aus der inländischen Nettogeldkapitalbildung zu finanzierende Größenordnungen, welche in den Jahren 1973 und 1974 an den österreichischen Kapitalmarkt erhebliche Anforderungen stellen werden.

IV AUSWIRKUNGEN DER WECHSELKURSÄNDERUNGEN DER JAHRE 1970 BIS 1973 (1. HALBJAHR) AUF DIE BUNDESFINANZSCHULD

12 Zur Darstellung

Umseitig ist die Entwicklung der Fremdwährungsschulden des Bundes vom 31. Dezember 1969 bis 30. Juni 1973 dargestellt. Um die Auswirkungen der Wechselkursänderungen festzustellen, wurden jeweils die Jahresendstände je Währung zum Kassenwert des Jahresendes und des Vorjahresendes (Halbjahresendes) bewertet und die ermittelte Differenz in der Summenzeile als Aufwertungsverlust bzw. Abwertungsgewinn dargestellt.

Stand der Auslandsschuld des Bundes (in Millionen Schilling bzw. Fremdwährung)

Währung	31. 12. 1969			31. 12. 1970			31. 12. 1971			Differenz	31. 12. 1971			Differenz	
	Fremdw. Betrag	KW 31. 12. 1969	in S	Fremdw. Betrag	KW 31. 12. 1970	in S	Fremdw. Betrag	KW 31. 12. 1971	in S		Fremdw. Betrag	KW 31. 12. 1971	in S		
§	229-563	25-82	5.927-312	271-505	25-82	7.010-262	25-82	7.010-259	0-003	201-167	24-00	4.828-016	25-82	5.194-131	— 366-115
DM	597-135	710-00	4.239-659	596-465	710-00	4.234-903	710-00	4.234-901	0-002	580-987	730-00	4.241-208	710-00	4.125-007	116-201
sFrs	339-395	598-00	2.029-582	283-520	600-00	1.701-119	598-00	1.695-449	5-670	417-410	610-00	2.546-198	600-00	2.504-460	41-738
£	3-365	62-00	208-649	3-157	62-00	195-733	62-00	195-734	—0-001	2-935	60-45	177-444	62-00	181-970	— 4-526
sKr	2-944	500-00	14-721	2-754	500-00	13-770	500-00	13-770	0	2-555	483-00	12-341	500-00	12-775	— 0-434
FF	0-238	466-00	1-109	0-223	465-00	1-037	466-00	1-039	—0-002	0-207	435-00	0-900	465-00	0-962	— 0-062
bFrs	3-088	0-52	1-606	2-889	0-52	1-502	0-52	1-502	0	2-680	0-51	1-367	0-52	1-393	— 0-026
hFl	36-407	715-00	260-307	36-384	715-00	260-147	715-00	260-145	0-002	36-361	720-00	261-799	715-00	259-981	1-818
Ptas	9-794	0-37	3-624	9-160	0-37	3-389	0-37	3-389	0	8-499	0-35	2-974	0-37	3-144	— 0-170
Kr (alt)	22-000	0-55	1-742	22-000	0-70	2-218	0-55	1-742	0-476	22-000	0-80	2-534	0-70	2-217	0-317
Lit	0-514	0-04	0-021	0-514	0-04	0-021	0-04	0-021	0	0-514	0-04	0-021	0-04	0-021	0
S (1930)	0-202	6-202	1-253	0-202	6-202	1-253	6-202	1-253	0	0-202	5-905	1-193	6-202	1-252	— 0-059
S			72-000			64-000		64-000				56-000		56-000	
Summe			12.761-585			13.489-354		13.483-204	6-150			12.131-995		12.343-313	—211-318

Währung	31. 12. 1972		31. 12. 1971		Differenz	30. 6. 1973		30. 6. 1973		Differenz		
	Fremdw. Betrag	KW 31. 12. 1972	in S	zum KW 31. 12. 1971		in S	Fremdw. Betrag	KW 30. 6. 1973	in S		zum KW 31. 12. 1972	
§	153-961	23-10	3.556-508	24-00	3.695-064	—138-556	150-569	19-50	2.936-104	23-10	3.478-143	—542-039
DM	556-236	725-00	4.032-711	730-00	4.060-522	— 27-811	530-474	728-00	3.861-849	725-00	3.845-936	15-913
sFrs	376-038	608-00	2.286-314	610-00	2.293-831	— 7-517	360-914	635-00	2.291-804	608-00	2.194-357	97-447
£	2-686	56-00	150-401	60-45	162-368	— 11-967	2-587	51-00	131-949	56-00	144-872	— 12-923
sKr	2-347	488-00	11-454	483-00	11-336	0-118	2-264	461-00	10-437	488-00	11-048	— 0-611
FF	0-190	460-00	0-874	435-00	0-826	0-048	0-190	456-00	0-867	460-00	0-874	— 0-007
bFrs	2-462	0-52	1-280	0-51	1-255	0-025	2-462	0-516	1-270	0-52	1-280	— 0-010
hFl	29-137	720-00	209-783	720-00	209-786	— 0-003	18-337	702-00	128-723	720-00	132-026	— 3-303
Ptas	7-807	0-36	2-811	0-35	2-732	0-079	7-807	0-355	2-771	0-36	2-810	— 0-039
Kr (alt)	22-000	0-75	2-376	0-80	2-534	— 0-158	22-000	0-75	2-376	0-75	2-376	0
Lit	0-514	0-0375	0-020	0-04	0-020	0	0-514	0-0355	0-018	0-0375	0-019	— 0-001
S (1930)	0-202	5-905	1-193	5-905	1-193	0	0-202	5-905	1-193	5-905	1-193	0
S			48-000		48-000				40-000		40-000	
Summe			10.303-725		10.489-467	—185-742			9.409-361		9.854-934	—445-573

Anmerkung: 22.000 Kr (alt) = 3.168 Kr (neu)
Quelle: BMF

13 Ergebnis

Aufgrund der so durchgeführten Bewertung ergibt sich für das Jahr 1970 ein Aufwertungsverlust von 6,2 Millionen Schilling, für die Jahre 1971, 1972 und für das 1. Halbjahr 1973 Abwertungsgewinne von 211,3 Millionen Schilling, 185,7 Millionen Schilling sowie 445,6 Millionen Schilling.

Der Bund hatte sich im Oktober 1971 zur Unterstützung der österreichischen Exportwirtschaft bereit erklärt, seine längerfristigen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland zur Kurssicherung längerfristiger Exportforderungen heranzuziehen.

Das Bundesministerium für Finanzen hat daher 134,3 Millionen Dollar auf Termin angekauft, die es im Zeitraum von fünf Jahren zur teilweisen Bedienung seiner Auslandsschulden heranziehen wird. Dadurch wurde es möglich, auch Exportforderungen mit einem Zahlungsziel von über einem Jahr mittels Termingeschäften kursmäßig abzusichern.

V EMPFEHLUNG DER ÖPSK GEMÄSS § 5 Z. 3 LIT. A DES POSTSPARKASSENGESETZES 1969

Nachstehenden Empfehlungen liegt folgende Beurteilung der aktuellen Situation am österreichischen Geld-, Kredit- und Anlagemarkt zugrunde:

Die Konjunktur- und Preisentwicklung veranlaßten die Währungsbehörden im Jahre 1972 zu seither aufrechterhaltenen Kreditrestriktionen sowie zu Abschirmungsmaßnahmen gegenüber dem Ausland und zu einer restriktiven Liquiditätspolitik, wofür auch die über der Geldkapitalbildung liegende Kreditexpansion verantwortlich zeichnete. Diese Maßnahmen zeitigten einen preisdämpfenden Effekt.

Die im Zuge der Stabilisierung erfolgte Restriktion der Liquidität des Kreditapparates führte im Jahre 1973 zu steigenden Zinsen für kurzfristiges Geld. Im Laufe des Jahres wurde das Kapitalmarktzinsniveau zeitweise nahezu erreicht und auch überschritten. Die Emissionstätigkeit am Anleihemarkt mußte kurzfristig sogar ausgesetzt werden. Der geringe Abstand zwischen Geld- und Kapitalmarktzinssätzen bewirkte bei den institutionellen Anlegern abnehmendes Interesse. Darüber hinaus ergab sich infolge der quantitativen Beschränkungen der Krediterteilungsmöglichkeiten des Kreditapparates die Tendenz zu Kreditbeziehungen außerhalb des Bankensystems, die ebenfalls zu Lasten der Veranlagungsbereitschaft in Anleihen gingen.

Die im Zuge der Einkommensteuerreform eingeführten Übergangsregelungen zum steuerbegünstigten Bau- und Versicherungssparen (§§ 113 und 114 EStG 1972) haben ebenso wie die verbesserte Begünstigung des Prämiensparens auch auf längere Sicht wirksame strukturelle Verschiebungen in den Spargewohnheiten eingeleitet. Es sind damit Anlagemöglichkeiten geschaffen bzw. erweitert worden, die zum Teil in Konkurrenz zum Anleihemarkt stehen. Die Aufnahmebereitschaft der nicht-institutionellen Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren wurde hiedurch — zumindest vorübergehend — geschmälert. So weist der Anleihemarkt im ersten Semester 1973 ein um 32% niedrigeres Ergebnis der steuerbegünstigten Zeichnungen gegenüber dem ersten Semester des Vorjahres auf.

Die auch der Auffassung des Staatsschuldenausschusses entsprechende Politik einer weitgehenden Beibehaltung der Konditionen auf dem Anlagemarkt, die im Interesse der Schonung des bestehenden Wertpapierbesitzes und der Aufrechterhaltung eines störungsfreien Ablaufes der Investitionstätigkeit vor allem auch des Bundes fortgesetzt werden sollte, führte in Verbindung mit dem aufgezeigten Geldmarktgeschehen zu einem Nachlassen der Veranlagung seitens institutioneller Anleger in Rentenwerten. Dieser Effekt wird dadurch gemildert, daß die Kreditinstitute infolge der Kreditrestriktionsmaßnahmen zu einer Umschichtung ihrer Veranlagungen in Richtung auf den verstärkten Aufbau ihrer Rentenportefeuilles gedrängt werden. Der Aufnahmefähigkeit der Kreditinstitute an Rentenwerten sind jedoch Grenzen gesetzt.

Schließlich ist auch auf die außenwirtschaftliche Komponente zu verweisen. Die auf den internationalen Kapitalmärkten kräftig gestiegenen Zinssätze, die Beschränkung von Wertpapierkäufen durch Devisenausländer sowie die übrigen Abschirmungsmaßnahmen gegenüber dem Devisen- und Ausland verkehrten die Nachfrage aus dem Ausland, die 1972 noch eine nicht zu unterschätzende Stütze des inländischen Anleihemarktes bedeutete, praktisch in ihr Gegenteil. Rückflüsse belasten heute bereits den Sekundärmarkt. Endlich muß mit dem Auslaufen der Verpflichtung zur Wertpapierdeckung der Rücklage für Abfertigungen gemäß § 14 EStG 1972 in gewissem Umfang ab dem Jahre 1974 mit Abgaben aus den in der Vergangenheit aufgebauten Beständen gerechnet werden. Die Nettoaufnahmefähigkeit des Anleihemarktes im kommenden Jahr wird hiedurch beeinflußt werden.

Aufgrund vorstehender Analyse kommt der Staatsschuldenausschuß für das debt management zu folgenden Empfehlungen:

1. Die Aufrechterhaltung der für eine konsolidierte Unterbringung der umlaufenden Staatsschuld wichtige Funktionsfähigkeit des Sekundärmarktes setzt eine relative Stabilität des langfristigen Renditeniveaus unter Beibehaltung des Nominalzinsfußes voraus. Die gegenwärtig am öster-

reichischen Anleihemarkt herrschenden Bedingungen lassen diese Zielsetzung nur bei Schonung des Kapitalmarktes (d. h. starke Einschränkung der Neuaufnahmen) erreichbar erscheinen. Allerdings wird bei Aufrechterhaltung des Nominalzinsfußes auf eine mäßige Anpassung der Anlegerrendite nicht ganz verzichtet werden können. Im Gegensatz zu den bisherigen Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses, die grundsätzlich auf eine möglichst konsolidierte Staatsschuld gerichtet waren, wird vorübergehend zu einer Zurückhaltung bei Neuemissionen am inländischen Anleihemarkt geraten.

2. Im engen Zusammenhang mit Punkt 1 steht die Empfehlung, zur Finanzierung des Abganges im Bundeshaushalt die Basis für die Übernahme kurz- und mittelfristiger Schulden zu erweitern. Die in der Analyse der Geldkapitalbildung aufgezeigte Verschiebung der Spargewohnheiten führt zur Ansammlung von Ersparnissen bei einer Reihe institutioneller Anleger, die infolge der formalen Kurzfristigkeit dieser Einlagen sich nicht in der Lage sehen, diese Gelder unmittelbar dem Anlagemarkt zur Verfügung zu stellen. Andererseits besteht im Hinblick auf die vier- bzw. fünfjährige Laufzeit dieser Ersparnisse ein mittelfristiges Veranlagungsbedürfnis. Dieser Spielraum sollte für eine stärkere mittelfristige Verschuldung des Bundes genutzt werden. Zum Zeitpunkt der Liquidisierung der neuen Sparformen wäre dann eine Konsolidierung dieser Schuld über den Kapitalmarkt anzustreben. Eine solche Umschuldungsoperation wird, rein saldenmechanisch betrachtet, auf eine verbreiterte Anlagefähigkeit der nichtinstitutionellen Zeichner stoßen.
3. Sowohl aus stabilitätspolitischen Rücksichten als auch aus fiskalischen Überlegungen (hohe Zinsenbelastung) kann derzeit eine über die notwendige Deckung von Finanzierungsspitzen hinausgehende Verschuldung im Ausland nicht empfohlen werden.

Im übrigen gestattet sich der Staatsschuldenausschuß bezüglich der Kapitalnachfrage auf dem Anlagemarkt (Emissionsvolumen) und Schwerpunktbildung bei den zu genehmigenden Emissionen auf die Empfehlung vom 29. Mai 1973 an den Herrn Bundesminister für Finanzen hinzuweisen.

Die vorstehenden Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses setzen voraus, daß eine Liquidisierung des Geldmarktes erfolgt. Ob und welche Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik in dieser Richtung getroffen werden können, wird aber maßgeblich von der Konjunkturlage her beurteilt werden müssen.

Entwicklung der Finanzschuld 1959—1972 (in Millionen Schilling)

Tabelle zu Z. 3

	1959		1960		1961		1962		1963		1964		1965								
	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung							
1 Anleihen	5.699-0	28-8	A+1.500-0 B— 191-0 C+1.309-0	7.008-0	31-4	A+ 500-0 B— 209-1 C+ 290-9	7.298-9	32-7	A+1.150-0 B— 229-8 C+ 920-2	8.219-1	35-7	A+2.350-0 B— 73-8 C+2.276-2	10.495-3	41-9	A+3.300-0 B— 304-5 C+2.995-5	13.490-8	49-4	A+2.300-0 B— 650-1 C+1.649-9	15.140-7	53-5	A+1.500-0 B— 685-9 C+ 814-1
2 Schuldverschreibungen ¹⁾	1.280-4	6-5	C— 123-8	1.156-6	5-2	C— 83-1	1.073-5	4-8	C— 266-5	807-0	3-5	C— 255-6	551-4	2-2	C— 198-1	353-3	1-3	C— 65-3	288-0	1-0	C— 44-4
3 Schatzscheine (nur zur Budgetfinanzierung)	3.485-6	17-6	A+1.083-0 B— 25-0 C+1.058-0	4.543-6	20-4	A+ 131-0 B— 761-0 C— 630-0	3.913-6	17-5	A— B— 300-0 C— 300-0	3.613-6	15-7	A— B— 150-1 C— 150-1	3.463-5	13-8	A+ 126-0 B—1.437-5 C—1.311-5	2.152-0	7-9	A+1.114-0 B—1.040-9 C+ 73-1	2.225-1	7-9	A+1.227-0 B— 561-3 C+ 665-7
4 Sonstige Schatzscheine ²⁾	3.433-7	17-4	C— A—	3.433-7	15-4	C+ 44-2 A+ 62-6	3.477-9	15-6	C+ 23-6 A+ 86-0	3.501-5	15-2	C— 484-8 A+ 59-7	3.016-7	12-0	C—2.886-5 A+ 60-6	130-2	0-5	C+ 1-5	131-7	0-5	C+ 166-7
5 Versicherungsdarlehen	—	—	A—	—	—	A+ 62-6	62-6	0-3	A+ 86-0	148-6	0-7	A+ 59-7	208-3	0-8	A+ 60-6	268-9	1-0	A+ 72-0	340-9	1-2	A+ 160-9
6 Sonstige Operationen	1.934-4	9-8	A+ 708-1 B— 488-6 C+ 219-5	2.153-9	9-6	A+ 161-7 B— 699-7 C— 538-0	1.615-9	7-2	A+ 12-6 B— 260-2 C— 247-6	1.368-3	5-9	A+ 155-1 B— 525-9 C— 370-8	997-5	4-0	A+ 142-6 B— 288-9 C— 146-3	851-2	3-1	A+ 12-4 B— 137-1 C— 124-7	726-5	2-6	A— B— 144-5 C— 144-5
7 Bundesschuld an OeNB ³⁾	1.690-3	8-5	C+ 0-3	1.690-6	7-6	C— 2-5	1.688-1	7-5	C— 11-6	1.676-5	7-3	C+ 496-0	2.172-5	8-7	C+2.897-6	5.070-1	18-5	C— 3-4	5.066-7	17-9	C+ 58-3
8 Summe Inland	17.523-4	88-6	C+2.463-0	19.986-4	89-6	C— 855-9	19.130-5	85-6	C+ 204-1	19.334-6	84-0	C+1.570-6	20.905-2	83-4	C+1.411-3	22.316-5	81-7	C+1.603-1	23.919-6	84-6	C+1.676-8
9 Anleihen (vor 1938)	855-5	4-3	B— 75-8	779-7	3-5	B— 57-2	722-5	3-2	B— 76-4	646-1	2-8	B— 33-6	612-5	2-5	B— 25-9	586-6	2-1	B— 42-9	543-7	1-9	B— 32-1
10 Anleihen (nach 1945)	650-0	3-3	A— B— C—	650-0	2-9	A+ 299-5 B— C+ 299-5	949-5	4-2	A— B— 57-1 C— 57-1	892-4	3-9	A— B— 55-3 C— 55-3	837-1	3-3	A+ 464-7 B— 53-7 C+ 411-0	1.248-1	4-6	A— B— 53-7 C— 53-7	1.194-4	4-2	A— B— 54-7 C— 54-7
11 Auslandskredite	329-5	1-7	A— B— C—	329-5	1-5	A+ 620-8 B— 20-9 C+ 599-9	929-4	4-2	A+ 562-2 B— 21-9 C+ 540-3	1.469-7	6-4	A+ 789-0 B— 243-4 C+ 545-6	2.015-3	8-0	A+ 905-6 B— 462-0 C+ 443-6	2.458-9	9-0	A+ 5-0 B— 548-6 C— 543-6	1.915-3	6-8	A+ 345-4 B— 934-6 C— 589-2
12 Sonstige Auslandsoperationen	425-3	2-1	A+1.198-7 B— 55-2 C+ 143-5	568-8	2-5	A+ 55-5 B— 7-7 C+ 47-8	616-6	2-8	A+ 64-1 B— 6-1 C+ 58-0	674-6	2-9	A+ 25-7 B— 8-4 C+ 17-3	691-9	2-8	A+ 10-8 B— 3-8 C+ 7-0	698-9	2-6	A+ 9-8 B— 5-0 C+ 4-8	703-7	2-5	A+ 7-1 B— 7-9 C— 0-8
13 Summe Ausland	2.260-3	11-4	C+ 67-7	2.328-0	10-4	C+ 890-0	3.218-0	14-4	C+ 464-8	3.682-8	16-0	C+ 474-0	4.156-8	16-6	C+ 835-7	4.992-5	18-3	C— 635-4	4.357-1	15-4	C— 676-6
14 Summe In- und Ausland	19.783-7	100-0	C+2.530-7	22.314-4	100-0	C+ 34-1	22.348-5	100-0	C+ 668-9	23.017-4	100-0	C+2.044-6	25.062-0	100-0	C+2.247-0	27.309-0	100-0	C+ 967-7	28.267-7	100-0	C+1.000-2

	1966		1967		1968		1969		1970		1971		1972								
	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung	Stand 31. 12.	% Bewegung							
1 Anleihen	15.954-8	54-5	A+1.800-0 B— 840-7 C+ 959-3	16.914-1	48-9	A+1.000-0 B—1.334-6 C— 334-6	16.579-5	41-6	A+1.700-0 B—1.714-5 C— 14-5	16.565-0	38-0	A+2.000-0 *) B—1.814-3 C+ 185-7	16.750-7	35-6	A+2.600-0 *) B—1.844-5 C+ 755-5	17.506-2	37-4	A+3.000-0 *) B—1.808-5 C+1.191-5	18.697-7	37-5	B—1.808-5 C+1.862-3 *)
2 Schuldverschreibungen ¹⁾	243-6	0-8	C— 28-0	215-6	0-6	C— 34-0	181-6	0-5	C— 32-5	149-1	0-3	C+ 319-2 *)	468-3	1-0	C— 180-5 *)	287-8	0-6	A+3.035-0	10.801-7	21-7	A+3.035-0
3 Schatzscheine (nur zur Budgetfinanzierung)	2.890-8	9-9	A+1.750-1 B— 890-8 C+ 859-3	3.750-1	10-9	A+1.525-0 B— 844-0 C+ 681-0	4.431-1	11-1	A+3.639-0 B—1.306-1 C+2.332-9	6.764-0	15-5	A+5.673-0 B—4.185-3 C+1.487-7	8.251-7	17-5	A+3.658-0 B—1.772-0 C+1.886-0	10.137-7	21-6	A+2.371-0 C+ 664-0	10.801-7	21-7	A+2.371-0
4 Sonstige Schatzscheine ²⁾	298-4	1-0	C— 83-5	214-9	0-6	C— 157-2	57-7	0-1	C— 57-7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5 Versicherungsdarlehen	501-8	1-7	A+ 218-6	720-4	2-1	A+ 307-4	1.027-8	2-6	A+ 273-6	1.301-4	3-0	C+ 220-3	1.521-7	3-2	C+ 264-2	1.785-9	3-8	C+ 395-2	2.181-1	4-4	C+ 395-2
6 Sonstige Operationen	582-0	2-0	A+ 9-9 B— 108-5 C— 98-6	483-4	1-4	A+ 60-7 B— 37-5 C+ 23-2	506-6	1-3	A+ 371-2 B— 13-6 C+ 357-6	864-2	2-0	A+ 701-2 B— 48-0 C+ 653-2	1.517-4	3-3	A+ 470-2 B— 75-5 C— 394-7	1.912-1	4-1	A+ 719-9 B— 91-3 C+ 628-6	2.540-7	5-1	A+ 719-9
Bundesschuld an OeNB ³⁾	5.125-0	17-5	C— 44-8	5.080-2	14-7	C+ 105-6	5.185-8	13-0	C+ 12-7	5.198-5	11-9	C— 126-0	5.072-5	10-8	C—1.987-0	3.085-5	6-6	C+ 97-1	3.182-6	6-4	C+ 97-1
8 Summe Inland	25.596-4	87-4	C+1.782-3	27.378-7	79-2	C+ 591-4	27.970-1	70-2	C+2.872-1	30.842-2	70-7	C+2.740-1	33.582-3	71-4	C+1.132-9	34.715-2	74-1	C+4.838-7	39.553-9	79-3	C+4.838-7
9 Anleihen (vor 1938)	511-6	1-8	B— 73-7	437-9	1-3	B— 27-8	410-1	1-0	B— 32-0	378-1	0-9	B— 27-9	350-2	0-7	B— 34-6	315-6	0-7	B— 42-5	273-1	0-5	B— 42-5
10 Anleihen (nach 1945)	1.139-7	3-9	A+ 581-9 B— 53-7 C+ 528-2	1.667-9	4-8	A+ 649-0 B— 53-6 C+ 595-4	2.263-3	5-7	A+ 913-0 B— 53-8 C+ 859-2	3.122-5	7-2	A+ 1-0 B— 84-6 C— 83-6	3.038-9	6-5	A+ 415-0 B— 206-1 C+ 208-9	3.247-8	6-9	A+ 415-0 B— 206-1 C— 1.581-2	3.080-5	6-2	A+ 415-0
11 Auslandskredite	1.326-1	4-5	A+3.281-4 B— 213-6 C+3.067-8	4.393-9	12-7	A+4.610-4 B— 496-4 C+4.114-0	8.507-9	21-4	A+1.830-2 B—1.759-4 C+ 70-8	8.578-7	19-7	A+1.831-0 B— 979-7 C+ 851-3	9.430-0	20-0	A+1.815-1 B—3.292-1 C—1.477-0	7.953-0	17-0	A+ 837-4 B—2.418-6 C—1.581-2	6.371-8	12-8	A+ 837-4
12 Sonstige Auslandsoperationen	703-1	2-4	A+ 9-4 B— 12-2 C— 2-8	700-3	2-0	A— B— 10-8 C— 10-8	689-5	1-7	A+ 3-1 B— 10-3 C— 7-2	682-3	1-5	A+ 0-0 B— 12-1 C— 12-1	670-2	1-4	A+ 3-5 B— 58-1 C— 54-6	615-6	1-3	A+ 0-0 B— 37-3 C— 37-3	578-3	1-2	A+ 0-0
13 Summe Ausland	3.680-5	12-6	C+3.519-5	7.200-0	20-8	C+4.670-8	11.870-8	29-8	C+ 890-8	12.761-6	29-3	C+ 727-7	13.489-3	28-6	C—1.357-3	12.132-0	25-9	C—1.828-3	10.303-7	20-7	C—1.828-3
14 Summe In- und Ausland	29.276-9	100-0	C+5.301-8	34.578-7	100-0	C+5.262-2	39.840-9	100-0	C+3.762-9	43.603-8	100-0	C+3.467-8	47.071-6	100-0	C— 224-4	46.847-2	100-0	C+3.010-4	49.857-6	100-0	C+3.010-4

A=Aufnahmen
B=Rückführungen
C=Nettoveränderung
Sonderschulden: 2, 4, 7, 12
¹⁾ 4% BuSchu 47
²⁾ 4% BuSchu 55 (nach dem Verstaatlichungs-Entscheidungs-gesetz
³⁾ 4% Schuldverschreibungen nach dem Versicherungs-Wiederaufbaugesetz
³⁾ Rekonstruktions-Schuldverschreibung
Quelle: BMF

³⁾ Besatzungskosten-Schatzscheine und Schatzscheine zur Sicherstellung nach dem 3. Schatzschiebesgesetz
³⁾ Bundesschuld an die OeNB gemäß dem Notenbank-Überleitungsgesetz und 2% Kredite zur Beitragsleistung Österreichs an internationale Finanzinstitutionen
⁴⁾ Exklusive Aufnahme 490-2 HWSF und exklusive Tilgung 130-2 HWSF
⁴⁾ Inklusive Aufnahme und Tilgung HWSF 490-2 und 130-2

⁶⁾ Exklusive Tilgung HWSF 180-0
⁷⁾ Inklusive Tilgung HWSF 180-0
⁶⁾ Exklusive 2 Milliarden Schilling Bundes-Obligationen; exklusive HWSF 120-0 Tilgung
⁷⁾ Inklusive 2 Milliarden Schilling Bundes-Obligationen; inklusive HWSF 120-0 Tilgung

Zunahme der Staatsverschuldung — Netto in Millionen Schilling (nur zur Budgetfinanzierung)
ohne Sonderschulden

Tabelle zu Z. 4 und 5

Inland

	Anleihen	Schatzscheine (Budgetfinanzierung)	Versicherungs- darlehen	Sonstige Operationen	Summe
1960	+1.309·0	+1.058·0	—	+219·5	+2.586·5
1961	+ 290·9	— 630·0	+ 62·6	—538·0	— 814·5
1962	+ 920·2	— 300·0	+ 86·0	—247·6	+ 458·6
1963	+2.276·2	— 150·1	+ 59·7	—370·8	+1.815·0
1964	+2.995·5	—1.311·5	+ 60·6	—146·3	+1.598·3
1965	+1.649·9	+ 73·1	+ 72·0	—124·7	+1.670·3
1966	+ 814·1	+ 665·7	+160·9	—144·5	+1.496·2
1967	+ 959·3	+ 859·3	+218·6	— 98·6	+1.938·6
1968	— 334·6	+ 681·0	+307·4	+ 23·2	+ 677·0
1969	— 14·5	+2.332·9	+273·6	+357·6	+2.949·6
1970	+ 185·7	+1.487·7	+220·3	+653·2	+2.546·9
1971	+ 755·5	+1.886·0	+264·3	+394·7	+3.300·5
1972	+1.191·5	+ 664·0	+395·2	+628·6	+2.879·3

Ausland

	Anleihen vor 1938	Anleihen nach 1945	Auslandskredite	Summe
1960	—75·8	—	—	— 75·8
1961	—57·2	+299·5	+ 599·9	+ 842·2
1962	—76·4	— 57·1	+ 540·3	+ 406·8
1963	—33·6	— 55·3	+ 545·6	+ 456·7
1964	—25·9	+411·0	+ 443·6	+ 828·7
1965	—42·9	— 53·7	— 543·6	— 640·2
1966	—32·1	— 54·7	— 589·2	— 676·0
1967	—73·7	+528·2	+3.067·8	+3.522·3
1968	—27·8	+595·4	+4.114·0	+4.681·6
1969 ¹⁾	—32·0	+725·0	— 155·2	+ 537·8
1970	—27·9	— 83·6	+ 851·3	+ 739·8
1971	—34·6	+208·9	—1.477·0	—1.302·7
1972	—42·5	—167·3	—1.581·2	—1.791·0

¹⁾ Exklusive Erhöhung zufolge DM-Aufwertung; in den Folgejahren mit Berücksichtigung von Paritätsänderungen

Quelle: BMF/Berechnung ÖPSK

Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die Emission von Anleihen 1961—1972 (in Millionen Schilling)

Tabelle zu Z. 5.2/1

	1961		1962		1963		1964		1965		1966		1967		1968		1969		1970		1971		1972		
	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	
Bundesanleihe, Investitionsanleihe (BMF)	500	21.4	1.150	31.9	2.350	65.1	3.300	61.5	2.300	42.3	1.500	35.3	1.800	34.7	1.000	27.4	1.700	36.3	2.000	34.0	2.600	31.4	5.000	38.5	
Sonst. Anl. (§, DM, Hochwasserfonds), Wasserwirtschaftsfonds bis 1969	300	12.8	420	11.7	300	8.3	304	5.7	—	—	—	—	204	3.9	215	5.9	415	8.9	—	—	—	—	—	—	
Bundesanleihe (+Hochwasserfonds) (OeNB)	800	34.2	1.570	43.6	2.650	73.4	3.604	67.2	2.300	42.3	1.500	35.3	2.004	38.6	1.215	33.3	2.115	45.2	2.000	34.0	2.600	31.4	5.000	38.5	
— Üt. Bundeswohn- und Siedlungsfonds			-120	-3.3			-200	-3.8																	
			1.450	40.3			3.404	63.4																	
Wohnbaufonds, Wasserwirtschaftsfonds ab 1970	200	8.5	220	6.1	—	—	200	3.7	600	11.0	300	7.0	700	13.5	400	11.0	—	—	350	6.0	500	6.1	600	4.6	
+ Üt. Bundeswohn- und Siedlungsfonds			+120	+3.3			+200	+3.8																	
			340	9.4			400	7.5																	
Länder	—	—	100	2.8	—	—	—	—	—	—	—	—	80	1.5	—	—	—	—	—	—	200	2.4	250	1.9	
Städte	500	21.4	300	8.3	100	2.8	350	6.5	800	14.7	550	12.9	600	11.6	639	17.5	500	10.7	500	8.5	600	7.3	800	6.2	
Summe Länder + Städte	500	21.4	400	11.1	100	2.8	350	6.5	800	14.7	550	12.9	680	13.1	639	17.5	500	10.7	500	8.5	800	9.7	1.050	8.1	
Energieanleihen	673	28.8	600	16.7	500	13.9	400	7.5	600	11.0	870	20.5	942	18.2	300	8.3	480	10.2	760	12.9	860	10.4	1.000	7.7	
Sonst. Energiewirtschaft	—	—	350	9.7	300	8.3	640	11.9	640	11.8	800	18.8	500	9.6	544	14.9	—	—	100	1.7	300	3.6	550	4.2	
Summe Energiewirtschaft	673	28.8	950	26.4	800	22.2	1.040	19.4	1.240	22.8	1.670	39.3	1.442	27.8	844	23.2	480	10.2	860	14.6	1.160	14.0	1.550	11.9	
Industrie	165	7.1	333	9.2	51	1.4	—	—	198	3.7	—	—	200	3.9	—	—	—	450	7.7	1.000	12.1	2.150	16.5		
Sonst. inländische Emittenten	—	—	—	—	—	—	150	2.8	300	5.5	120	2.8	57	1.1	398	10.9	1.435	30.7	1.590	27.0	1.910	23.1	2.650	20.4	
Summe Industrie u. Sonstiges	165	7.1	333	9.2	51	1.4	150	2.8	498	9.2	120	2.8	257	5.0	398	10.9	1.435	20.7	2.040	34.7	2.910	35.2	4.800	36.9	
Ausländische Emittenten	—	—	130	3.6	8	0.2	21	0.4	—	—	115	2.7	105	2.0	150	4.1	150	3.2	130	2.2	300	3.6	—	—	
1. Zwischensumme	2.338	100.0	3.603	100.0	3.609	100.0	5.365	100.0	5.438	100.0	4.255	100.0	5.188	100.0	3.646	100.0	4.680	100.0	5.880	100.0	8.270	100.0	13.000	100.0	
Pfandbriefe und KSV	1.166	1.236	.	.	1.380	.	.	.	1.366	.	.	2.193	.	.	2.539	.	.	3.016	.	.	4.705
Kassenobligationen	330	300	.	.	270	.	.	.	356	.	.	597	.	.	780	.	.	2.381	.	.	4.626
Namenschulden u. fundierte Bankschulden	35	26	.	.	122	.	.	.	158	.	.	148	.	.	229	.	.	189	.	.	347
2. Zwischensumme	1.531	1.562	.	.	1.772	.	.	.	1.880	.	.	2.407	.	.	3.202	.	.	5.109	.	.	5.889
Endsumme	2.998		4.756		5.140		6.927		7.210		6.135		7.595		6.848		9.789		11.769		15.115		22.493		

. Ziffer nicht verfügbar

Quellen: Mitteilungen des Direktoriums der OeNB bzw. BMF

Überleitung zu den Ziffern A (Umlauferhöhungen) der Tabelle zu Z. 5.2/3

Tabelle zu Z. 5.2/1 (Fortsetzung)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1970	1972
ad: Bundesanl./Investanl. (BMF) (HWSF)							+490-3	
ad: Sonstige Anl. (HWSF)							-490-3	
							Schuldübernahme HWSF	
ad: Bundesanl. (+Hochw. Fonds).....	+135 Bundes- schuldv.							
ad: Energiewirtschaft.....	+92 Arros. + Umsch.	+90 Konv. OKA +47 Umsch.	+14 Umsch.	+1 Rundungsdiff.	+41 Aufwertg.			+18 Kapital- marktunwirksam
ad: Wohnbaufonds						+41 Verkauf von eingel. Papieren ex Darlehenstilg.		
ad: Industrie und Sonstige.....	+28 Umsch.	+2 Umsch.						-78 Kapitalmarkt- unwirksam Um- tausch in Aktien
ad: Ausländische Emittenten.....				-1 Rundungsdiff.				
ad: 2. Zwischensumme: Die Differenzen entstehen durch kapitalmarktunwirksame Transaktionen (z. B. Umtausch von Reihen, Titrierungen u. ä.)								

Entwicklung der Bundesanleihen in den Jahren 1961—1972 (in Millionen Schilling)

Tabelle zu Z. 5.2/2

		1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Im Inland begebene Anleihen des Bundes ..	A	+500-0	+1.150-0	+2.350-0	+3.300-0	+2.300-0	+1.500-0	+1.800-0	+1.000-0	+1.700-0	+2.490-2 ¹⁾	+2.600-0	+5.000-0 ⁴⁾
	B	-209-1	- 229-8	- 73-8	- 304-5	- 650-1	- 685-9	- 840-7	-1.334-6	-1.714-5	-1.944-6 ²⁾	-2.024-5 ³⁾	-1.928-5 ⁵⁾
	C	+290-9	+ 920-2	+2.276-2	+2.995-5	+1.649-9	+ 814-1	+ 959-3	- 334-6	- 14-5	+ 545-6	+ 575-5	+3.071-5
Im Ausland begebene Anleihen des Bundes (vor 1938)	B—C	- 57-2	- 76-4	- 33-6	- 25-9	- 42-9	- 32-1	- 73-7	- 27-8	- 32-0	- 27-8	- 34-6	- 42-5
Im Ausland begebene Anleihen des Bundes (nach 1945)	A	+299-5	—	—	+ 464-7	—	—	+ 581-9	+ 649-0	+ 913-0	+ 1-0 ⁶⁾	+ 415-0	+ 6-3 ⁶⁾
	B	—	- 57-1	- 55-3	- 53-7	- 53-7	- 54-7	- 53-7	- 53-6	- 53-8	- 84-7	- 206-1	- 173-6
	C	+299-5	- 57-1	- 55-3	+ 411-0	- 53-7	- 54-7	+ 528-2	+ 595-4	+ 859-2	- 83-7	+ 208-9	- 167-3
Im Ausland begebene Anleihen des Bundes (vor 1938 und nach 1945)	A	+299-5	—	—	+ 464-7	—	—	+ 581-9	+ 649-0	+ 913-0	+ 1-0 ⁶⁾	+ 415-0	+ 6-3 ⁶⁾
	B	- 57-2	- 133-5	- 88-9	- 79-6	- 96-6	- 86-8	- 127-4	- 81-4	- 85-8	- 112-5	- 240-7	- 216-1
	C	+242-3	- 133-5	- 88-9	+ 385-1	- 96-6	- 86-8	+ 454-5	+ 567-6	+ 827-2	- 111-5	+ 174-3	- 209-8
Summe im In- und Ausland begebener An- leihen des Bundes	A	+799-5	+1.150-0	+2.350-0	+3.764-7	+2.300-0	+1.500-0	+2.381-9	+1.649-9	+2.613-0	+2.491-3	+3.015-0	+5.006-3
	B	-266-3	- 363-3	- 162-7	- 384-1	- 746-7	- 772-7	- 968-1	-1.416-0	-1.800-3	-2.057-1	-2.265-2	-2.144-6
	C	+533-2	+ 786-7	+2.187-3	+3.380-6	+1.553-3	+ 727-3	+1.413-8	+ 233-9	+ 812-7	+ 434-2	+ 749-8	+2.861-7

Quelle: BMF

A = Aufnahmen
B = Rückführungen
C = Nettoveränderungen

¹⁾ Inklusive HWSF-Schuldübernahme 490-2 Mio S.
²⁾ Inklusive HWSF-Tilgungen 130-3 Mio S.
³⁾ Inklusive HWSF-Tilgungen 180-0 Mio S.

⁴⁾ Inklusive 2 Mrd. S Sonderobligationen.
⁵⁾ Inklusive HWSF-Tilgungen 120-0 Mio S.
⁶⁾ KW-Änderung.

Umlaufveränderungen des Rentenmarktes 1961—1972 (in Millionen Schilling)

Tabelle zu Z. 5.2/3

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Bundesanl./Invest.Anl. (BMF)	A + 500	+1.150	+2.350	+3.300	+2.300	+1.500	+1.800	+1.000	+1.700	+2.490	+2.600	+5.000
	B - 209	- 230	- 74	- 304	- 650	- 686	- 841	-1.335	-1.714	-1.945	-1.845	-1.928
	C + 291	+ 920	+2.276	+2.996	+1.650	+ 814	+ 959	- 335	- 14	+ 545	+ 755	+3.072
Sonst. Anleihen (§, DM, Hochw.Fonds)	A + 435	+ 420	+ 300	+ 304	-	-	+ 204	+ 215	+ 415	- 490	-	-
	B - 173	- 211	- 277	- 198	- 39	- 61	- 115	- 176	- 252	- 130	- 180	- 33
	C + 262	+ 209	+ 23	+ 106	- 39	- 61	+ 89	+ 39	+ 163	- 621	- 180	- 33
Bundesanl. (+ Hochw.Fonds) (OeNB)	A + 935	+1.570	+2.650	+3.604	+2.300	+1.500	+2.004	+1.215	+2.115	+2.000	+2.600	+5.000
	B - 382	- 441	- 351	- 502	- 689	- 747	- 956	-1.511	-1.966	-2.075	-2.025	-1.961
	C + 553	+1.129	+2.299	+3.102	+1.611	+ 753	+1.048	- 296	+ 149	- 75	+ 575	+3.039
Üt. Anl. d. Bundeswohn- u. Siedl.Fonds (bis 1964 unter Bundesanl., dann Wohn- baufondsanz. zugerechnet)					- 320							
Wohnbaufonds u. WWF	A + 200	+ 220	-	+ 200	+ 600	+ 341	+ 700	+ 400	-	+ 350	+ 500	+ 600
	B - 58	- 65	- 70	- 76	- 124	- 41	- 134	- 237	- 329	- 406	- 446	- 417
	C + 142	+ 155	- 70	+ 124	+ 476	+ 300	+ 566	+ 163	- 329	- 56	+ 54	+ 183
Üt. Anl. d. Bundeswohn- u. Siedl.Fonds					+ 320							
					+ 796							
Länder und Städte	A + 500	+ 400	+ 100	+ 350	+ 800	+ 550	+ 680	+ 639	+ 500	+ 500	+ 800	+1.050
	B - 31	- 30	- 32	- 32	- 40	- 33	- 92	- 122	- 225	- 287	- 437	- 440
	C + 469	+ 370	+ 68	+ 318	+ 760	+ 517	+ 588	+ 517	+ 275	+ 213	+ 363	+ 610
Energiewirtschaft	A + 765	+1.087	+ 814	+1.041	+1.281	+1.670	+1.442	+ 844	+ 480	+ 860	+1.160	+1.568
	B - 208	- 511	- 209	- 463	- 513	- 366	- 421	- 497	- 610	- 731	- 805	- 948
	C + 557	+ 576	+ 605	+ 578	+ 768	+1.304	+1.021	+ 347	- 130	+ 129	+ 355	+ 620
Industrie u. sonst. inländ. Emittenten	A + 193	+ 335	+ 51	+ 150	+ 498	+ 120	+ 257	+ 398	+1.435	+2.040	+2.910	+4.800
	B - 3	- 8	- 13	- 16	- 17	- 41	- 56	- 79	- 132	- 124	- 237	- 379
	C + 190	+ 327	+ 38	+ 134	+ 481	+ 79	+ 201	+ 319	+1.303	+1.916	+2.673	+4.421
Ausländ. Emittenten	A -	+ 130	+ 8	+ 20	-	+ 115	+ 105	+ 150	+ 150	+ 130	+ 300	-
	B -	-	-	-	-	-	-	-	- 5	- 6	- 6	- 19
	C -	+ 130	+ 8	+ 20	-	+ 115	+ 105	+ 150	+ 145	+ 124	+ 294	- 19
Zwischensumme	A +2.593	+3.742	+3.623	+5.365	+5.479	+4.296	+5.188	+3.646	+4.680	+5.880	+8.270	+13.018
	B - 682	-1.055	- 675	-1.089	-1.383	-1.228	-1.659	-2.446	-3.267	-3.629	-3.956	-4.164
	C +1.911	+2.687	+2.948	+4.276	+4.096	+3.068	+3.529	+1.200	+1.413	+2.251	+4.314	+8.854
Pfandbr. u. Kommunalschuldv.	A + 614	+ 893	+1.186	+1.268	+1.392	+1.398	+1.667	+2.194	+2.539	+3.016	+3.504	+4.705
	B - 19	- 67	- 25	- 60	- 21	- 41	- 73	- 397	- 646	- 623	- 606	- 462
	C + 595	+ 826	+1.161	-1.208	+1.371	+1.357	+1.594	+1.797	+1.893	+2.393	+2.898	+4.243
Kassenobligationen	A + 70	+ 270	+ 330	+ 300	+ 270	+ 971	+ 597	+ 780	+2.381	+2.526	+3.182	+4.626
	B - 33	- 46	- 41	- 239	- 250	- 431	- 576	- 811	-1.408	-1.509	-1.945	-2.087
	C + 37	+ 224	+ 289	+ 61	+ 20	+ 540	+ 21	- 31	+ 973	+1.017	+1.237	+2.539
Namenschuldversch. u. fund. Bankschuld- verschreibungen	A + 4	+ 14	+ 35	+ 26	+ 122	+ 290	+ 148	+ 229	+ 189	+ 347	+ 159	+ 162
	B - 2	- 2	- 9	- 9	- 4	-	- 84	- 76	- 174	- 320	- 297	- 109
	C + 2	+ 12	+ 26	+ 17	+ 118	+ 290	+ 64	+ 153	+ 15	+ 27	+ 138	+ 53
Endsumme	A +3.281	+4.919	+5.174	+6.959	+7.263	+6.955	+7.600	+6.849	+9.789	+11.769	+15.115	+22.511
	B - 736	-1.170	- 750	-1.397	-1.658	-1.700	-2.392	-3.730	-5.495	-6.081	-6.804	-6.822
	C +2.545	+3.749	+4.424	+5.562	+5.605	+5.255	+5.208	+3.119	+4.294	+5.688	+8.311	+15.689

A = Erhöhungen

B = Verminderungen

C = Nettoveränderungen

Quellen: Mitteilungen des Direktoriums der OeNB bzw. BMF

Vergleich: Wertpapierportefeuille des Kreditapparates mit Umlauf per Jahresultimo
(in Millionen Schilling)

Tabelle zu Z. 7

	1963			1964			1965		
	Umlauf	Portefeuille	%	Umlauf	Portefeuille	%	Umlauf	Portefeuille	%
Anleihen des Bundes, Länder und Gemeinden und WWAF	14.595	5.450	37,3	18.139	7.298	40,2	20.986	7.912	37,7
Pfandbriefe und Kommunalschuldv.	5.998	2.611	43,5	7.206	2.937	40,8	8.577	3.443	40,1
Andere inländische festverzinsliche Wertpapiere	10.020	3.333	33,3	10.672	3.823	35,8	12.059	4.716	39,1
Summe...	30.613	11.394	37,2	36.017	14.058	39,0	41.622	16.071	38,6
Börsengängige Dividendenwerte		1.412			1.873			2.085	
Sonstige Wertpapiere		591			661			700	
Summe...		13.397			16.592			18.856	

Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank

Vergleich: Wertpapierportefeuille des Kreditapparates mit Umlauf per Jahresultimo
(in Millionen Schilling)

Tabelle zu Z. 7

	1966			1967			1968		
	Umlauf	Portefeuille	%	Umlauf	Portefeuille	%	Umlauf	Portefeuille	%
Öffentliche Hand	22.556	8.390	37,2	24.758	9.097	36,7	25.142	9.526	37,9
Bankschuldverschreibungen ¹⁾	11.722	4.707	40,2	13.416	4.896	36,5	15.335	5.745	37,5
Sonstige inl. festverzinsliche Wertpapiere	12.493	4.981	39,9	13.691	5.396	39,4	14.357	5.486	38,2
Summe ...	46.771	18.078	38,7	51.865	19.389	37,4	54.834	20.757	37,9

	1969			1970			1971			1972		
	Umlauf	Portefeuille	%	Umlauf	Portefeuille	%	Umlauf	Portefeuille	%	Umlauf	Portefeuille	%
Öffentliche Hand	25.237	9.820	38,9	25.223	9.908	39,3	26.170	10.780	41,2	30.187	12.189	40,4
Bankschuldverschreibungen ¹⁾	18.216	7.060	38,8	4.382	8.616	35,3	30.164	10.335	34,3	39.219	12.828	32,7
Sonstige inl. festverzinsliche Wertpapiere	15.530	5.015	33,0	14.699	5.102	34,7	16.038	5.093	31,8	18.577	6.312	34,0
Summe...	58.983	21.895	37,1	64.304	23.626	36,7	72.372	26.208	36,2	87.983	31.329	35,6

¹⁾ Ab 1970 sind neben Pfandbriefen, Kommunalschuldverschreibungen, Kassenobligationen, Namens- und fundierten Bankschuldverschreibungen auch alle Anleiheemissionen inländischer Kreditunternehmungen enthalten.

Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank

Liquidität der Kreditunternehmungen (in Millionen Schilling)

Tabelle zu Z. 9.2/1

	31. Dez. 1968	31. März 1969	30. Juni 1969	30. Sept. 1969	31. Dez. 1969	31. März 1970	30. Juni 1970	30. Sept. 1970	31. Dez. 1970	31. März 1971	30. Juni 1971	30. Sept. 1971	31. Dez. 1971	31. März 1972	30. Juni 1972	30. Sept. 1972	31. Dez. 1972	31. März 1973
A. Aktuelle Liquidität																		
1. Kassenliquidität (Kassenbestand und OeNB-Guthaben).....	13.656	12.221	10.691	12.520	13.714	12.830	12.705	12.872	15.252	12.330	13.775	13.877	17.889	17.194	16.278	17.612	20.575	22.673
2. Nicht ausgenützte, unbedingte Rückgriffsmöglichkeiten auf die OeNB.....	2.010	1.931	2.127	2.061	1.695	2.938	2.775	2.782	1.525	4.718	4.395	4.905	1.893	4.422	4.546	4.606	1.715	3.775
a) eskontf. Bundesschatzscheine.....	—	1.000	1.000	1.000	—	1.700	1.700	1.700	—	2.890	2.890	2.890	—	2.890	2.890	2.890	—	2.890
b) Ausfuhrförderungswechsel.....	1.960	831	1.127	1.061	1.645	1.088	1.075	1.082	1.525	1.828	1.505	2.015	1.893	1.532	1.656	1.716	1.715	885
c) Geldmarktschatzscheine.....	50	100	—	—	50	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Inlandsliquidität (1+2).....	15.666	14.152	12.818	14.581	15.409	15.768	15.480	15.654	16.777	17.048	18.170	18.782	19.782	21.616	20.824	22.218	22.290	26.448
4. Nettoauslandsliquidität.....	—	200	336	1.676	385	497	2.080	1.137	1.400	327	743	1.205	343	260	20	144	2.070	662
5. Summe aktuelle Liquidität.....	15.466	14.488	14.494	16.094	15.024	15.271	13.400	16.791	15.377	17.375	18.913	19.987	20.125	21.876	20.844	22.074	20.220	25.786
B. Potentielle Liquidität																		
1. Bedingte Rückgriffsmöglichkeiten auf die OeNB.....	27.772	27.658	27.988	28.903	30.624	31.342	31.901	34.386	36.462	35.604	36.230	42.693	41.196	39.924	40.857	48.722	45.319	43.914
a) rediskontfähige Warenwechsel (ohne Ausfuhrförderungswechsel).....	9.969	9.501	9.611	10.775	11.646	10.584	11.405	12.579	14.431	12.739	13.691	15.090	16.074	14.954	14.394	16.648	17.469	15.738
b) 75% der lombardfähigen Wertpapiere und Bundesschatzscheine....	17.803	18.157	18.377	18.128	18.978	19.277	20.006	21.807	22.031	22.865	22.539	24.086	25.122	23.975	25.464	28.866	27.697	28.022
c) Kassenscheine der OeNB.....	—	—	—	—	—	1.481	490	—	—	—	—	3.517	—	995	999	3.208	153	154
2. Nettotermin Guthaben von ausländischen Kreditunternehmungen.....	—	407	1.853	530	1.637	1.747	2.999	2.741	1.311	168	1.537	3.596	6.318	8.672	10.555	11.485	12.598	11.656
3. Summe potentielle Liquidität.....	27.365	29.511	28.518	30.540	32.371	34.341	34.642	35.697	36.630	34.067	32.634	36.375	32.524	29.369	29.372	36.124	33.663	32.144
C. Gesamtliquidität																		
1. Aktuelle Liquidität.....	15.466	14.488	14.494	16.094	15.024	15.271	13.400	16.791	15.377	17.375	18.913	19.987	20.125	21.876	20.844	22.074	20.220	25.786
Koeffizient der aktuellen Liquidität.....	10.0	9.0	8.8	9.5	8.5	8.2	7.1	8.5	7.6	8.2	8.6	8.8	8.4	8.9	8.2	8.2	7.2	8.9
2. Potentielle Liquidität.....	27.365	29.511	28.518	30.540	32.371	34.341	34.642	35.697	36.630	34.067	32.634	36.375	32.524	29.369	29.372	36.124	33.663	32.144
Koeffizient der potentiellen Liquidität....	17.7	18.4	17.4	17.9	18.3	18.5	18.2	18.2	18.0	16.0	14.8	16.0	13.7	12.0	11.5	13.4	12.0	11.1
3. Gesamtliquidität.....	42.831	43.999	43.012	46.634	47.395	49.612	48.042	52.488	52.007	51.442	51.547	56.362	52.649	51.245	50.216	58.198	53.883	57.930
Koeffizient der Gesamtliquidität.....	27.7	27.4	26.2	27.4	26.8	26.7	25.3	26.7	25.6	24.2	23.4	24.8	22.1	20.9	19.7	21.6	19.2	20.0
D. Inländisches																		
Durch währungspolitische Maßnahmen gebunden.....	10.323	10.728	9.119	9.321	10.849	12.781	11.953	11.787	12.162	12.667	13.146	15.581	14.072	17.458	18.356	21.564	20.422	23.375
Verpflichtungsvolumen.....	154.745	160.500	164.171	170.378	176.947	185.969	189.728	196.421	203.526	212.444	220.024	227.511	238.268	245.647	254.276	269.338	280.738	290.050

Von inländischen Geldinstituten und dem Ausland den inländischen Nichtbanken zur Verfügung gestellte Fremdmittel (in Millionen Schilling)
Tabelle zu Z. 9.2.4

	1968	1969	1970	1968/69	1969/70	1971	1970/71	1972	1971/72	1, Quartal		Differenz
										1972	1973	
I. Inländische Geldinstitute												
1. Direktkredite	+13.046	+21.154	+25.239	+ 8.108	+4.085	+34.946	+ 9.707	+44.583	+ 9.637	+ 5.858	+2.116	—3.742
2. Nettoerwerb von Bundesschatzscheinen und sonst. inländischen Wertpapieren .	+ 1.483	+ 1.653	+ 1.780	+ 170	+ 127	+ 2.910	+ 1.130	+ 2.979	+ 69	+ 4.242	+4.212	— 30
Summe I ...	+14.529	+22.807	+27.019	+ 8.278	+4.212	+37.856	+10.837	+47.562	+ 9.706	+10.100	+6.328	—3.772
II. Ausland												
1. Direktkredite	+ 6.365	+ 432	+ 100	—5.933	— 332	— 180	— 280	+ 1.189	+ 1.369	— 12	+ 993	+1.005
2. Nettoerwerb von inländischen festver- zinslichen Wertpapieren	— 619	— 381	— 200	+ 238	+ 181	+ 10	+ 210	+ 2.742	+ 2.732	+ 344	+ 64	— 280
Summe II ...	+ 5.746	+ 51	— 100	— 5.695	— 151	— 170	— 70	+ 3.931	+ 4.101	+ 332	+1.057	+ 725
Summe I + II ...	+20.275	+22.858	+26.919	+ 2.583	+4.061	+37.686	+10.767	+51.493	+13.807	+10.432	+7.385	—3.047

Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank

Zinssätze auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten

Tabelle zu Z. 9.3

Marktzinssätze vom 27. Juni 1973
Anleiherenditen vom 22. Juni 1973

	USA	Kanada	Großbritan- nien	Belgien	Frankreich	BRD	Italien	Niederlande	Schweiz	Japan
1 Zentralbank-Diskontsatz ...	6-50	6-25	7-50	5-50	7-50	7-0	4-0	5-0	4-50	5-50]
2 Täglich fälliges Geld	8-875	5-50	7-25	5-10	8-25	11-0	kein Markt	4-50	1-0	6-50
3 Schatzscheine (91 Tage, Mittelkurs)	7-28	5-48	6-9375	6-0	7-55	7-12	5-82	4-50	kein Markt	5-375
4 Kommerzwechsel (prime, 3 Monate)	8-125	6-875	7-62	5-40	kein Markt	kein Markt	7-0	kein Markt	kein Markt	6-125
5 Bankakzepte (3 Monate) ..	8-25	7-0	7-75	5-40	8-40	9-475	kein Markt	kein Markt	5-0	kein Markt
6 Staatsanleihen (langfristig; Effektivrendite)	6-36	7-85	9-52	7-53	7-59	10-16	7-22	7-86	5-35	7-10
7 Industrianleihen (lang- fristig; Effektivrendite)	7-57	8-50	10-78	8-31	8-89	9-98	7-21	8-04	5-80	6-69
8 Kurzfristige Bankkredite (Zinssatz) (erste Kunden, prime rate)	7-75	7-75	9-0	7-0	9-75	11-0	7-0	6-50	7-0	8-50
9 Banksichteinlagen	0	0	0	0-50	0	0-5	4-75	0-5—3-0	1-0	0
10 Banktermineinlagen (3 Monate)	8-375	6-75	8-125	6-20	7-625	12-75	4-75	5-875	2-50	4-0
11 Wechselkurse (in US- $\text{\$}$, cable)	—	1-0020	2-5810	0-027150	0-2377	0-3980	0-001700	0-3750	0-3300	0-003775
12 Termindeckung (3 Monate, in % p. a.) D=Diskont, P=Prämie	—	P 1-60	D 1-70	P 2-65	P 1-0	P 1-70	P 1-41	P 2-13	P 4-85	P 7-0

Quelle: Publikation der Chase Manhattan, N. Y., „International Finance“

Anleiheemissionen im Jahre 1970

Tabelle zu Z. 9.4.1.2 und 3

Zinssatz %	Emissionen	Em.-Kurs %	Em.-Nom. in S 1000—	Stückelung	Tilgung in den Jahren	%	kündbar in den Jahren	%	Kuponterin	Rückkauf	Gesamtanleger- rendite %
7	Industrieanleihe/A	99-25	121.250	1,10	1971—85	100	1978—84	100	15. 2.	nein	7-1213
6 ³ / ₄	Industrieanleihe/B	98-00	78.750	1,10	1976 ¹⁾	100	—	—	15. 2.	nein	7-1718
7	3-Banken-Anleihe/A	99-25	181.780	1,10	1971—85	100	1981—84 ²⁾	100	21. 2.	nein	7-1344
6 ³ / ₄	3-Banken-Anleihe/B	98-00	68.220	1,10	1980 ¹⁾	100	1975—79 ²⁾	100	21. 2.	nein	7-0352
6 ³ / ₄	Wasserwirtschaftsfonds-Anleihe	97-00	350.000	1,10	1973—78	101	1974—77	102	1. 3.	nein	7-6055
7	Sparkassen-Anleihe der Girozentrale	99-00	225.000	1,10	1971—85	100	1981—84 ²⁾	100	6. 3.	nein	7-1797
7	Energieanleihe/A	99-00	255.000	1,10	1971—85	100	1978—84	100	15. 3.	ja	7-1797
6 ³ / ₄	Energieanleihe/B	97-50	145.000	1,10	1980 ¹⁾	102-5	1978—79	102-5	15. 3.	nein	7-2892
7	Exportanleihe/A	99-00	81.000	1,10	1971—85	100	1978—84	100	20. 3.	ja	7-1797
6 ³ / ₄	Exportanleihe/B	98-00	169.000	1,10	1975/76	101	—	—	20. 3.	ja	7-3354
					1977/78	102					
7	Asiatische Entwicklungsbankanleihe	98-50	130.000	1,10	1972	100	1973—78	103	1. 4.	ja	7-5284
					1973—82	101	1979—81	102	1. 10.		
7	AWP-Anleihe	97-50	250.000	1,10	1971—75	101-5	1978—80	103-5	21. 4.	ja	7-7010
					1976—80	102-5	1981—84	104			
					1981—85	103-5					
7	Investitionsanleihe/A	98-75	370.050	1,10	1971—85	100	1978—84	100	15. 6.	nein	7-2250
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe/B	97-00	629.950	1,10	1973/74	100	—	—	15. 6.	ja	7-5901
					1975/76	101					
					1977/78	102					
7	Investitionsanleihe der Stadt Wien	98-75	500.000	1,5, 10,100	1971—74	101	1978—84	103	15. 6.	nein	7-4252
					1975—80	102					
					1981—85	103					
7	Raiffeisanleihe/A	99-00	110.000	1,10	1971—85	100	1978—84	100	15. 9.	nein	7-1797
6 ³ / ₄	Raiffeisanleihe/B	97-75	130.000	1,10	1976—78	101	1977—99	102	15. 9.	ja	7-2658
					1979/80	102					
7	Chemieanleihe	97-50	200.000	1,5,10	1974—80	100	—	—	1. 3./1. 9.	nein	7-4792
7	Sparkassenanleihe/A	98-50	165.000	1,10	1971—85	100	1979—84	100	7. 10.	nein	7-2705
7	Sparkassenanleihe/B	99-50	60.000	1,10	1980	100	—	—	7. 10.	nein	7-0714
7	Vorarlberger Kraftwerke AG	98-25	100.000	1,5	1972/73	101	1978—84	103	15. 10.	nein	7-4987
					1974—80	102					
					1981—85	103					
7	Investitionsanleihe/A	98-50	361.500	1,10	1971—85	100	1978—84	100	15. 11.	nein	7-2706
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe/B	97-00	638.500	1,10	1973	100	—	—	15. 11.	ja	7-6449
					1974/75	101					
					1976—78	102					
7	Energieanleihe/A	98-50	190.500	1,10	1971—85	100	1978—84	100	1. 12.	ja	7-2706
6 ³ / ₄	Energieanleihe/B	97-00	169.500	1,10	1974/75	102	—	—	1. 12.	ja	7-6938
					1976—79	103					
7	Tauernautobahn	97-50	200.000	1,10	1974—76	101-5	1975—80	103	15. 12.	nein	7-6935
					1977—79	102					
					1980	102-5					

1) Gesamtfällig

2) Durch Anleihegläubiger

Quelle: ÖKB

Anleiheemissionen im Jahre 1971

Tabelle zu Z. 9.4.1.2 und 3

Zinssatz %	Emissionen	Em.-Kurs %	Em.-Nom. in S 1000—	Stückelung	Tilgung in den Jahren	%	kündbar in den Jahren	%	Kupontermin	Rückkauf	Gesamtanleger- rendite %
7	Industrieanleihe A	98-50	131.000	1,10	1972—86	100	1979—85	100	15. 2.	nein	7-27059 10-40319 ¹⁾
6 ³ / ₄	Industrieanleihe B	97-00	169.000	1,10	1975/76 1977/78 1979	101 102 103	—	—	15. 2.	ja	7-63943
7	Niederösterreichische Elektrizitätswerke AG ..	98-25	300.000	1,10	1972—86	101	1979—85	102	19. 2.	nein	7-42527 10-58190 ¹⁾
7	Sparkassenanleihe I der Girozentrale	98-50	240.000	1,10	1972—86	100	1979—85	100	1. 3.	nein	7-27059 10-40319 ¹⁾
7	Investitionsanleihe I/A	98-75	240.000	1,10	1972—86	100	1979—85	100	1. 4.	nein	7-22503 10-34346 ¹⁾
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe I/B	97-00	860.000	1,10	1975/76 1977—79	101 102	—	—	1. 4.	ja	7-61510
7	Philips-Anleihe	98-00	200.000	1,10	1972—81	101	—	—	8. 4.	nein	7-64452
7	Investitionsanleihe der Bhstdt. Wien	98-75	600.000	1,5,10	1972—77 1978—86	101 102	1979—85	102	1. 5.	nein	7-38464 10-51125 ¹⁾
7	3-Banken-Anleihe A	99-75	113.000	2-5,10	1972—86	100	1982—85	100	7. 5.	nein	7-04465 10-10756 ¹⁾
7	3-Banken-Anleihe B	98-25	217.000	1,10	1972—86	100	1982—85	100	7. 5.	nein	7-31634 10-46321 ¹⁾
7	Energieanleihe I/A	98-75	180.000	1,10	1972—86	100	1979—85	100	1. 6.	ja	7-22503 10-34346
6 ³ / ₄	Energieanleihe I/B	97-00	280.000	1,10	1975—77 1979—81	102 103	—	—	1. 6.	nein	7-61502
7	Inter-Amerikanische Entwicklungsbank	97-00	150.000	1,10	1975—83	102	1975—82	103	3. 6.	ja	7-72633
6 ³ / ₄	Wasserwirtschaftsfonds-Anleihe I	97-00	250.000	1,10	1974—76 1977—79	101 102	1975—78	103	16. 6.	nein	7-67653
7	Investitionsanleihe II/A	98-75	165.000	1,10	1972—86	100	1979—85	100	1. 7.	nein	7-22503 10-34346 ¹⁾
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe II/B	97-00	235.000	1,10	1975/76	101	—	—	1. 4.	ja	7-61510
7	Volksbanken-Anleihe der Zentralkasse	98-25	200.000	1,10	1972—86	100	1979—85	100	15. 7.	nein	7-31634 10-46321 ¹⁾
6 ³ / ₄	Wasserwirtschaftsfonds-Anleihe II	97-00	150.000	1,10	1974—76 1977—79	101 102	1975—78	103	8. 9.	nein	7-67653

¹⁾ Bei Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung

Anleiheemissionen im Jahre 1971

Tabelle zu Z. 9.4.1.2 und 3

Zinssatz %	Emissionen	Em.-Kurs %	Em.-Nom. in S 1000—	Stückelung	Tilgung in den Jahren	%	kündbar in den Jahren	%	Kupontermi	Rückkauf	Gesamtanleger- rendite %
7	Raiffeisanleihe A	98-75	190.400	1,10	1972—86	100	1979—85	100	15. 9.	nein	7-22503 10-34346 ¹⁾
6 ³ / ₄	Raiffeisanleihe B.....	97-00	159.600	1,10	1975—81	102	1978—80	102	15. 9.	ja	7-56016
6 ³ / ₄	Brenner Autobahn-AG.....	96-50	150.000	1	1974—83	102	1979—82	103	20. 9.	nein	7-61831
7	Sparkassenanleihe II der Girozentrale.....	98-75	240.000	1,10	1972—86	100	1979—85	100	1. 10.	nein	7-22503 10-34346 ¹⁾
7	Energieanleihe II/A	98-75	187.500	1,10	1972—86	100	1979—85	100	2. 11.	ja	7-22503 10-34346 ¹⁾
6 ³ / ₄	Energieanleihe II/B	97-25	212.500	1,10	1975 1977—79 1981	101-5 102 103	—	—	2. 11.	nein	7-52061
6 ³ / ₄	Exportanleihe	97-00	250.000	1,10	1975—79	101	—	—	2. 11.	ja	7-53610
7	Investitionsanleihe III/A	98-75	397.500	1,10	1972—86	100	1979—85	100	15. 11.	nein	7-22503 10-34346 ¹⁾
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe III/B	97-00	702.500	1,10	1975 1976—79	100 101	—	—	15. 11.	ja	7-50332
6 ³ / ₄	Wasserwirtschaftsfonds-Anleihe III	97-00	100.000	1,10	1974—76 1977—79	101 102	1975—78	103	1. 12.	nein	7-67653
7	Anleihe des Landes Oberösterreich	98-75	200.000	1,10	1972—77 1978—86	101 102	1979—85	103	24. 11.	nein	7-38464 10-51125 ¹⁾
7	Tauernautobahn AG/A	98-50	130.500	1,10	1972—86	100	1979—85	100	10. 12.	nein	7-27059 10-40319 ¹⁾
6 ³ / ₄	Tauernautobahn AG/B	97-00	219.500	1,10	1976—78 1979—81	102 103	1977—80	103	10. 12.	nein	7-55328
7	Österreichische Mineralölverwaltung AG	98-50	300.000	1,10	1972—74 1975—86	101 102	1979—85	102	15. 12.	nein	7-45595 10-60029 ¹⁾
7	Asiatische Entwicklungsbank	98-50	150.000	1,10	1974—83	102	1974—82	103	20. 6. 20. 12.	ja	7-62824

¹⁾ Bei Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung.

Anleiheemissionen im Jahre 1972

Tabelle zu Z. 9.4.1.2 und 3

Zinssatz %	Emissionen	Em.-Kurs %	Em.-Nom. in S 1000—	Stückelung	Tilgung in den Jahren	%	kündbar in den Jahren	%	Kupontermin	Rückkauf	Gesamtanleger- rendite %
	Industrieanleihe A	99-00	149.250	1,10	1973—87	100	1980—86	100	15. 2.	nein	7-17966 10-28403 ¹⁾
6 ³ / ₄	Industrieanleihe B	97-00	150.750	1,10	1976—80	101	—	—	15. 2.	ja	7-53610
7	OKA-Anleihe	98-75	300.000	1,10	1973—82 1983—87	101 101-5	1980—86	101-5	1. 3.	nein	7-34586 10-47280 ¹⁾
6 ³ / ₄	Bundessobligationen	96-50	1.000.000	1.000	1976—82	100	—	—	16. 2.	nein	7-41955
7	Sparkassenanleihe	99-00	200.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	1. 3.	nein	7-17966 10-28403 ¹⁾
7	Investitionsanleihe A	98-75	483.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	15. 3.	nein	7-22503 10-34346 ¹⁾
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe B	97-00	717.000	1,10	1976—78 1979/80	100 101	—	—	—	ja	7-44439
7	Raiffeisanleihe	99-00	200.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	1. 4.	nein	7-17966 10-28403 ¹⁾
7	Exportanleihe A	99-00	97.500	1,10	1973—87	100	1980—86	100	1. 4.	nein	7-17966 10-28403 ¹⁾
6 ³ / ₄	Exportanleihe B	97-00	202.500	1,10	1976/77 1978—80	100 101	—	—	1. 4.	ja	7-47281
7	Wiener Stadtanleihe	98-75	800.000	1,10	1973—78 1979—87	100 100-5	1980—86	100-5	20. 4.	nein	7-25074 10-36843 ¹⁾
7	3-Banken-Anleihe A	100-00	143.435	0-5,5	1973—87	100	1983—86	100	3. 5.	ja	7-00000 10-04923 ¹⁾
7	3-Banken-Anleihe B	99-00	206.565	1,10	1973—87	100	1983—86	100	3. 5.	ja	7-17966 10-28403 ¹⁾
7	VÖEST-Anleihe	99-50	300.000	1,10	1973—87	101	1980—86	101	11. 5.	nein	7-19773 10-28379 ¹⁾
7	Sparkassenanleihe/S	99-50	150.000	1	1973—87	100	1980—86	100	15. 5.	nein	7-08947 10-16605 ¹⁾
7	Semperit-Anleihe A	100-00	150.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	25. 5.	nein	7-00000 10-04923 ¹⁾
7	Semperit-Anleihe B	99-50	150.000	1,10	1973—87	101	1980—86	101	25. 5.	nein	7-19773 10-28379 ¹⁾
7	Energieanleihe A	99-25	241.500	1,10	1973—87	100	1980—86	100	1. 6.	ja	7-13447 10-22490 ¹⁾
6 ³ / ₄	Energieanleihe B	97-50	258.500	1,10	1977—82	100	—	—	1. 6.	nein	7-19756
6 ³ / ₄	Wasserwirtschaftsfonds-Anleihe	97-50	250.000	1,10	1975—80	100	1976—79	101	13. 6.	nein	7-32740

¹⁾ Bei Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung

Anleiheemissionen im Jahre 1972

Tabelle zu Z. 9.4.1.2 und 3

Zinssatz %	Emissionen	Em.-Kurs %	Em.-Nom. in S 1000—	Stückelung	Tilgung in den Jahren	%	kündbar in den Jahren	%	Kupontermin	Rückkauf	Gesamtanleger- rendite %
7	Investitionsanleihe II/A	99-50	264.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	1. 7.	nein	7-08947 10-16605 ¹⁾
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe II/B	97-50	536.000	1,10	1977—82	100	—	—	1. 7.	ja	7-19756
7	Kirchliche Aufbauanleihe	99-50	200.000	1,10	1978—97	100	1980—96	100	1. 7.	ja	7-05646 8-98104 ¹⁾
6 ³ / ₄	Bundobligationen II	97-00	1.000.000	1.000	1976—78	100	—	—	17. 7.	nein	7-49437
7	Fundierte Raiffeisanleihe A	99-75	144.600	1,10	1973—87	100	1980—86	100	15. 9.	nein	7-04465 10-10750 ¹⁾
6 ³ / ₄	Raiffeisanleihe B	97-25	155.400	1,10	1978—82	100	1979—81	100	15. 9.	ja	7-21748
7	Investitionsanleihe III/A	99-50	331.500	1,10	1973—87	100	1980—86	100	1. 10.	nein	7-08947 10-16605 ¹⁾
6 ³ / ₄	Investitionsanleihe III/B	97-50	668.500	1,10	1976—81	100	—	—	1. 10.	ja	7-25215
7	Sparkassenanleihe II/A	99-50	117.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	1. 10.	nein	7-08947 10-16605 ¹⁾
6 ³ / ₄	Sparkassenanleihe II/B	97-50	183.000	1,10	1979	100	1977/78	100	1. 10.	nein	7-21741
7	Anleihe der Gebr. Böhler & Co AG	99-50	200.000	1,10	1973—87	101	1980—86	101	6. 10.	nein	7-19773 10-28379 ¹⁾
7	Volksbanken-Anleihe	99-25	250.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	16. 10.	nein	7-13447 10-22490 ¹⁾
7	Energieanleihe II/A	99-50	171.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	2. 11.	ja	7-08947 10-16605 ¹⁾
6 ³ / ₄	Energieanleihe II/B	97-50	329.000	1,10	1977—82	100	—	—	1. 6.	nein	7-22781
7	Kernkraftwerks-Anl. d. Landesgesellschaften ..	99-50	250.000	1,10	1973—87	101	1980—86	102	17. 11.	nein	7-19773 10-28379 ¹⁾
6 ¹ / ₂	Anleihe der Steyr-Daimler Puch AG	99-00	300.000	1,10	1973—87	100	1980—86	100	24. 11.	nein	6-67560 9-70667 ¹⁾
7	Sparkassenanleihe S/II	99-50	100.000	1	1973—87	100	1980—86	100	21. 11.	nein	7-08947 10-16605 ¹⁾
7	Anleihe der Tauernautobahn AG	99-50	300.000	1,10	1973—76	100	1980—86	101	1. 12.	nein	7-15726 10-23437
6 ³ / ₄	Wasserwirtschaftsfonds-Anleihe II	97-75	250.000	1,10	1977—87	101	1976—79	101	1. 12.	nein	7-26874
7	Anleihe der Siemens AG	99-50	250.000	1,10	1973—87	101	1980—86	102	7. 12.	nein	7-19773 10-28379 ¹⁾
6 ³ / ₄	Wasserwirtschaftsfonds-Anleihe III	97-75	100.000	1,10	1975—80	100	1976—79	101	6. 12.	nein	7-26874
6 ³ / ₄	Anleihe der Tauernautobahn AG II	97-75	200.000	1	1976/77	100	1976—81	102	11. 12.	nein	7-25583
7	Anleihe des Landes OÖ.	99-50	250.000	1,10	1973—79	101	1980—86	103	15. 12.	nein	7-24137 10-32548
7	Anleihe der ÖMV	99-50	300.000	1,10	1973—87	101	1980—86	101	22. 12.	nein	7-19773 10-28379 ¹⁾

¹⁾ Bei Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung.

Ersparnis- bzw. Veranlagungsbilanzen

Tabelle zu Z. 10

	1960		1961		1962		1963		1964		1965		1966	
	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%
Ersparnis (langfristig)														
1 WP-Käufe Publikum (inld. WP) ¹⁾	+ 1.903	20.8	+ 1.874	22.3	+ 1.161	10.9	+ 1.625	15.9	+ 2.160	14.7	+ 2.418	15.5	+ 2.004	12.3
2 WP-Käufe Publikum (ausld. WP) ²⁾	+ 20	0.2	+ 149	1.4	+ 113	1.1	+ 246	1.7	+ 204	1.3	+ 241	1.5
3 Spareinlagen	+ 4.805	52.6	+ 4.703	56.0	+ 6.137	57.3	+ 6.733	65.7	+ 9.306	63.3	+ 9.290	59.5	+ 9.956	61.1
4 Termineinlagen	+ 990	10.8	+ 669	8.0	+ 902	8.4	+ 278	2.7	+ 935	6.4	+ 1.000	6.4	+ 951	5.8
5 Bei inländ. Nichtbanken aufgen. Gelder ...	+ 181	2.0	+ 159	1.9	+ 248	2.3	— 18	— 0.2	+ 182	1.2	+ 429	2.7	+ 293	1.8
6 Eigenkapital Kreditinstitute	+ 661	7.2	+ 565	6.7	+ 704	6.9	+ 649	6.3	+ 852	5.8	+ 801	5.1	+ 604	3.7
7 Eigenkapital OeNB	+ 127	1.4	+ 165	2.0	+ 1.066	9.7	+ 279	2.7	+ 317	2.2	+ 325	2.1	+ 384	2.4
8 ERP+SAC	— 49	— 0.5	— 515	— 6.1	— 301	— 2.8	— 171	— 1.6	— 71	— 0.5	— 85	— 0.5	+ 312	1.9
9 Langfristige Kapitalveranlagung VVU ...	+ 515	5.7	+ 768	9.0	+ 634	5.9	+ 760	7.4	+ 772	5.2	+ 1.229	7.8	+ 1.557	9.5
10 Inland	+ 9.133	100.0	+ 8.408	100.0	+ 10.700	100.0	+ 10.248	100.0	+ 14.699	100.0	+ 15.611	100.0	+ 16.302	100.0
11 Auslandsposition Kreditinstitute (lgfr.)
12 In- und Ausland	+ 16.302
Veranlagung (langfristig)														
13 WP-Emission (netto): Bundesanl. ³⁾	+ 1.426	15.6	+ 553	6.6	+ 1.129	10.5	+ 2.299	22.5	+ 3.102	21.1	+ 1.291	8.2	+ 753	4.6
14 Sonstige Anleihen	+ 1.024	11.2	+ 1.358	16.2	+ 1.558	14.6	+ 649	6.3	+ 1.174	8.0	+ 2.805	18.0	+ 2.315	14.2
15 Pfandbr., Kassen O, Namen SV, Ba SV.	+ 420	4.6	+ 634	7.5	+ 1.062	9.9	+ 1.476	14.4	+ 1.286	8.7	+ 1.509	9.7	+ 2.187	13.4
16 Aktien	+ 124	1.4	+ 185	2.2	+ 117	1.1	+ 116	1.1	+ 317	2.2	+ 11	0.1	+ 72	0.5
17 Summe	+ 2.994	32.8	+ 2.730	32.5	+ 3.866	36.1	+ 4.540	44.3	+ 5.879	40.0	+ 5.616	36.0	+ 5.327	32.7
18 ./ kapitalmarkunwirksam	— 10	.	— 206	.	— 26	.	— 30	.	—	.	— 52	.	— 761	.
19 ./ Eig. Inld. Em. Kreditinstitute	— 629	.	— 608	.	— 1.058	.	— 1.456	.	— 1.444	.	— 1.460	.	— 2.159	.
20 Summe	+ 2.355	25.8	+ 1.916	22.8	+ 2.782	26.0	+ 3.054	29.8	+ 4.435	30.2	+ 4.104	26.3	+ 2.407	14.8
21 Schatzscheine	+ 1.058	11.6	— 630	— 7.5	— 300	— 2.8	— 150	— 1.5	— 1.312	— 8.9	+ 73	0.4	+ 666	4.1
22 Lgfr. Kredite u. Bet. Kreditinstitute	+ 3.713	40.7	+ 2.716	32.3	+ 3.263	30.5	+ 5.086	49.6	+ 5.329	36.2	+ 6.958	44.6	+ 5.832	35.8
23 ERP+SAC-Kredite	— 49	— 0.5	— 515	— 6.1	— 301	— 2.8	— 171	— 1.6	— 71	— 0.5	— 85	— 0.5	+ 312	1.9
24 Langfrst. Kapitalveranl. VVU./WP	+ 192	2.1	+ 460	5.5	+ 385	3.6	+ 474	4.6	+ 452	3.1	+ 698	4.5	+ 1.227	7.5
25 Inland	+ 7.269	80.0	+ 3.947	47.0	+ 5.829	54.5	+ 8.293	80.9	+ 8.833	60.1	+ 11.748	75.3	+ 10.444	64.1
26 Ausld. WP (Publikum)	+ 20	.	+ 149	.	+ 113	.	+ 246	.	+ 204	.	+ 241	.
27 Auslandsposition Kreditinstitute (langfr.)	+ 296	.
28 In- und Ausland	+ 10.981
Überhang der langfristigen Geldkapitalbildung														
29 Inland	+ 1.864	20.0	+ 4.461	53.0	+ 4.871	45.5	+ 1.955	19.1	+ 5.866	39.9	+ 3.863	24.7	+ 5.858	35.9
30 Ausland	— 537	.
31 In- und Ausland	+ 5.321

¹⁾ Ermittelt als Restpost aus: Nettoveränderung des Umlaufes von festverzinslichen inländischen Wertpapieren und Aktien exklusive kapitalmarkunwirksame Transaktionen (Summe der Zeilen 17, 18) zuzüglich Saldo der Auslandstransaktionen an inländischen Wertpapieren (nur Sekundärmarkt), der zur Gänze von institutionellen Anlegern aufgenommen bzw. abgegeben wurde, abzüglich Nettoveränderung des WP-Portefeuilles der institutionellen Anleger (KI, OeNB und VVU).

²⁾ Ermittelt als %-Anteil des gesamten vom Inland übernommenen Saldos an ausländischen Wertpapieren (nur Sekundärmarkt) u. zw. bis inklusive 1966 70%, 1967/68 80% und 1969 bis 1972 90%. (Rest vom institutionellen Anleger übernommen) als Publikumsanteil angenommen.

³⁾ Bundesanleihen (OeNB) beinhalten Anleihen des Wasserwirtschaftsfonds bis 1969 und Hochwasseranleihen, sowie bis 1964 Bundeswohn- und Siedlungsfondsleihen (1965 zu Wohnbaufondsleihen umgereicht).

. Ziffer nicht verfügbar

Saldo enthält auch statistische Differenz bei den Schatzscheinbewegungen, da auch WP-Portefeuille Geldmarktschatzscheine enthält, die von der Oesterreichischen Nationalbank titrierte Bundesschulden darstellen (in Zeile 21 nicht enthalten),
Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der OeNB, BMF, eigene Berechnungen

Ersparnis- bzw. Veranlagungsbilanzen (Fortsetzung)

Tabelle zu Z. 10 (Fortsetzung)

	1967		1968		1969		1970		1971		1972	
	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%
Ersparnis (langfristig)												
1 WP-Käufe Publikum (inld. WP) ¹⁾	+ 3.831	21-8	+ 2.053	11-9	+ 2.970	12-5	+ 4.071	13-7	+ 5.024	14-5	+ 6.869	18-0
2 WP-Käufe Publikum (ausld. WP) ²⁾	+ 410	2-3	+ 858	5-0	+ 1.834	7-7	+ 1.336	4-5	+ 1.134	3-3	+ 1.510	4-0
3 Spareinlagen	+ 9.146	51-9	+10.513	61-0	+15.191	64-1	+18.033	60-6	+20.710	59-7	+18.473	48-4
4 Termineinlagen	+ 1.096	6-2	+ 655	3-8	+ 333	1-4	+ 2.213	7-4	+ 2.073	5-9	+ 5.582	14-6
5 Bei inländ. Nichtbanken aufgenommene Gelder	+ 322	1-8	+ 173	1-0	+ 219	0-9	+ 617	2-1	+ 635	1-8	+ 742	1-9
6 Eigenkapital Kreditinstitute	+ 748	4-3	+ 937	5-4	+ 972	4-1	+ 1.271	4-3	+ 2.207	6-3	+ 2.008	5-3
7 Eigenkapital OeNB	+ 470	2-7	+ 470	2-7	+ 568	2-4	+ 631	2-1	+ 1.004	2-9	+ 461	1-2
8 ERP+SAC	+ 45	0-3	+ 3	0-0	+ 201	0-9	+ 39	0-1	+ 127	0-4	+ 56	0-1
9 Langfristige Kapitalveranlagung VVU	+ 1.537	8-7	+ 1.590	9-2	+ 1.407	6-0	+ 1.545	5-2	+ 1.791	5-2	+ 2.463	6-5
10 Inland	+17.605	100-0	+17.252	100-0	+23.695	100-0	+29.756	100-0	+34.705	100-0	+38.164	100-0
11 Auslandsposition Kreditinstitute (lgfr.)	+ 277	.	—	.	—	.	—	.	—	.	—	.
12 In- und Ausland	+17.882		+17.252		+23.695		+29.756		+34.705		+38.164	
Veranlagung (langfristig)												
13 WP-Emission (netto): Bundesanl. ³⁾	+ 1.048	5-9	— 296	— 1-7	+ 149	0-6	+ 55	0-2	+ 578	1-7	+ 3.072	8-1
14 Sonstige Anleihen	+ 2.481	14-1	+ 1.496	8-7	+ 1.264	5-3	+ 2.196	7-4	+ 3.704	10-7	+ 5.764	15-1
15 Pfandbr., Kassen O, Namen SV, Ba SV.	+ 1.679	9-5	+ 1.919	11-1	+ 2.881	12-2	+ 3.437	11-6	+ 3.997	11-5	+ 6.835	17-9
16 Aktien	+ 188	1-1	+ 347	2-0	+ 67	0-3	+ 159	0-5	+ 246	0-7	+ 196	0-1
17 Summe	+ 5.396	30-6	+ 3.466	20-1	+ 4.361	18-4	+ 5.847	19-7	+ 8.525	24-6	+15.867	41-6
18 ./.. kapitalmarkunwirksam	— 28	—	— 1	—	—	—	—	—	— 211	—	— 60	—
19 ./.. Eig. Inld. Em. Kreditinstitute	— 1.647	—	— 2.254	—	— 3.839	—	— 4.775	—	— 5.803	—	— 9.044	—
20 Summe	+ 3.721	21-1	+ 1.211	7-0	+ 522	2-2	+ 1.072	3-6	+ 2.511	7-2	+ 6.763	17-7
21 Schatzscheine	+ 859	4-9	+ 681	4-0	+ 2.333	9-9	+ 1.488	5-0	+ 1.886	5-4	+ 664	1-7
22 Lgfr. Kredite und Bet. Kreditinstitute	+ 6.601	37-5	+ 6.234	36-1	+ 9.964	42-0	+13.234	44-5	+16.185	46-6	+22.759	59-6
23 ERP+SAC-Kredite	+ 45	0-3	+ 3	0-0	+ 201	0-9	+ 39	0-1	+ 127	0-4	+ 56	0-1
24 Langfrst. Kapitalveranl. VVU ./.. WP.	+ 1.223	6-9	+ 1.309	7-6	+ 1.050	4-4	+ 1.456	4-9	+ 1.454	4-2	+ 1.966	5-2
25 Inland	+12.449	70-7	+ 9.438	54-7	+14.070	59-4	+17.489	58-8	+22.163	63-9	+32.208	84-4
26 Ausld. WP (Publikum)	+ 410		+ 858		+ 1.834		+ 1.336		+ 1.134		+ 1.510	
27 Auslandsposition Kreditinstitute (langfr.)			+ 1.233		+ 683		+ 728		+ 1.582		+ 3.960	
28 In- und Ausland	+12.859		+11.529		+16.587		+19.553		+24.879		+37.678	
Überhang der langfristigen Geldkapitalbildung												
29 Inland	+ 5.156	29-3	+ 7.814	45-3	+ 9.625	40-6	+12.267	41-2	+12.542	36-1	+ 5.956	15-6
30 Ausland	— 133		— 2.091		— 2.517		— 2.064		— 2.716		— 5.470	
31 In- und Ausland	+ 5.023		+ 5.723		+ 7.108		+10.203		+ 9.826		+ 486	

Zusammenhang zwischen Konjunktorentwicklung, Verschuldung des Bundes und
wichtigen kreditwirtschaftlichen Kennziffern (in Milliarden Schilling)

Tabelle zu Z. 11

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
1 Zuwachsrate der industriellen Produktion	%	+ 4.6	+2.3	+4.2	+7.8	+3.7	+ 4.2	+0.6	+ 7.2	+10.7	+ 8.8	+ 7.0
2 Wachstumsrate BNP nominell	%	+10.0	+6.1	+7.7	+9.1	+9.1	+ 8.7	+6.5	+ 5.7	+ 9.6	+12.3*)	+14.6*)
3 Wachstumsrate BNP real	%	+ 4.7	+2.4	+4.6	+6.3	+2.6	+ 4.7	+3.1	+ 4.1	+ 6.1	+ 8.1	+ 6.4*)
4 Monatliches Durchschnittseinkommen	%	+10.8	+9.1	+8.0	+8.2	+9.3	+10.0	+9.2	+ 6.4	+ 7.9	+12.6	+10.5
5 Nettozuwachs der inländischen Verschuldung des Bundes	S	- 0.8	+0.5	+1.8	+1.6	+1.7	+ 1.5	+ 1.9	+ 0.7	+ 2.9	+ 2.4	+ 4.8
6 Nettozuwachs der inländischen Anleihschulden	S	+ 0.3	+0.9	+2.3	+3.0	+1.6	+ 0.8	+1.0	- 0.3	- 0.0	+ 0.1	+ 3.1
7 Schatzscheine-Nettoentwicklung	S	- 0.6	-0.3	-0.2	-1.3	+0.1	+ 0.7	+0.9	+ 0.7	+ 2.3	+ 1.5	+ 0.7
8 Nettozuwachs ausländ. Verschuldung	S	+ 0.8	+0.4	+0.5	+0.8	-0.6	- 0.7	+3.5	+ 4.7	+ 0.5	+ 0.7	- 1.8
9 Summe Bundesverschuldung (nur Budgetfinanz.)	S	+ 0.0	+0.9	+2.3	+2.4	+1.0	+ 0.8	+5.5	+ 5.4	+ 3.5	+ 3.1	+ 1.0
10 Spareinlagen	S	+ 4.7	+6.1	+6.7	+9.3	+9.3	+10.0	+9.1	+10.5	+15.2	+18.0	+18.5
11 Termineinlagen	S	+ 0.7	+0.9	+0.3	+0.9	+1.0	+ 0.9	+1.1	+ 0.7	+ 0.3	+ 2.2	+ 5.6
12 WP-Käufe des Publikums (inländ. WP)	S	+ 1.9	+1.1	+1.6	+2.2	+2.4	+ 2.0	+3.8	+ 2.0	+ 3.0	+ 4.1	+ 6.9
13 WP-Käufe des Publikums (ausländ. WP)	S	+ 0.0	+0.2	+0.1	+0.2	+0.2	+ 0.2	+0.4	+ 0.9	+ 1.8	+ 1.3	+ 1.5
14 Summe WP-Käufe Publikum	S	+ 1.9	+1.3	+1.7	+2.4	+2.6	+ 2.2	+4.2	+ 2.9	+ 4.8	+ 5.4	+ 8.4
15 Nettoveränderung der WP-Portefeuilles d. Kreditinstitute	S	- 0.7	+2.2	+1.4	-0.2	+2.7	+ 1.5	+2.6	+ 2.3	+ 2.8	+ 3.5	+ 5.6
16 Nettoveränderung der Kapitalveranlagung d. VVU	S	+ 0.8	+0.6	+0.8	+0.8	+1.2	+ 1.6	+1.5	+ 1.6	+ 1.4	+ 1.5	+ 2.5
17 Beanspruchung des Kapitalmarktes der festverzinslichen inländischen WP — brutto	S	+ 3.0	+4.8	+5.1	+6.9	+7.2	+ 6.1	+7.6	+ 6.8	+ 9.8	+11.8	+22.5
18 Nettoumlaufveränderung des Rentenmarktes	S	+ 1.9	+2.7	+2.9	+4.3	+4.1	+ 3.1	+3.5	+ 1.2	+ 1.4	+ 2.2	+ 8.8
19 Langfristige Kredite d. Kreditinstitute	S	+ 2.5	+3.2	+5.0	+4.9	+6.8	+ 5.8	+6.4	+ 6.1	+ 9.9	+13.0	+21.9
20 Kurzfristige Kredite d. Kreditinstitute	S	+ 4.8	+2.9	+2.0	+6.0	+6.8	+ 8.6	+3.6	+ 6.3	+11.0	+11.8	+21.2
21 Zahlungsbilanzsaldo	S	+ 3.0	+6.1	+4.5	+1.9	-1.4	- 1.7	+5.4	+ 3.0	+ 2.8	+ 2.5	+ 3.0
22 Leistungsbilanzsaldo	S	- 0.9	+2.0	+0.3	+1.2	-0.9	- 4.9	-2.9	- 2.2	+ 2.6	- 0.2	- 3.9
23 Langfristiger Kapitalverkehr	S	+ 2.5	+2.3	+2.9	+1.1	-0.3	+ 0.9	+6.9	+ 4.9	- 0.7	+ 0.4	+ 2.0
24 Kurzfristiger Kapitalverkehr	S	+ 0.7	+0.8	+0.9	+0.2	+0.3	+ 1.6	+1.3	- 0.6	- 0.5	+ 0.5	- 0.1

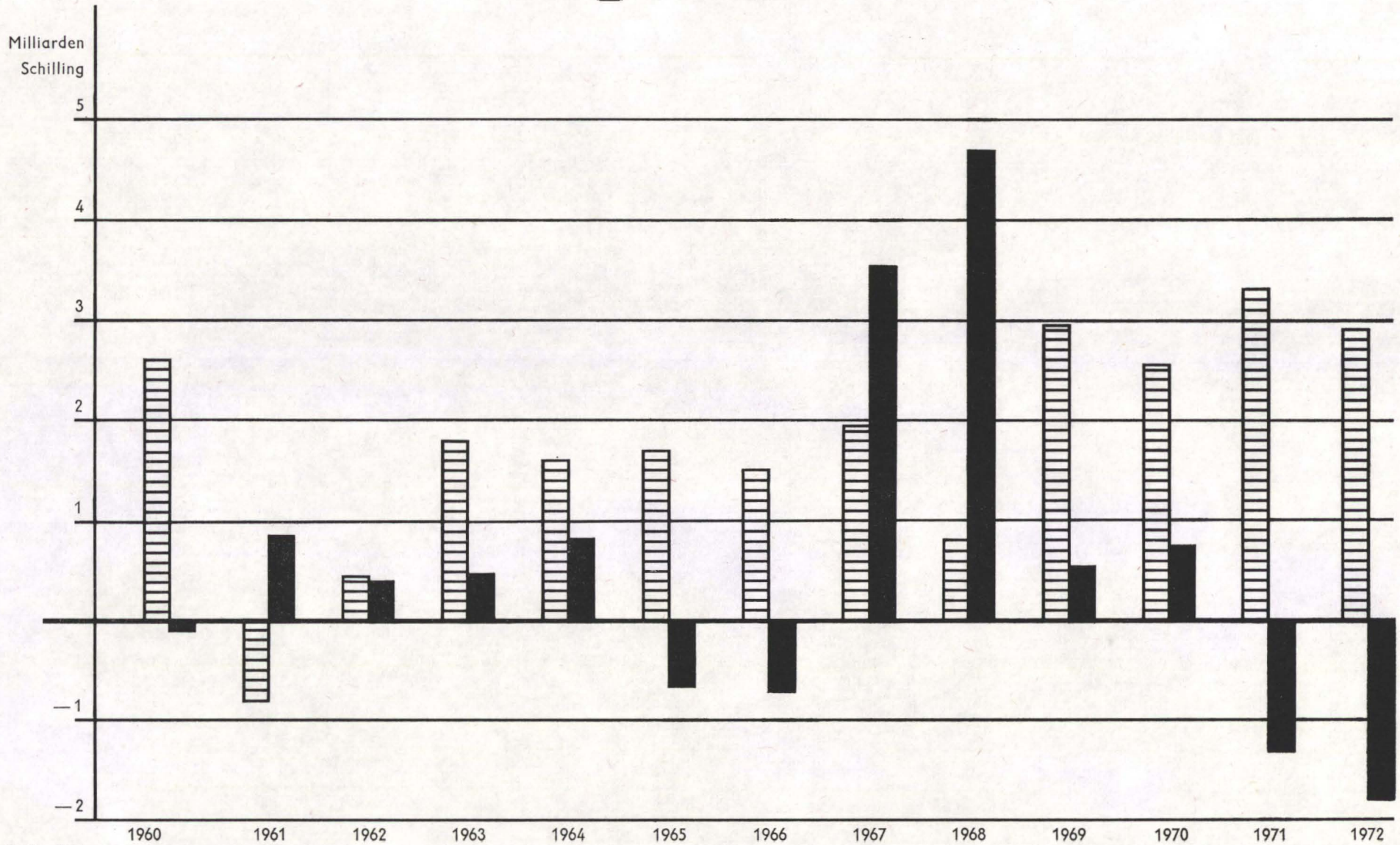
*) Vorläufig

Quelle: Eigene Ermittlungen aus diversen Quellen

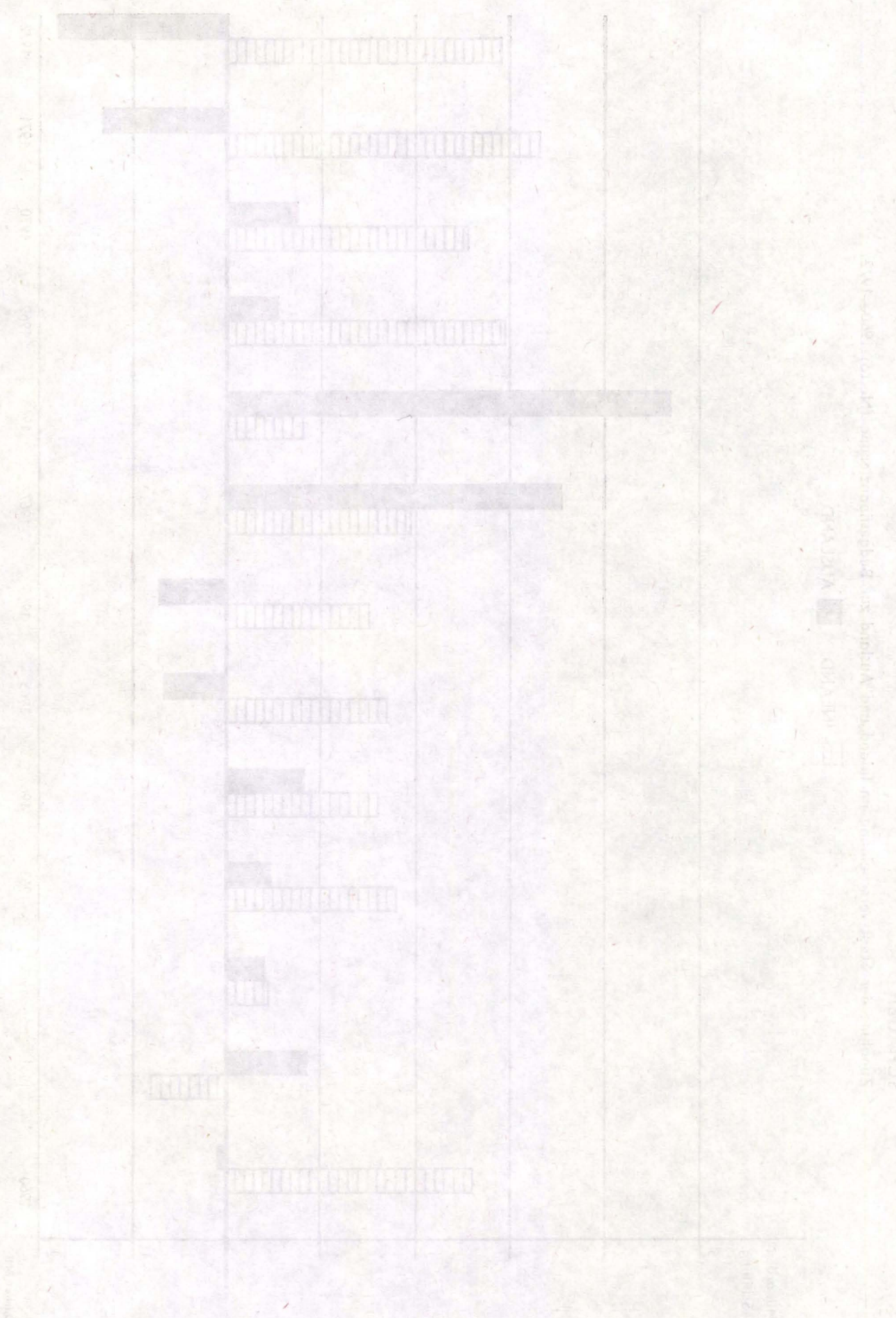
SCHAUBILD

Zunahme der Staatsverschuldung im Inland und Ausland zur Budgetfinanzierung (Netto) 1960—1972

▨ INLAND ■ AUSLAND



Quelle: BMF



ANHANG A

GZ. 2614/4-II/7

Herrn
 Bundesminister für Finanzen
 Dkfm. Dr. Hannes Androsch
 Wien

Wien, am 8. Mai 1973

Betrifft: Empfehlung der Österreichischen Postsparkasse
 zu §§ 50 und 51 der Regierungsvorlage zum
 Bundeshaushaltsgesetz

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Der Vorstand der Österreichischen Postsparkasse beehrt sich gemäß § 5 Z. 3 des Postsparkassengesetzes 1969 Nachstehendes mitzuteilen:

Der für die Aufgaben der Staatsschuldenverwaltung zuständige Staatskommissär bei der Österreichischen Postsparkasse ersuchte am 13. April 1973 gelegentlich der 22. Sitzung des Staatsschuldenausschusses, die Regierungsvorlage eines Bundeshaushaltsgesetzes in bezug auf die §§ 50 und 51, die Finanzschuldengebarung und die Haftungsübernahmen des Bundes betreffend, um eingehende Prüfung dieser Gesetzesstellen unter dem Gesichtspunkt einer zielführenden Gestionierung der Staatsschuld. In seiner 23. Sitzung am 30. April 1973 unterzog der Staatsschuldenausschuß die beiden genannten Bestimmungen dieses Gesetzesentwurfes einer eingehenden Diskussion und gelangte zu dem Ergebnis, daß diese beiden Gesetzesstellen meritorischer Abänderung unterzogen werden sollten.

Im Ergebnis wurde vom Staatsschuldenausschuß dem Verwaltungsrat der Österreichischen Postsparkasse der Entwurf neuformulierter Bestimmungen betreffend die Finanzschuldengebarung und Haftungsübernahmen durch den Bund in dessen Sitzung am 7. Mai 1973 unterbreitet und von diesem Organ der Österreichischen Postsparkasse aufgrund deren Vorstandsbeschluß vom 7. Mai 1973 zur Empfehlung erhoben. Der Vorstand der Österreichischen Postsparkasse gestattet sich daher, den Entwurf für die Neufassung der §§ 50 und 51 der Regierungsvorlage eines Bundeshaushaltsgesetzes dem Herrn Bundesminister für Finanzen mit der Empfehlung zu unterbreiten, einer diesbezüglichen Abänderung der Regierungsvorlage gelegentlich deren parlamentarischer Behandlung Raum zu geben (siehe Beilagen).

Diese nach Auffassung der genannten Organe im Interesse einer praxisbezogenen und dennoch den rechtsstaatlichen Erfordernissen Rechnung tragende Anregung soll jedoch derart verstanden werden, daß diese nur auf zwei Gesetzesstellen bezogene Empfehlung in keiner Weise eine Stellungnahme zum übrigen Wortlaut und normativen Gehalt der Regierungsvorlage involviert.

Mangels Zuständigkeit im Hinblick auf § 5 Z. 3 des Postsparkassengesetzes 1969 war es den Organen der Österreichischen Postsparkasse benommen, eine analoge Empfehlung in bezug auf eine sachangemessene Determinierung staatlicher Vollzugsakte auf dem Gebiete der Gestionierung der Verwaltungsschuld des Bundes auszusprechen.

Schließlich würde es von den Organen der Österreichischen Postsparkasse für zweckmäßig erachtet werden, wenn im Hinblick auf die im Bundeshaushaltsgesetz enthaltenen bedeutenden Ermächtigungen für eine dementsprechende Berichtspraxis gegenüber dem Nationalrat bzw. dessen zuständigen Ausschuß eine gesetzliche Regelung in Erwägung gezogen wird.

Wir empfehlen uns mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

ÖSTERREICHISCHE POSTSPARKASSE

Dr. Grund e. h. Dr. Fremuth e. h.

Finanzschulden

§ 50. (1) Eine Finanzschuld des Bundes darf nur der Bundesminister für Finanzen eingehen. Der Höchstbetrag der Finanzschulden, die in einem Finanzjahr eingegangen werden dürfen, ist durch das zuletzt kundgemachte Bundesfinanzgesetz, gemäß diesem Bundesgesetz oder durch ein besonderes Bundesgesetz zu bestimmen.

(2) Finanzschulden sind Geldverpflichtungen des Bundes aus der Beschaffung von Geldmitteln; sie werden begründet durch Darlehens- und sonstige Kreditaufnahmen in verbriefter oder nichtverbriefter Form. Als Finanzschulden gelten auch:

1. Forderungen gegen den Bund, die nicht aus Darlehens- oder Kreditaufnahmen hervorgegangen, jedoch verbrieft sind;
2. durch den Bund von Dritten übernommene Schulden, welche verbrieft sind;
3. sämtliche Geldverpflichtungen gegen die Oesterreichische Nationalbank.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat, sofern im Bundesfinanzgesetz oder in einem anderen Bundesgesetz nicht anderes bestimmt ist, folgendes zu beachten:

1. Die aus der Eingehung einer Finanzschuld dem Bund zufließenden Geldmittel sind nur für folgende Zwecke zu verwenden:
 - a) Bedeckung eines Fehlbetrages des Bundesvoranschlages (Unterschiedsbetrag zwischen allgemeinen Einnahmen und Einnahmen gemäß § 25 Abs. 2 Z. 2 lit. b und c einerseits sowie Summe der Ausgaben andererseits);
 - b) Durchführung währungs- sowie konjunkturpolitischer Maßnahmen gemäß § 29;
 - c) Bedeckung sonstiger Ausgaben, die aufgrund besonderer Bundesgesetze zu bestreiten sind;
 - d) Sicherung der Zahlungsbereitschaft des Bundes;
2. die Höhe der einzelnen einzugehenden Finanzschuld darf 3 v. H. des im jeweiligen Bundesfinanzgesetz festgelegten jährlichen Gesamtausgabenbetrages [Summe der allgemeinen Ausgaben (§ 25 Abs. 2 Z. 3), Investitionsausgaben (§ 25 Abs. 2 Z. 4) und besondere Bedeckungsmaßnahmen (§ 25 Abs. 2 Z. 5)] nicht übersteigen;
3. wird eine Finanzschuld in einer fremden Währung begründet, so ist zur Ermittlung der Einhaltung der in diesem Paragraph genannten Betragsgrenzen der Schillinggegenwert des Fremdwährungsbetrages nach dem beim Vertragsabschluß für diese Währung geltenden Kassenwert (§ 62 Abs. 2) umzurechnen;
4. bei Begründung einer Finanzschuld hat der Bundesminister für Finanzen bezüglich der Kreditbedingungen und der sich daraus ergebenden Kreditbelastungen auf die jeweilige inländische oder ausländische Geld- und Kapitalmarktlage und auf die erwartete Währungsentwicklung gegenüber dem Ausland Bedacht zu nehmen;
5. die effektive Verzinsung (prozentuelle Gesamtbelastung) darf für den Bund bei Finanzschulden in inländischer Währung unter Zugrundelegung der Formel gemäß Z. 7 nicht mehr als das Zweieinhalbfache des im Zeitpunkt der Kreditaufnahme geltenden Zinsfußes für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes, BGBl. Nr. 184/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 276/1969) betragen;
6. die effektive Verzinsung (prozentuelle Gesamtbelastung) darf für den Bund bei Finanzschulden in ausländischer Währung unter Zugrundelegung der Formel gemäß Z. 7 nicht mehr als das Zweieinhalbfache des arithmetischen Mittels aus den im Zeitpunkt der Schuldaufnahme geltenden offiziellen Diskontsätzen in Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und den USA (New York) betragen.
7. Die effektive Verzinsung (prozentuelle Gesamtbelastung) ist gemäß folgender Formel (Annäherungswert) zu berechnen:

$$100 \times \left(\text{Zinsfuß} + \frac{\text{Rückzahlungskurs abzüglich Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen}}{\text{mittlere Laufzeit}} \right) \frac{\text{Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen}}{\text{Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen}}$$

Zur Feststellung des Nettoerlöses sind die Emissions- oder Zuzählungsverluste, Begebungsprovisionen, Werbe- und Druckkosten (Begebungskosten) vom Bruttoerlös in Abzug zu bringen. Vorzeitige Rückzahlungsermächtigungen (Kündigungsrechte) sind für die Beurteilung der Laufzeit nicht zu berücksichtigen.

8. Werden Kredite mit variablen Zinssätzen vereinbart, sind zu den Zeitpunkten der Zinsfestsetzungen die Bestimmungen der Z. 5 bis 7 zu beachten. Beim Abschluß derartiger Verträge ist die Möglichkeit der Vertragslösung seitens des Bundes für die Zeitpunkte der jeweiligen Zinsfestsetzung vorzusehen.

9. Die Rückzahlung von Finanzschulden ist binnen längstens 30 Jahren vorzusehen.

10. Zur Sicherung der Zahlungsbereitschaft durchgeführte Kreditoperationen haben eine Höchstlaufzeit bis zum 31. Dezember des jeweiligen Haushaltsjahres aufzuweisen. Die Gebarung aus solchen Kreditoperationen ist voranschlagsunwirksam zu verrechnen (§ 16 Abs. 2 Z. 8). Bis zum 31. Dezember des jeweiligen Haushaltsjahres nicht getilgte Schuldverpflichtungen aus diesen Kreditoperationen sind auf den für die Abdeckung eines Fehlbetrages gemäß Z. 1 lit. a im jährlichen Bundesfinanzgesetz veranschlagten Höchstbetrag anzurechnen.
- (4) Prolongationen können vom Bundesminister für Finanzen in einem Ausmaß bis zu 20 v. H. des zu Beginn des Haushaltsjahres ausgewiesenen Gesamtbestandes an Finanzschulden des Bundes vereinbart werden. Die durch die neue Zeitvereinbarung sich ergebende Gesamtlaufzeit darf höchstens 30 Jahre betragen.
- (5) Konvertierungen können vom Bundesminister für Finanzen durchgeführt werden:
 1. in uneingeschränktem Ausmaß
 - a) zur Erzielung günstigerer Kreditbedingungen (Einsparungen im Schuldendienst);
 - b) zur Konsolidierung kurzfristiger, im gleichen Haushaltsjahr zur Sicherung der Zahlungsbereitschaft eingegangener Schuldverpflichtungen oder
 2. in einem Ausmaß bis zu 20 v. H. des zu Beginn des Haushaltsjahres ausgewiesenen Gesamtbestandes an Finanzschulden des Bundes zur
 - a) Konsolidierung kurz- und mittelfristiger Schuldverpflichtungen oder
 - b) Erzielung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz oder
 - c) Verminderung eines Währungsrisikos oder
 - d) Vermeidung einer Überschreitung des Fehlbetrages gemäß Abs. 3 Z. 1 lit. a durch eine Fristenverlängerung im Tilgungsdienst.
 3. Die durch eine allfällige neue Zeitvereinbarung sich ergebende Gesamtlaufzeit darf höchstens 30 Jahre betragen. Für die Ermittlung der effektiven Verzinsung (prozentuelle Gesamtbelastung) gilt Abs. 3 Z. 5 bis 7.
- (6) Die Verrechnung von Prolongationen und Konvertierungen hat — ausgenommen die Konvertierung gemäß Abs. 5 Z. 1 lit. b — voranschlagsunwirksam (in der Bestandsverrechnung) zu erfolgen.
- (7) Welche Befugnisse dem Rechnungshof hinsichtlich der Gegenzeichnung der Urkunden über Finanzschulden zustehen, bestimmt das Rechnungshofgesetz.

Bundeshaftungen

§ 51. (1) Eine Haftung des Bundes in Form einer Bürgschaft gemäß §§ 1346 bis 1367 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches oder in Form einer Garantie darf nur der Bundesminister für Finanzen aufgrund einer Ermächtigung im Bundesfinanzgesetz oder in einem besonderen Bundesgesetz übernehmen (Bundeshaftung).

In diesen Bundesgesetzen sind hiebei festzulegen:

1. die physischen oder juristischen Personen, für welche die Haftung übernommen werden darf;
 2. die rechtliche Art der Haftungsübernahme;
 3. der Haftungsgrundbetrag (Abs. 3), bis zu dem eine Haftung übernommen werden darf;
 4. der Gesamtbetrag der einzelnen Haftungsgrundbeträge, wenn für mehrere einem gleichen Wirtschaftszweig angehörende physische oder juristische Personen die Haftung übernommen werden darf;
 5. bis zu welchem Ausmaß der Bund für die von ihm verbürgte oder garantierte rechtliche Verpflichtung die Bürgschaft oder Garantie für damit verbundene Zinsen und Kosten übernehmen darf;
 6. die zulässige Gesamtlaufzeit der verbürgten Kreditoperation;
 7. die Vorhaben, die den Kreditoperationen, für die eine Haftung übernommen werden kann, zugrunde liegen.
- (2) Sofern das Bundesfinanzgesetz oder ein anderes Bundesgesetz nicht anderes bestimmt, ist folgendes zu beachten:
1. Die Bestimmungen des § 50 Abs. 3 Z. 3 und 5 bis 9 sind sinngemäß anzuwenden.
 2. Für den Fall, daß für dieselbe rechtsverbindliche Verpflichtung neben dem Bund eine oder mehrere Gebietskörperschaften die Haftung übernehmen, ist festzulegen, bis zu welchem Anteil der Bund bei Eintritt des Haftungsfalles in Anspruch genommen werden kann.
 3. Die physische oder juristische Person, für die die Haftung übernommen werden darf, hat zugleich mit dem Antrag auf Übernahme der Haftung die verbindliche Erklärung abzugeben, daß dem Bundesminister für Finanzen das Recht der jederzeitigen Buch- und Betriebsprüfung oder der jederzeitigen Einsichtnahme in die in Betracht kommenden Aufzeichnungen gewährleistet wird.
 4. Der Bundesminister für Finanzen hat mit der physischen oder juristischen Person, für die eine Haftung übernommen werden darf, zu vereinbaren, welches Entgelt für die Übernahme der Haftung an den Bund zu bezahlen ist. Dieses Entgelt darf 0,5 v. H. von dem noch ausstehenden Teil der rechtsverbindlichen Verpflichtung jährlich nicht übersteigen und ist von dem den Kredit abwickelnden Kreditunternehmen dem Kreditnehmer anzulasten und an den Bund zu überweisen.
- (3) Als Haftungsgrundbetrag ist der Betrag anzusehen, auf den die rechtsverbindliche Verpflichtung lautet, für die eine Haftung übernommen werden darf. Die mit einer Haftung zusammenhängenden Zinsen und Kosten sind auf den Haftungsgrundbetrag nicht anzurechnen.
- (4) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt,
1. der Prolongation der für bundesverbürgte Kredite übernommenen Haftung zuzustimmen, wenn durch die sich hiebei ergebende Gesamtlaufzeit die im § 50 Abs. 2 Z. 9 festgesetzte Zeitbegrenzung nicht überschritten wird;
 2. die Haftung des Bundes für Kredite, die der Umschuldung bundesverbürgter Kredite dienen, unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß die für den umzuschuldenden Kredit festgesetzte Zeit- und Belastungsbegrenzung nicht überschritten wird. Sieht ein besonderes Bundesgesetz eine zeitliche Beschränkung der Ermächtigung zur Übernahme der Haftung vor, dann gilt diese Beschränkung auch für die Ermächtigung zur Übernahme der Haftung für Kredite, die der Umschuldung bereits bundesverbürgter Kredite dienen sollen.

ANHANG B

GZ. 3299/3-II-7

Herrn
 Bundesminister für Finanzen
 Dkfm. Dr. Hannes Androsch
 Wien

Wien, am 29. Mai 1973

Betrifft: Empfehlung der Österreichischen Postsparkasse
 betreffend die Emissionspolitik 1973

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

In Befolgung des Gesetzesauftrages gemäß § 5 Z. 3 lit. a Postsparkassengesetz 1969, wonach seitens des Staatsschuldenausschusses Untersuchungen über den Geld- und Kapitalmarkt anzustellen sind, hat sich der Staatsschuldenausschuß auch angesichts der bevorstehenden Anleiheemission des Bundes in seiner 24. Sitzung am 11. Mai 1973 eingehend mit der Situation auf dem österreichischen Kapitalmarkt sowie ausländischen Kapitalmärkten beschäftigt. Nach ausführlicher Diskussion der Kapitalmarktentwicklung und der Finanzierungswirkungen in der gegenwärtigen und kurzfristig erwarteten Konjunkturlage kam der Staatsschuldenausschuß zu der übereinstimmenden Ansicht, daß die Emissionspolitik des restlichen Jahres 1973 im besonderen Maße an einem der besonderen Situation entsprechenden Verhältnis von konjunktur-, wachstums- und strukturpolitischen Überlegungen, welche nachstehend dargelegt werden, orientiert werden sollte. Die nachstehende Empfehlung gründet sich auf die Tatsache, daß der Bund im Emissionsjahr 1973 allein einen Anteil von etwa einem Viertel und gemeinsam mit den von ihm verbürgten Emissionen einen Anteil von insgesamt etwa der Hälfte am mutmaßlichen Bruttoemissionsvolumen bestreiten wird, woraus sich zwangsläufig eine tragende Bedeutung der Gestion der Staatsschuld für den Kapitalmarkt ergibt.

Bei seinen Beratungen ging der Staatsschuldenausschuß von nachstehenden Prämissen aus:

1. Der Anleiheemissionsmarkt hat sich in den letzten drei Jahren überaus günstig entwickelt (Nettoemission 1970: 2·3 Milliarden Schilling, 1971: 4·3 Milliarden Schilling, 1972: 8·7 Milliarden Schilling). Dies ist in erheblichem Ausmaß auf die Beibehaltung des Habenzinsabkommens sowie auf eine Kapitalmarktzinssatzpolitik zurückzuführen, die nur zu geringfügigen Schwankungen des effektiven Zinsniveaus der Anleihen führte. Damit wurde das Kursniveau des Wertpapierbesitzes geschützt und ein funktionstüchtiger Rentenmarkt gewährleistet. Dies kam sowohl dem Bund als dem größten Anleiheemittenten als auch der Stabilisierung des gesamten inländischen Zinsniveaus zugute.
2. Die aktuelle Konjunktursituation erfordert die besondere Wertung der Kapitalaufnahmen sowie der Haftungsübernahmen des Bundes in Ansehung der Nachfragewirksamkeit und des Kapazitätseffektes der auf diese Weise zu finanzierenden Ausgaben.
3. Die Fremdfinanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Haushalte und Unternehmungen ergeben sich (von Zentralbankgeldschöpfung und Finanzierung über nicht institutionelle Kreditmärkte abgesehen) im wesentlichen aus drei Quellen: aus Direktfinanzierungen über den Kapitalmarkt, aus Kreditgewährungen seitens Kreditunternehmungen und Versicherungsgesellschaften, aus dem Ausland. Die Summe dieser drei Finanzierungsströme ist die für die Konjunkturpolitik relevante Größe. Einschränkungen auf einem dieser Teilmärkte sind nur dann wirksam, wenn sie nicht durch Ausweitung auf anderen Teilmärkten kompensiert werden.

Aus der Sicht der Gestionierung der Staatsschuld besteht ein großes Interesse an der langfristigen Funktionsfähigkeit und weiterhin gleich günstigen Entwicklung des Anleihemarktes. Deshalb erscheint es dem Staatsschuldenausschuß wesentlich, angesichts des Umfanges der angemeldeten Emissionswünsche und der konjunkturellen Situation (branchenweise hohe Auslastung und starke Anspannung) bei Emissionen gemäß erstem Absatz primär die durch diese ermöglichten Auswirkungen investiver und konsumtiver Art zu beurteilen.

Es sollte sohin bereits vor Durchführung einer neuen Emission sichergestellt werden, daß anhand des Endverwendungszweckes der beschafften Mittel die Einkommens- bzw. Kapazitätseffekte abgewogen werden, wobei vor allem darauf Bedacht zu nehmen ist,

1. ob angesichts der vorhandenen inländischen realen Kapazitäten der beabsichtigte Investitionszweck in einem angemessenen Zeithorizont erreichbar ist und
2. in welchem Ausmaß die beschafften Mittel inlandsnachfragewirksam werden.

Aufgrund obiger Überlegungen empfiehlt der Staatsschuldenausschuß zur Gewährleistung ausgewogener Kapitalmarktverhältnisse im Interesse vor allem auch der zureichenden und angemessenen Finanzierung des Bundes:

Die Anleiheemissionen wären im Hinblick auf die aus wirtschaftspolitischen Überlegungen vorzuziehende Globalgröße — Nettoemission auf dem Anleihemarkt plus Zuwachs institutioneller Kredite plus Nettokapitalimporte — zu beschränken. Dabei wäre auf die Endverwendung der zu beschaffenden Mittel — insbesondere auf die Inlandsnachfragewirksamkeit und die zu erwartenden Einkommens- und Kapazitätseffekte — Bedacht zu nehmen.

Diese Empfehlung beruht auf der Annahme, daß ein Ausweichen von Finanzierungsvorhaben, die obigen Kriterien nicht entsprechen, in andere Finanzierungsformen nicht ermöglicht wird.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

ÖSTERREICHISCHE POSTSPARKASSE

Dr. Grund e. h. Dr. Fremuth e. h.

